

HAWK

**WERKZEUGKASTEN
SOZIALBERICHT-
ERSTATTUNG
EIN PRAXISLEITFADEN
FÜR NIEDERSÄCHSISCHE
KOMMUNEN**

ANNETTE HARTH | SUSANNA VON OERTZEN | GERHARD LITGES | CHRISTOPH DÖRING

HAWK
Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminde/Göttingen
www.hawk.de
ISBN 978-3-00-062186-4



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung



EUROPA FÜR
NIEDERSACHSEN

2014-2020 Förderung für die
regionale Entwicklung

**WERKZEUGKASTEN
SOZIALBERICHT-
ERSTATTUNG**

**EIN PRAXISLEITFADEN
FÜR NIEDERSÄCHSISCHE
KOMMUNEN**

ANNETTE HARTH | SUSANNA VON OERTZEN | GERHARD LITGES | CHRISTOPH DÖRING



INHALT

EINFÜHRUNG

05

- Was der Werkzeugkasten bietet und wie er entstanden ist 05
- Das Rad nicht neu erfinden: Woran wir uns orientiert haben 06

1 KOMMUNALE SOZIALBERICHTERSTATTUNG – WOZU?

07

- Ziele kommunaler Sozialberichterstattung 07
- Info-Kasten 1: Warum brauchen Sie einen Sozialbericht, Herr Sozialdezernent? 07
- Adressat/inn/en des Sozialberichts 08
- Sozialberichterstattung und Sozialmonitoring 08
- Sozialberichterstattung und Sozialplanung 09
- Grenzen kommunaler Sozialberichterstattung 09

2 WEGE ZUR KOMMUNALEN SOZIALBERICHTERSTATTUNG

11

- Vor dem Bericht: Überzeugungsarbeit, Auftrag und Ressourcensicherung 11
- Info-Kasten 2: Unterstützungsmöglichkeiten durch übergreifende Berichtsinitiativen 11
- Info-Kasten 3: Welche unterstützenden Rahmenbedingungen braucht kommunale Sozialberichterstattung vom Land? 13
- Wege zum Bericht: Konzeptentwicklung und Organisation von Kooperationen 14
- Berichterstellung: Tipps aus der kommunalen Praxis 14
- Wie anfangen? Das Einstiegsmodell 15
- Nach dem Bericht: Kommunikation und Weiterverarbeitung 16

3 BAUSTEINE KOMMUNALER SOZIALBERICHTERSTATTUNG

17

- Baustein 1: Die Lebenslagebereiche 17
- Baustein 2: Das Merkmals- und Indikatorenset 19
- Info-Kasten 4: Wie können Landkreise Daten über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Privathaushalte ermitteln? 23
- Baustein 3: Die Datenquellen 36
- Info-Kasten 5: Bereitstellung kleinräumiger Daten durch die Bundesagentur für Arbeit 37
- Baustein 4: Die räumlichen Bezugsebenen 38
- Info-Kasten 6: Sozialräume als Bezugsräume von Sozialberichterstattung 38
- Info-Kasten 7: Zwischen Landkreis und kreisangehöriger Kommune – das Problem der Kleinräumigkeit 39
- Auf einen Blick: Mögliche Indikatoren für Ihre Kommune 40

4 AUFBEREITUNG, DARSTELLUNG, INTERPRETATION DER DATEN: DER SOZIALBERICHT 44

Aufbau und Konzept des Sozialberichts	44
Von Datenfriedhöfen und Bleiwüsten: Text oder Zahlen?	44
Daten verwalten und analysieren	45
Trends herausarbeiten: Zeitreihen	45
Die eigene Kommune einordnen: Sinnvolle Vergleichsebenen	46
Tiefer analysieren: Zielgruppen, Teilräume und Zusammenhänge	46
Ergebnisse veranschaulichen: Abbildungen und thematische Karten	47
Info-Kasten 8: Vom Sozialbericht zum Sozialatlas – Möglichkeiten zur Erstellung thematischer Karten	51

5 WEITERARBEITEN MIT DEM SOZIALBERICHT: VON DATEN ZU TATEN 53

Strategischer Sozialplanungsprozess	53
Handlungsorientierung	54
Sozialraumorientierung	54
Beteiligungsorientierung	55

ENDNOTEN 56

LITERATUR 57

ANHANG 59

Praxispartner/innen	60
---------------------------	----

MERKMALS- UND INDIKATORENSET 61

Merkmals- und Indikatorenset für die Sozialberichterstattung in kleineren Städten und Landkreisen	62
---	----

EINFÜHRUNG

Was der Werkzeugkasten bietet und wie er entstanden ist

Zielsetzung und Inhalt des Werkzeugkastens

Jede Kommune, ob Gemeinde oder Gemeindeverband, steht vor unterschiedlichen sozialen Problemstellungen und Herausforderungen. Um regionale und lokale soziale Herausforderungen möglichst gezielt, effizient und vermehrt auch sozialraumorientiert bearbeiten zu können, benötigen die Verantwortlichen vor Ort detaillierte, kleinräumige Daten. Aus diesem Grund veröffentlicht das Land Niedersachsen seit dem Jahr 2010 jährlich Berichte zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen ([HSBN](#)), und größere Städte setzen auch schon seit einiger Zeit auf dieses Instrument.

Insbesondere in kleinen und mittelgroßen Städten und in den Landkreisen fehlt es jedoch häufig an einer kommunalen Sozialberichterstattung. Laut unserer Online-Befragung im Jahr 2017 verfügen 21 % aller niedersächsischen Kommunen darüber, mit sinkender Einwohnerzahl fällt der Anteil. Was in größeren Städten und Stadtregionen oft viele Jahre an intensiver vorbereitender Arbeit erforderte, ist für kleinere Kommunen kaum aus eigener Kraft zu bewerkstelligen. Hier mangelt es oft an der personellen, organisatorischen und technischen Infrastruktur, um Datenquellen zu erschließen und zu aussagekräftigen Analysen in einem Sozialbericht zu verdichten. Eine strategische und sozialraumorientierte Sozialplanung ist dann aber schwerlich möglich.

Hier setzt der Werkzeugkasten Sozialberichterstattung an, der auch kleinere und mittelgroße Städte und Landkreise in Niedersachsen dabei unterstützen soll, eine eigenständige Sozialberichterstattung Schritt für Schritt aufzubauen. Er orientiert sich an den Bedarfslagen der kommunalen Praxis und enthält

- eine Darstellung des Nutzens kommunaler Sozialberichterstattung,
- eine Erläuterung der wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einem Sozialbericht,
- die Bausteine kommunaler Sozialberichterstattung, insbesondere ein problemorientiertes Indikatorenset und Hinweise zu den Datenquellen,

- Vorschläge zur Aufbereitung, Darstellung und Interpretation der Daten,
- Anregungen zur Weiterarbeit mit dem fertigen Sozialbericht,
- vielfältige Hinweise zu weiterführenden Informationen und Kontaktadressen.

Der Werkzeugkasten kann aber nur dann zur Grundlage kommunaler Berichterstattung werden, wenn qualifiziertes Personal und technische Infrastruktur zur Verfügung stehen, um ihn anzuwenden. Er kann keinesfalls eine entsprechende Ausstattung der Kommunen mit Ressourcen ersetzen.

An der Hochschule entwickelt – in der Praxis bewährt
Seine Entstehung verdankt der Werkzeugkasten einem vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) geförderten zweijährigen Forschungsprojekt im Bereich der Sozialen Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim und Holzminden. Dem Projektteam der Hochschule stand ein beratender Expertenkreis zur Seite mit erfahrenen kommunalen Sozialplanerinnen und Sozialplanern, Vertreter/innen des niedersächsischen Sozialministeriums und der freien Wohlfahrtsverbände. Ebenso wie die Arbeit mit den beiden Erprobungskommunen (Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim) sorgte dieser dafür, dass die praktische Umsetzbarkeit des Werkzeugkastens vor Ort gewährleistet ist.

Die Arbeitsschritte

Mittels einer Internetrecherche, einer Online-Befragung und Expertengesprächen wurden zunächst der Ist-Zustand und der Bedarf an kommunaler Sozialberichterstattung in den niedersächsischen Kommunen erhoben. Fördernde und hemmende Bedingungen wurden erfasst und gute Beispiele entdeckt. Zusätzlich wurden weitere Gespräche mit Expert/inn/en von Institutionen wie dem Landesamt für Statistik oder dem Statistik-Service Nordost der Bundesagentur für Arbeit geführt. Auf dieser Basis wurden das Konzept und das Indikatorenset entwickelt, bei der Erstellung von zwei Prototypen von Sozialberichten in den beiden Kommunen erprobt und verbessert und schließlich zu diesem Praxisleitfaden verdichtet.

Das Rad nicht neu erfinden: Woran wir uns orientiert haben

Bei der Erarbeitung dieses Praxisleitfadens wurde auf vielfältige Materialien und Quellen zurückgegriffen. Neben der einschlägigen Fachliteratur¹ gehören zu den wichtigsten Orientierungspunkten:

- **Arbeitshilfen und Kennzahlzusammenstellungen:** Sehr hilfreich waren vor allem die Materialien zum „Sozialmonitoring“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement²; der „Praxisleitfaden Kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung“, den das Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg herausgegeben hat³; die „Kennzahlen zur Sozialstruktur“ der integrierten Berichterstattung Niedersachsen, des ziel- und kennzahlenbasierten Steuerungssystems für Jugendämter in Niedersachsen⁴; das Datenmodulsystem für kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung, das im Rahmen des sogenannten ELHDAMO-Projekts entwickelt wurde⁵.
- **Gute Beispiele von kommunalen Sozialberichten:** Vor allem die Sozialberichte aus folgenden überwiegend niedersächsischen Kommunen haben sich für unser Anliegen aus unterschiedlichen Gründen als hilfreich erwiesen: Stadt Braunschweig (2016), Stadt Göttingen (2015), Landeshauptstadt Hannover (2013, 2018), Landkreis Gifhorn (2012), Landkreis Verden (2017), Region Hannover (2015), Stadt Wolfsburg (2014) sowie außerdem: Stadt Gießen (2009), Kreisstadt Unna (2017/2018), Landeshauptstadt Kiel (2017), Landkreis Görlitz (2017) und Landkreis Mittelsachsen (2016).
- **Regionalstatistische Datenbanken, Berichtssysteme und Statistikanalysen:** Zuallererst relevant für Niedersachsen sind die Regionaldatenbank [LSN-Online](#) und das [Regionalmonitoring](#) des Landesamtes für Statistik Niedersachsen sowie die regionalisiert abrufbare [Statistik der Bundesagentur für Arbeit](#). Wichtige Anregungen und Vergleichszahlen liefert die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen ([HSBN](#)). Darüber hinaus war sehr inspirierend der Blick auf die [Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen](#), die es bereits seit 1992 gibt und die im Laufe der Jahre ein breites Angebotsspektrum in methodischer, datentechnischer und auch beratender Hinsicht entwickelt hat.
- **Erfahrungen bei der Entwicklung zweier Prototypen kommunaler Sozialberichte:** In Kooperation mit den beiden Erprobungskommunen Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim wurden auf der Basis des an der HAWK zusammengestellten Indikatorensets Sozialberichte erstellt.⁶ Die dort gesammelten Erfahrungen flossen in diesen Werkzeugkasten ein.
- **Unterstützung und Beratung aus der Praxis:** Nicht zu unterschätzen ist schließlich die durchgängig große Unterstützung der unterschiedlichen Praxispartner und Expertinnen (vgl. Anhang), die uns in mehreren gemeinsamen Workshops und auch während immer wieder auf kurzem Dienstweg mit ihrem breiten und detailreichen Wissen unterstützten, uns mit schwer zugänglichen Materialien versorgten oder uns an den Höhen und Tiefen ihres Weges zu einem Sozialbericht in ihrer Kommune teilhaben ließen. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

1

KOMMUNALE SOZIALBERICHTERSTATTUNG – WOZU?

Ziele kommunaler Sozialberichterstattung

Kommunale Sozialberichterstattung ist die regelmäßige Beobachtung der Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung, der sozialen Ungleichheit und der unterschiedlichen Teilhabechancen in einer Kommune. Sie ist Grundlage einer präventiv orientierten sozialen Kommunalpolitik und eines effizienten und zielgenauen Einsatzes von Ressourcen. Sie hat Aufgaben und Funktionen auf unterschiedlichen Ebenen⁷:

- **Aufklärung:** Informationen über soziale Ungleichheit und unterschiedliche Teilhabechancen in der Kommune für sozialpolitische Akteurinnen und Akteure, Verbände, Initiativen und interessierte Bürger/innen bereitstellen; Diskussionen versachlichen; Transparenz ermöglichen.
- **Diagnose:** Soziale Ungleichheit anhand breit akzeptierter Standards beschreiben; soziale Problemlagen frühzeitig identifizieren und Handlungsbedarfe aufzeigen.
- **Agenda Setting:** Themen auf die politische Tagesordnung bringen; Aufmerksamkeit für sozialpolitische Politikfelder erhöhen.
- **Steuerungsunterstützung:** Entscheidungs- und Planungsgrundlagen für Politik und Verwaltung bereitstellen; Prioritätensetzungen ermöglichen; Argumentations- und Entscheidungsgrundlagen schaffen.
- **Integration:** Kernbefunde aus unterschiedlichen sozialen Fachberichterstattungen zusammenführen und verdichten; Konzepte, Indikatoren und Datenquellen aus einer Hand entwickeln und anbieten; einen ressortübergreifenden Gesamtrahmen sozialer Kommunalentwicklung schaffen.

- **Innovation:** Austausch zwischen Fachabteilungen innerhalb der Verwaltung verbessern und Ressortdenken verringern; festgefügte Annahmen über sozialpolitischen Handlungsbedarf prüfen; neue Diskussionen anstoßen.
- **Kommunikation:** Berichtsergebnisse deuten und vermitteln (Datensprechen nicht für sich); Kommunikations- und Beteiligungsprozesse in der Kommune anstoßen.

Sozialberichterstattung basiert immer auf normativen Festlegungen. Sie bedarf Entscheidungen darüber, wer federführend bei der Berichterstellung ist, zu welchem Zweck was genau betrachtet werden soll, welche Bevölkerungsgruppen und räumlichen Bereiche ausdifferenziert werden, in welchen Zeitabständen berichtet wird, welche Indikatoren ausgewählt werden und wie schließlich der Bericht kommuniziert werden soll. Insofern ist die Berichterstellung selbst bereits ein Aushandlungsprozess bzw. basiert auf einer Verständigung über Ziele, Inhalte und Methoden der Sozialberichterstattung. Deswegen gibt es auch kein Patentrezept für den Sozialbericht einer Kommune; jede Kommune muss ihre Ziele, Methoden und Betrachtungsbereiche selbst festlegen. Aber es gibt sehr hilfreiche Standards und Bausteine, die auf Forschungen und Erfahrungen anderer beruhen und die den Weg zum eigenen Sozialbericht leichter machen.

Info-Kasten 1

Warum brauchen Sie einen Sozialbericht, Herr Sozialdezernent?

„Kommunale Sozialberichterstattung ist quasi das Cockpit für eine Kommune. Wenn man die Handlungsfelder gut bearbeiten möchte, muss man wissen, wie es im Sozialraum zu den Lebenslagen Jugend, Armut, Alter, Behinderung, Migration und so weiter, aussieht. Das heißt, ohne eine vernünftige Datenaufbereitung kann auch keine vernünftige Auswertung erfolgen. Ohne so ein Cockpit kriegen Sie am Ende keine vernünftige Sozialpolitik hin.“ (Malte Spitzer, Dezernent für Jugend, Soziales, Schule und Sport der Stadt Hildesheim) (<https://www.hawk.de/de/newsportal/hawk-tv-und-radio/sozialberichterstattung-cockpit-einer-kommune>)

Adressat/inn/en des Sozialberichts

Entsprechend der unterschiedlichen Funktionen der Sozialberichterstattung ist der Adressatenkreis groß und offen. Er reicht weit über den Verwaltungsvorstand, die Fachausschüsse, Gremien und Fachkräfte in der Verwaltung hinaus. Bei Landkreisen sind es besonders die kreisangehörigen Kommunen, die sich informieren können, bei Großstädten deren Stadtteile und -bezirke. Auch andere Kommunen, die sich vergleichen möchten oder Hinweise für ihre eigene Berichterstattung suchen, werden den Sozialbericht nutzen. Politiker/innen oder Akteurinnen und Akteure im Sozialbereich wie Wohlfahrtsverbände oder Interessengruppen sind ebenso angesprochen wie die interessierte Öffentlichkeit. Der Sozialbericht kann als Grundlage der Planung in einer Kommune ebenso dienen wie als Anstoß für die lokale Auseinandersetzung um Ziele und Handlungsstrategien.

Der Göttinger Sozialwissenschaftler Peter Bartelheimer schreibt dazu: „Berichte sind dann erfolgreich, wenn sich der gesellschaftliche Streit um die Deutung sozialer Entwicklungen auf eine gemeinsam anerkannte Datengrundlage beziehen kann, wenn die Auswahl von Kern- und Vertiefungsthemen auf einem fachöffentlichen Konsens beruht und wenn die gesellschaftlichen Akteure Befunde gemeinsam diskutieren und interpretieren“⁸.

Sozialberichterstattung und Sozialmonitoring

Sozialmonitoring ist ein datengestütztes Instrument zur regelmäßigen und mehrdimensionalen Beobachtung der sozialen Entwicklung in einer Kommune. Zu unterschiedlichen Lebenslagebereichen werden Kennzahlen entwickelt und periodisch ausgewiesen – damit lassen sich Veränderungsprozesse im Zeitverlauf abbilden; im besten Fall stehen auch kleinräumige Daten zur Verfügung.⁹ Dazu verwendet das Sozialmonitoring ausgewählte Indikatoren zu unterschiedlichen Themenfeldern, mit denen sich komplexe soziale Sachverhalte zumindest annäherungsweise messen lassen. Zum Beispiel gilt der Bezug von Mindestsicherungsleistungen als Indikator für Armutslagen.

Das Sozialmonitoring kann Teil umfassender Statistischer Informationssysteme sein (Beispiele sind das [Göttinger Statistische Informationssystem GÖSIS](#) oder die [Wilhelmshavener Daten und Fakten](#)). Es bietet damit eine wichtige Datenquelle für sämtliche kommunalen Planungen. Allerdings besteht es fast nur aus Zahlen in Tabellen oder manchmal auch in thematischen Karten. Entwicklungstrends und Kernaussagen erschließen sich deswegen nicht unmittelbar, sondern müssen herausgefiltert, durch Datenverdichtungen anschaulich gemacht und interpretiert werden.

Dies ist Aufgabe der Sozialberichterstattung, die in meist größeren Abständen (z. B. alle fünf Jahre) einen Sozialbericht zur Lebenslage und Sozialstruktur in einer Kommune vorlegt. Hier wird über die Entwicklung in unterschiedlichen kommunalen Lebenslagebereichen berichtet. Es werden wichtige übergeordnete Trends herausgearbeitet und bestimmte Themen fokussiert. Ein Sozialplaner beschreibt das im Experteninterview so: „Die Aufgabe des Sozialberichts ist es, eine Art Kassensturz zu machen und ein paar große Themen, auf die wir einen Fokus legen wollen, alle paar Jahre mal wieder zu bearbeiten.“

Sozialberichterstattung und Sozialplanung

Sozialberichterstattung wird als wichtiger Baustein strategischer Sozialplanung angesehen. Strategische Sozialplanung in den Kommunen ist eine politisch legitimierte Steuerungsunterstützung zur Beeinflussung der Lebenslagen von Menschen, der Verbesserung ihrer Teilhabechancen sowie zur Entwicklung adressaten- und sozialraumbezogener Dienste, Einrichtungen und Sozialleistungen. Sie analysiert die soziale Lage und Entwicklung in Sozialräumen, in der Kommune und in ihrem Umfeld. Sie formuliert unter Beteiligung der Betroffenen und der Anspruchsgruppen Vorschläge für Ziele und Kennzahlen kommunaler Sozialpolitik. Sie unterstützt die Verwaltungsführung, andere Fachressorts und die Politik im Sinne einer integrativen Planung unter dem Dach von Gemeinde- bzw. Kreisentwicklungsplanung. Sie ist Grundlage einer ziel- und wirkungsorientierten Sozialpolitik sowie einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur und hat vor allem auch die Prävention im Blick¹⁰.

Eine breite Datenbasis und die differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung ist unverzichtbare Unterstützung für die Entwicklung einer vorausschauenden, strategischen und nachhaltigen Planung im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die bislang gerade in kleineren Kommunen verbreitete Praxis der Beschaffung von Daten von Fall zu Fall, direkt bezogen auf ein anstehendes Problem, ermöglicht dagegen keine strategische Sozialplanung. Sie birgt zudem das Risiko der Instrumentalisierung: Indikatoren, Betrachtungszeiträume etc. könnten je nach Interessenlage von Politik und Verbänden gewählt werden anstatt aus sachlichen Gründen. Dagegen bietet Sozialberichterstattung langfristige Analysen mit einem festen Indikatorensatz, an denen sich alle Auseinandersetzungen und Planungen orientieren können.

Innerhalb des gesamten Prozesses von Sozialplanung ist Sozialberichterstattung zunächst Teil des Arbeitsschritts Bestandsaufnahme und beinhaltet die differenzierte Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung sowie die Identifizierung von Problemlagen, die eine sozialplanerische Antwort verlangen. Die ermittelten Herausforderungen gehen in die Formulierung von Zielen ein und geben bereits Hinweise auf mögliche sozialpolitische Interventionen. Am Ende des Prozesses der Sozialplanung spielt die Sozialberichterstattung wieder eine Rolle bei der Beobachtung der Zielerreichung.

Grenzen kommunaler Sozialberichterstattung

Wünschenswerte Berichtsgegenstände versus Datenverfügbarkeit

Kommunale Sozialberichterstattung kann in der Regel nur Bezug auf vorhandenes und leicht zu beschaffendes Datenmaterial nehmen. Die Durchführung eigener empirischer Studien, wie etwa Repräsentativbefragungen, wird in den meisten Fällen nicht möglich sein. Die Operationalisierung komplexer theoretischer Konzepte zu Lebenslagen oder Armutproblematiken ist aus diesem Grund nur recht begrenzt möglich. Zudem stehen Daten zu bestimmten relevanten Fragen nicht oder nur sehr selektiv zur Verfügung, etwa zur Partizipation, Sicherheit oder Wohnsituation. Schließlich fehlt die Abbildung der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung ihrer Lebenssituation oder der Kommunalentwicklung durch die Bewohnerschaft. Für die Sozialberichterstattung bedeutet das: Das Optimum an Aussagekraft aus ohnehin vorliegenden Prozessdaten und anderen leicht zugänglichen Datenquellen herauszuholen – und das ist durchaus nicht wenig. Die Vermittlung der Aussagegrenzen und -möglichkeiten etwa an Politik und Öffentlichkeit gehört zu einer guten Sozialberichterstattung.

Standardisierung der Berichterstattung versus Beteiligungsoffenheit

Eine Standardisierung der Berichterstattung mit Blick auf die Merkmale, Kennzahlen, Berichtszeiträume, Differenzierungen, Kleinräumigkeit etc. ist die Voraussetzung, um notwendige Vergleiche zu ziehen

- über die Zeit hinweg zur Feststellung von Entwicklungen, z. B. Anstieg der Kinderarmut in den letzten zehn Jahren,
- über die räumlichen Einheiten hinweg zur Feststellung von Unterschieden innerhalb einer Kommune, z. B. überdurchschnittliche Alterung im Süden des Landkreises,
- mit anderen Kommunen und Regions-, Landes- oder Bundesdaten, z. B. unterdurchschnittliche Einkommenslagen im Vergleich zum Land Niedersachsen.

Vergleiche sind unverzichtbar, um die eigenen Daten einordnen zu können – das ist ein Grund für die vielfältigen Standardisierungsbemühungen. Hinzu kommt, dass durch den Austausch Qualifizierungs-, Einsparungs- und Entlastungsvorteile für die Beteiligten auftreten.

Die wichtigsten Austauschmöglichkeiten im Bereich der Sozialberichterstattung sind der Verein für Sozialplanung VSOP und der KOSIS-Verbund. „Der VSOP ist ein selbst organisierter Zusammenschluss von Sozialplanerinnen und Sozialplanern, die sich zum Ziel gesetzt haben, die fachliche und fachpolitische Diskussion über alle Fragen zur Sozialplanung voran zu treiben. Kennzeichnend für diese in Deutschland einmalige Plattform für Sozialplanung ist Interdisziplinarität, Praxisbezug, Arbeitsfeldorientierung und ein prozessuales, kommunikatives und beteiligungsorientiertes Grundverständnis von Planung. Der VSOP engagiert sich für eine qualitative Weiterentwicklung der Sozialplanung.“¹¹ Der VSOP ist die Plattform für Sozialplanung im deutschsprachigen Raum. Er bietet (regionale) Vernetzung, Rat und Hilfe, Professionalisierung, regelmäßige Tagungen, Treffen und wichtige Publikationen. Der [KOSIS-Verbund](#) ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation getragen vom Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) mit Unterstützung des Deutschen Städtetags. Durch die Standardisierung bekommt die Berichterstattung allerdings möglicherweise eine gewisse Starrheit: Bewährte Merkmale werden beibehalten, auch wenn sie vielleicht nicht mehr zeitgemäß sind (z. B. Familienstand). Kommunale Besonderheiten werden möglicherweise nicht hinreichend abgebildet. Vor allem aber bietet ein standardisiertes Berichtskonzept nur wenige Beteiligungsmöglichkeiten für sozialpolitische und sozialraumbezogene Akteurinnen und Akteure und interessierte Bewohner/innen. Die Aushandlung der Inhalte, Räume und Methoden der Berichterstattung erfolgt nicht in einem ergebnisoffenen Prozess mit den Betroffenen, sondern meist unter Fachleuten. Standardisierung und Beteiligung sollten aber nicht als ‚Entweder-oder‘ betrachtet werden, sondern als ‚Sowohl-als-auch‘. Vergleichbarkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die Aussagekraft von Berichten – und man sollte bei der Ausschöpfung der verfügbaren Datenbestände von anderen lernen. Partizipationsorientierte und qualitative Berichtsteile sollten aber die ‚trockenen‘, auf Kennzahlen und Vergleichen beruhende Berichterstattung ergänzen und lebensweltorientierter gestalten. Außerdem sollten auf der Basis der Berichte Diskussionen und politische Auseinandersetzungen angestoßen werden, die z. B. die subjektiven Deutungsmuster der Menschen in einem Sozialraum mit den Befunden der standardisierten Berichte konfrontieren (und umgekehrt).

Komplexe Materie versus beschränkte Ressourcen

Sozialberichterstattung ist kein einfaches Geschäft, das quasi nebenbei aus den Beständen erledigt werden kann. Sie erfordert technische, organisatorische und personelle Ressourcen – ganz besonders in der Aufbauphase. Fast drei Viertel der niedersächsischen Kommunen ohne Sozialberichterstattung, aber mit Interesse an ihrem Aufbau benannten 2017 in unserer Online-Befragung fehlende personelle Ressourcen mit entsprechender Qualifikation als ursächlich für die fehlende Berichterstattung. Fast 40 % machten das Nichtvorhandensein einer strategischen Sozialplanung dafür verantwortlich. Aber selbst wenn es eine kommunale Sozialplanung gibt, so ist das Aufgabenspektrum, das meist von nur einer Person nicht selten mit weniger als einer ganzen Personalstelle bewältigt werden muss, umfangreich und vielfältig. Hohe Berichtsansforderungen an wissenschaftliche und methodische Standards sind unter solchen Umständen kaum zu erfüllen. Aber auch unter diesen Bedingungen lässt sich Schritt für Schritt eine Berichterstattung aufbauen, die hilfreich und informativ ist – und in jedem Fall besser als nichts.

2

WEGE ZUR KOMMUNALEN SOZIALBERICHTERSTATTUNG

Der Aufbau eines kontinuierlichen, langfristig angelegten Berichtswesens ist ein lohnenswertes, aber mühsames Unterfangen. Dabei sind die im Folgenden beschriebenen Schritte wichtig, wenn nicht unverzichtbar.

Vor dem Bericht: Überzeugungsarbeit, Auftrag und Ressourcensicherung

Sozialberichterstattung braucht eine allgemein akzeptierte Arbeitsgrundlage, einen Berichtsauftrag. Das ist im besten Fall ein Auftrag von Verwaltungs- und kommunalpolitischer Spitze – möglichst in Form eines einschlägigen Beschlusses, z. B. des Stadtrates bzw. des Kreistages.

Um einen solchen Beschluss zu erreichen, gibt es in der Regel eine verwaltungsinterne Initiative oder – was meist wirksamer ist – eine Initiative seitens der Politik. Grundsätzlich bedarf es einer klaren Haltung, transparent über Problemlagen zu berichten („Wir kommunizieren Armut“, so eine von uns befragte Sozialplanerin) und diese nicht im Sinne einer falsch verstandenen Imagepflege unter den Teppich zu kehren.

Aus Sicht vieler Praktiker/innen im Sozialbereich ist der kommunalpolitische Handlungsdruck immens. Insofern gebe es eine breite Einsicht in die Notwendigkeit von Sozialberichterstattung und einer darauf basierenden Sozialplanung. Durch den erarbeiteten Sozialbericht wiederum würden die sozialen Problemlagen so deutlich, dass die weitere Behandlung sozialpolitischer Themen gestärkt werde.

Allerdings steht die Notwendigkeit von Sozialberichterstattung immer in Konkurrenz zu anderen kommunalen Aufgaben, besonders denjenigen mit verpflichtendem Charakter. Längst nicht in allen kleineren Städten und Landkreisen wird eine Berichterstattung als wichtig erachtet, und einzelne Engagierte stehen nicht selten auf verlorenem Posten. Dann ist es wichtig, sich in unterschiedlichen Feldern Verbündete für die Überzeugungsarbeit zu suchen: Gerade der Druck der Wohlfahrtsverbände und anderer Akteure im Armutsbereich kann hier sehr hilfreich sein. Auch Parteien, Kirchen, Verbände, Initiativen können ihr Interesse an einer Sozialberichterstattung in den kommunalpolitischen Diskurs einbringen. Bisweilen kann ein gefördertes Projekt, das die Mittelzuweisung an ein laufendes Monitoring bindet, oder die verpflichtende Jugendhilfeberichterstattung zum Kern einer zu entwickelnden Sozialberichterstattung werden. Oder es gibt die Möglichkeit, von der Unterstützung übergreifender Berichtsinitiativen zu profitieren (vgl. Info-Kasten 2).

Info-Kasten 2

Unterstützungsmöglichkeiten durch übergreifende Berichtsinitiativen

Es gibt unterschiedliche Berichtsinitiativen, die für Kommunen bei der Einführung einer Sozialberichterstattung hilfreich sein können. Eine Beteiligung kann womöglich den Einstieg befördern. Die Erstellung von Demografieberichten ist seit einigen Jahren in vielen Kommunen ein wichtiges Thema; diese sind z. B. in der Stadt Oldenburg (2013) oder im Landkreis Göttingen (2014) zu Meilensteinen auf dem Weg hin zu Sozialberichterstattung und Sozialplanung geworden. Es könnte auch interessant sein, folgende derzeit verfügbare übergreifende Berichtsinitiativen daraufhin zu prüfen, ob eine Beteiligung die eigenen Zielsetzungen unterstützt:

Info-Kasten 2 (Fortsetzung)

1. Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement

Die Transferagentur Niedersachsen ist eine seit Oktober 2014 für das Land Niedersachsen zuständige Regionalagentur der bundesweit agierenden Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Durch individuelle Begleitung und Beratung, den Transfer von Praxiswissen, Vernetzung und Qualifizierung unterstützt sie die Verwaltungen von Landkreisen und kreisfreien Städten beim Aufbau bzw. bei der Weiterentwicklung ihres datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM). Wissensgrundlage für das DKBM ist das Bildungsmonitoring, die Zusammenführung und Analyse verschiedener quantitativer und qualitativer Daten aus dem Bildungsbereich, um über Entwicklungen informieren und in der Bildungspolitik besser planen und steuern zu können.

Auch in Bezug auf die integrierte Sozialberichterstattung kann die Transferagentur Niedersachsen einen Mehrwert für Kommunen darstellen, da es sich hierbei zum einen um ein Querschnittsformat mit erheblichen Überschneidungen in Methode, Zielsetzung und Produkten zum Bildungsmonitoring handelt. Ein Übertrag dieser Ansätze bzw. ein Zusammendenken ist somit gut möglich. Zum anderen unterstützt die Transferagentur Niedersachsen bei der Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen und Prozesse mit Bezügen zum Thema Bildung vor Ort. Auch hierbei ergeben sich vielfältige Schnittmengen und die Möglichkeit, eine integrierte Sozialplanung im Sinne vernetzter kommunaler Bildungslandschaften in den Ausbau des DKBM miteinzubeziehen.

Weiterführende Informationen zum kostenfreien Angebot der Transferagentur Niedersachsen sowie Kontaktmöglichkeiten zum multidisziplinären Team finden Sie unter: <https://www.transferagentur-niedersachsen.de>

2. KECK-Atlas

Der KECK-Atlas der Bertelsmann Stiftung kann von Kommunen, die sich vertraglich binden, für den Aufbau einer eigenen kleinräumigen Berichterstattung genutzt werden. Die Daten werden von den teilnehmenden Kommunen geliefert, sie liegen dann auf einer Datenbank. Es gibt ein Indikatorensystem, das nach eigenen Ansprüchen erweitert und angepasst werden kann. Eine Voraussetzung für die kostenfreie Nutzung des KECK-Atlas ist es, dass ausgewählte Daten freigeschaltet werden, die dann öffentlich einsehbar sind. Bei den anderen Daten entscheiden die Kommunen selbst, welcher Bereich nur für sie selbst einsehbar ist.

Der KECK-Atlas ist ein Online-Instrument, mit dessen Hilfe die zur Verfügung gestellten Daten verwaltet, ausgewertet und ansprechend dargestellt werden können. Es können schnell Berichte und Monitorings erstellt werden. Im Rahmen des KECK-Projektes werden die kommunalen Ansprechpartner/innen geschult und miteinander vernetzt.

Vorteile der Nutzung liegen ganz sicher in der hohen technischen Professionalität und der Unterstützung beim Aufbau und bei der Anwendung. Durch die vertragliche Bindung der Stadtspitze mit der externen Kooperation können interne Datenquellen besser zum Sprudeln gebracht und verbindliche Datenlieferungen vereinbart werden. Die Kostenfreiheit und die Auslagerung der Datenverwaltung sind sicher weitere Vorteile, insbesondere dann, wenn technische, finanzielle und vor allem Personalressourcen fehlen.

Die kommunalen Daten und die Verantwortung für ihre Auswertung aus der Hand zu geben, kann aber auch nachteilig sein. So kann der Kontakt zur Entstehung der Daten immer mehr verloren gehen, wenn man sich nur auf die attraktiven Karten und die Kennzahlen verlässt, die das System auswirft. Dazu kommt: Der KECK-Atlas ist ein befristetes Projekt der Bertelsmann Stiftung (wie übrigens auch der Wegweiser Kommune), das von der Bereitschaft der Stiftung abhängt, es auch zukünftig in gleicher Form weiterzuführen. Eine selbst aufgebaute Sozialberichterstattung hat dagegen nicht zu unterschätzende nachhaltige Qualifizierungs- und Steuerungseffekte. Sie ermöglicht eine stärkere Orientierung an eigenen Zielsetzungen und Problemstellungen. Vernetzungen und gegenseitige Unterstützungen gibt es auch – über den VSOP oder den KOSIS Verbund.

In Niedersachsen nehmen die Städte Emden und Nienburg/Weser am KECK-Atlas teil und die Landkreise Lüchow-Dannenberg, Osnabrück und Vechta. Hier können Sie sich über die Erfahrungen bei der Anwendung informieren. Außerdem natürlich unter <https://www.keck-atlas.de/keck.html>

Bei einem Beschluss bzw. Auftrag ist es von zentraler Bedeutung, hinreichende Ressourcen zu sichern – insbesondere eine qualifizierte Personalstelle. Der Zugang zur Statistik ist ebenfalls sehr wichtig. Im optimalen Fall gibt es eine abgeschottete Statistikstelle, mit der kooperiert werden kann. Nur in einer abgeschotteten Statistikstelle können Rohdaten, personenbezogene Daten, kleine Fallzahlen etc. verarbeitet werden. Dafür müssen strenge datenschutzrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein, die mittels einer Satzung geregelt werden. Längst nicht jede Stadt und kaum ein Landkreis in Niedersachsen hat eine solche Statistikstelle. Aber auch, wenn diese nicht vorhanden ist, lässt sich mit vorhandenen Strukturdaten und mit einem Standard-Office-Paket (Excel!) viel erreichen.

Das Kostenargument kann mit den Einsparpotenzialen bei einem bedarfs- und zielorientierten Mitteleinsatz entkräftet werden: Sozialplanung und Sozialberichterstattung lohnen sich finanziell, weil möglichst frühzeitig präventive Maßnahmen ergriffen werden können, die in der Regel erheblich kostengünstiger sind als Interventionen zu einem Zeitpunkt, an dem sich Problemlagen bereits verfestigt haben.

Info-Kasten 3

Welche unterstützenden Rahmenbedingungen braucht kommunale Sozialberichterstattung vom Land?

Aus unserer Online-Umfrage und den Aussagen der Expert/inn/en in den Interviews und Workshops geht hervor, dass die Kommunen eine Unterstützung des Landes Niedersachsen für den Aufbau einer Sozialberichterstattung für unbedingt erforderlich halten. Die Kommunalen Spitzenverbände (Niedersächsischer Städte- bzw. Landkreistag und Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund) sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sollten hier als Bündnispartner gewonnen werden, die sich eine solche Forderung zu eigen machen. Auf den folgenden Ebenen benötigen die Kommunen Unterstützung bei der Sozialberichterstattung:

- **Ressourcen zur Verfügung stellen:** Das Fehlen von qualifizierten Personen, Zeit und Geld ist eine der häufig genannten Hürden auf dem Weg zur Sozialberichterstattung. Wir haben diese Erfahrung im Rahmen unseres Forschungsprojekts selbst gemacht: Auch bei bestem Willen von kommunaler Politik und Verwaltung können Zeit- und Personalmangel Ansätze zur Berichterstellung zum Scheitern bringen. Eine Forderung ist die Festlegung von Sozialplanung/Sozialberichterstattung als kommunaler Pflichtaufgabe – mit der entsprechenden Ausstattung.
- **Standards und Daten bereitstellen:** Hilfreich sind Standards in der Sozialberichterstattung, wie bspw. ein festgelegtes Indikatoren-Set mit Arbeitshilfen (gewünscht von 70 % der online befragten Kommunen mit Interesse am Aufbau einer Sozialberichterstattung), zu dem es seitens des LSN dann auch möglichst kleinräumige und aktuelle Daten geben sollte. Dieser Werkzeugkasten ist ein erster Schritt in diese Richtung.
- **Unterstützung durch Beratung, Fortbildung und Vernetzung:** Mehr als die Hälfte der online befragten Kommunen wünschen und benötigen beim Aufbau der kommunalen Sozialberichterstattung Beratung und Fortbildung. Die Einrichtung einer Beratungsstelle mit fester Ansprechpartnerin/festem Ansprechpartner auf Landesebene wird von einem Drittel der Befragten befürwortet, ebenso Vernetzungsleistungen.

Wege zum Bericht: Konzeptentwicklung und Organisation von Kooperationen

Der Einstieg in die kommunale Sozialberichterstattung findet oft über Datensammlungen und -zusammenstellungen statt. Entscheidend ist dabei von Anfang an ein zielorientiertes Vorgehen: Welche Problemstellungen sollen analysiert werden? Welche Aspekte und Dimensionen sind dabei wichtig? Welche Handlungsziele werden am Ende damit verfolgt? Hilfreich ist die Orientierung an Empfehlungen und guten Beispielen.

Berichtskonzepte können und dürfen sehr unterschiedlich sein und sind es auch in der Praxis. Manche Berichte wählen einen umfassenden Ansatz, andere eine thematische oder zielgruppenorientierte Fokussierung (etwa auf Armut, demografischen Wandel oder die Zielgruppe Familien). Es gibt stärker theoriegeleitete Ansätze (Lebenslageansatz) oder solche, die empirisch-pragmatisch von den vorhandenen Daten ausgehen. Schließlich gibt es Berichte, die sich auf die Darstellung der Daten konzentrieren und andere, die eine klare Handlungsorientierung aufweisen und versuchen, problematische Entwicklungen herauszuarbeiten und mögliche Ursachen zu benennen. In jedem Fall muss über das grundlegende Berichtskonzept ein Konsens zwischen den Beteiligten erreicht werden, weil dies die Basis der weiteren Schritte ist.

Parallel dazu ist es wichtig, Kooperationen zu initiieren und Vertrauen zu schaffen. Falls es eine Statistikstelle gibt, sollte diese auf jeden Fall einbezogen werden. Da die nützlichen Daten sehr oft in unterschiedlichen Fachbereichen zu finden sind, muss die mögliche Zusammenarbeit mit den Fachplanungen besprochen werden: Können vorhandene Fachberichterstattungen als Grundlage genutzt werden? Ein Vorgehen, das sich dabei als sehr hilfreich erwiesen hat (etwa in Kiel, Oldenburg, Landkreis Helmstedt), ist die Veranstaltung verschiedener Workshops mit Beteiligten aus unterschiedlichen Bereichen wie Statistik, Fachplanungen z. B. zu den folgenden Themen:

- Ressortübergreifendes Datenmanagement: Welche Daten werden überhaupt gesammelt? Von wem? In welchen Kategorien? In welchem Zeitraum? Bestands- oder Verlaufsdaten?
- Raumbezug von Daten: Auf welcher kleinräumlichen Ebene liegen welche Daten vor? Auf welcher werden sie benötigt? Lassen sich thematische Karten für einen Sozialatlas erstellen? Für welche Merkmale ist dies sinnvoll?
- Inhalt und Struktur des Sozialberichts: Berichtsziele, Berichtskonzept und mögliche/geeignete Indikatoren
- Arbeitsteiliges Vorgehen: Wer ist zuständig für die Datenlieferung, das Datenmanagement und die Datenverarbeitung? Welche Spielregeln gibt es? Zum Beispiel könnte es eine Steuerungsgruppe und begleitende AGs geben.

Durch die Workshops werden Arbeitsbeziehungen installiert und es wird Vertrauen für die weitere gemeinsame Arbeit geschaffen.

Berichterstellung: Tipps aus der kommunalen Praxis

Was – so haben wir erfahrene Expert/inn/en der kommunalen Sozialberichterstattung gefragt – würden sie denjenigen empfehlen, die in einer Kommune Sozialberichterstattung aufbauen wollen. Hier sind ihre Tipps:

- **Sozialberichterstattung braucht Ziele, Daten und Gremien.** Entwickeln Sie zusammen mit anderen Zielsetzungen für die Berichterstattung, bringen Sie Datenquellen zum Sprudeln und schaffen Sie einen Rahmen, um die Ergebnisse gemeinsam zu interpretieren und fachlich einzuordnen.
- **Sozialberichterstattung braucht Handlungsorientierung.** Orientieren Sie sich an Leitbildern und Handlungszielen der Kommune, arbeiten Sie zentrale Entwicklungen und Problembereiche in den kommunalen Handlungsfeldern klar heraus und schaffen Sie so Grundlagen für die Entwicklung von Maßnahmenkonzepten.
- **Von anderen lernen.** Schauen Sie sich Sozialberichte von Kommunen vergleichbarer Größe und Struktur an, verwenden Sie Handreichungen und vernetzen Sie sich.
- **Die Statistik und die sozialen Fachabteilungen sind zentrale Ansprechpartnerinnen.** Diese verfügen über wichtige Datengrundlagen, Auswertungssoftware und fachliche Expertise.

- **Sie können auch ohne (abgeschottete) Statistikabteilung eine ordentliche Sozialberichterstattung betreiben.** Dazu stellen Sie die durch unterschiedliche Institutionen (z. B. das Landesamt für Statistik) veröffentlichten und intern verfügbaren Daten sinnvoll zusammen und analysieren diese. Kleinräumige Daten innerhalb von Städten gibt es dann allerdings nicht.
- **Fangen Sie klein an mit den Daten, die unmittelbar verfügbar sind** (z. B. aus den eigenen Statistiken, in LSN-Online oder in Fachberichten) und bauen Sie Ihre Sozialberichterstattung Schritt für Schritt inhaltlich aus. Passen Sie diese immer mehr den kommunalen Bedarfen an.
- **Daten sammeln und archivieren.** Selbst wenn der geplante nächste Bericht doch noch nicht erscheinen kann, sollten Sie die Daten in geeigneter Form vorhalten, damit Sie später darauf zurückgreifen können, z. B. um Zeitreihen zu erstellen.
- **Gestalten Sie Ihren Bericht transparent.** Nennen Sie Ihre Quellen korrekt, definieren Sie Ihre Kategorien und Begrifflichkeiten genau und achten Sie auf die Stimmigkeit der Daten und Aussagen im Bericht.
- **Weniger ist mehr.** Reduzieren Sie Ihre Daten. Präsentieren Sie nicht jede mögliche Auswertung, sondern konzentrieren Sie sich auf wesentliche Aspekte und arbeiten Sie zentrale Entwicklungen heraus.
- **Zeitreihen und Kleinräumigkeit sind wichtig.** Die Analyse von Entwicklungen und den unterschiedlichen Lebenslagen innerhalb einer Kommune sind zentrale Aufgaben der Sozialberichterstattung.
- **Ordnen Sie Ihre Ergebnisse ein.** Dazu dienen (neben Zeitreihen und kleinräumlichen Vergleichen) Vergleiche mit anderen Kommunen oder mit Landes- und Bundesdaten.
- **Sozialberichte lesbar gestalten.** Formulieren Sie einfach und klar. Stellen Sie Ihre Befunde anschaulich dar.
- **Kommunizieren Sie Ihre Ergebnisse.** Der Sozialbericht kann nur von Nutzen sein, wenn die Ergebnisse verbreitet, für die tägliche Arbeit genutzt und in der Kommune mit Blick auf die zu treffenden Konsequenzen diskutiert werden.

Wie anfangen? Das Einstiegsmodell

Es gibt zwei grundlegende Möglichkeiten, in die Sozialberichterstattung einzusteigen:

Einerseits kann der Weg über die **Fachberichterstattung** (Integrationsbericht, Jugendhilfebericht, Pflegebericht etc.) führen. Sei es, dass man einen bereits vorhandenen Fachbericht analytisch schärft oder um weitere Bereiche ausbaut (bzw. mit der zuständigen Fachabteilung übereinkommt dies zu tun). Oder sei es, dass man selbst mit einem auf ein Thema konzentrierten Bericht beginnt, der erst einmal den Nutzen von Sozialberichterstattung deutlich macht. Dieser Weg bietet sich an, wenn man als Sozialplaner/in in einem Fachbereich (z. B. der Jugendhilfeplanung) verankert ist und dort bereits über gute Kontakte und leicht zugängliche Informationen verfügt. Auch kann ein Thema, das gerade auf der politischen Agenda steht (aktuell z. B. Integration), die projektförmige Erstellung eines Fachberichtes befördern. Die zentralen Analysen und Befunde dieser Fachberichte sind Bausteine für den weiteren Ausbau integrierter, mehrere Lebenslagen umfassender Sozialberichte.

Die andere Möglichkeit besteht darin, mit einem einfachen Modell der Berichterstattung zu beginnen, das auf leicht zu beschaffenden Daten basiert und durch wenige Indikatoren ein treffendes sozialstrukturelles Profil („Kurzsteckbrief“) der Stadtteile bzw. kreisangehörigen Gemeinden einzeln und vergleichend darstellt. Allein die regelmäßige Zusammenschau und Darstellung grundlegender Daten zu Demografie, Arbeitslosigkeit und Armut bringt schon einen deutlichen Vorteil gegenüber einer anlassbezogenen Zusammenstellung von Daten von Fall zu Fall: Man kann Zeitreihen schneller erstellen, die Bezugseinheiten sind vergleichbar, die Indikatoren sind weniger manipulierbar. Unsere Praxispartner/innen empfehlen folgende **Daten für ein aussagekräftiges sozialstrukturelles Profil:**

- Einwohner/innen insgesamt
- Durchschnittsalter und drei Altersgruppen: 0- bis 17-Jährige (Kinder und Jugendliche), 18- bis 64-Jährige (Erwachsene im Erwerbsalter), 65 Jahre und Ältere (Senior/inn/en)

- Anteil der Ausländer/innen bzw. (falls möglich) Migrant/inn/en insgesamt und bei den unter 18-Jährigen (nicht im Sinne eines ohne weiteres vermehrten Handlungsbedarfs, sondern als profilbildendes Merkmal)
- Falls möglich: Haushalte, und zwar: Einpersonenhaushalte, Familienhaushalte (darunter Alleinerziehende)
- Arbeitslosenanteil
- Armut: Beziehende von Mindestsicherungsleistungen, Kinderarmut („NEF“ = nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ gemäß Bundesagentur für Arbeit), Altersarmut (Beziehende von Grundsicherung im Alter)
- Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner/in
- (evtl.) Hilfe zur Erziehung
- (evtl.) Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl

Wenn zu diesen Daten eine regelmäßige Berichterstattung installiert ist, kann diese später Schritt für Schritt je nach Interessen und Möglichkeiten ausgebaut werden, z. B. um Daten, die von anderen Ämtern erschlossen werden können, um kleinräumige Daten oder sogar um Daten, die man nur unter ganz spezifischen Bedingungen erhalten kann (Anschaffung einer Software, Straßenraster etc.). Detaillierte Informationen dazu finden Sie im nächsten Kapitel und im Anhang.

Nach dem Bericht: Kommunikation und Weiterverarbeitung

Nach seiner Fertigstellung wird der Sozialbericht in der Regel zunächst dem Verwaltungsvorstand vorgelegt. Danach geht er in die einschlägigen Fachausschüsse (z. B. Soziales, Jugend, Stadtentwicklung, Gesundheit) und in den Stadtrat bzw. Kreistag. Hierzu ist es wichtig, zentrale Befunde des Sozialberichtes in einer Präsentation zu verdichten, besser noch: in mehreren thematisch jeweils angepassten und adressengerechten Präsentationen.

Die Ausschusssitzungen sind öffentlich, und bisweilen greift die Lokalpresse bestimmte Themen auf. Sinnvoll ist es, die Kommunikation nicht dem Zufall zu überlassen, sondern eine Presseerklärung anzufertigen und am besten ein Pressegespräch, etwa mit der Sozialdezernentin/dem Sozialdezernenten, zu initiieren. In den unterschiedlichen Beiräten und wichtigen kommunalen Arbeitsgemeinschaften sollten ebenfalls Vorträge gehalten werden. Ein Sozialplaner erzählt im Expertengespräch, dass ihn die vielen Präsentationen, die er aus dem Sozialbericht gemacht habe, so viel Arbeit gekostet hätten wie der Bericht selbst.

An wichtige Personen und Akteure sollte der Bericht in Druckfassung versendet werden. Er sollte in den Gemeinden/Stadtbezirken und in den Fachämtern ausgelegt werden und an leicht erreichbarer Stelle als PDF-Dokument auf die Homepage gestellt werden.

Es kommt weiterhin darauf an, die Ergebnisse des Sozialberichts in den Gemeinden bzw. den Stadtbezirken bekannt zu machen. Hier bietet es sich an, in die entsprechenden Gremien zu gehen und wiederum passende Präsentationen vorzustellen, z. B. Ergebnisse für den Teilraum im Vergleich zur gesamten Kommune. Hier geht es aber keineswegs nur um die Information, hier geht es auch um die Diskussion (vgl. Kap. 5): Stimmt das aufgrund der statistischen Daten gezeichnete Bild mit der Wahrnehmung vor Ort überein? Wie erklären sich Abweichungen? Wie könnte der Bericht (beim nächsten Mal) um weitere kleinräumige Daten ergänzt werden? Welcher Handlungsbedarf ergibt sich aus Sicht der Vor-Ort-Akteurinnen und Akteure? In der Landeshauptstadt Hannover führt die Sozialplanung sogenannte Quartiersgespräche durch, wenn die Daten eine kleinräumig auffällige Entwicklung in einem Gebiet zeigen.

Auch die interne Kommunikation innerhalb der unterschiedlichen Fachabteilungen der Kommunalverwaltung ist grundlegend. Die Berichte sollten dort verteilt werden, verfügbar sein und im besten Fall diskutiert werden. Mit dem Sozialbericht soll gearbeitet werden. Dies kann unterstützt werden, indem Sie sich als Ansprechpartner/in anbieten.

Gemeinsam mit denjenigen, die am Bericht mitgearbeitet haben, diesen initiiert und begleitet haben, sollten Schritte zur Weiterarbeit mit dem Sozialbericht eingeleitet werden (vgl. Kap. 5): Welcher Handlungsbedarf ergibt sich in den unterschiedlichen Handlungsfeldern? Wie können Angebotsstrukturen und Dienstleistungen so gestaltet werden, dass sie Bedarfslagen und Lebenslagerisiken in der Kommune besser abfedern und möglichst präventiv verhindern können? Wie können freie Träger, Verbände und Gruppen sowie die Bewohnerschaft eingebunden werden?

3 BAUSTEINE KOMMUNALER SOZIALBERICHTERSTATTUNG

Um den Sozialbericht zu erstellen, werden vier Bausteine benötigt, die nachfolgend näher beschrieben werden: 1) Die Lebenslagebereiche, über die berichtet werden soll, 2) das Set von Merkmalen und Indikatoren, das dabei benutzt wird, 3) Informationen über die Datenquellen und 4) die räumlichen Bezugsebenen.

Baustein 1: Die Lebenslagebereiche

Bewährt hat sich für die kommunale Sozialberichterstattung ein Berichtskonzept, das an den unterschiedlichen Dimensionen der Lebenslagen der Bevölkerung anknüpft¹². Im Handbuch Sozialplanung des VSOP heißt es

dazu: „Anspruch der integrierten Sozialberichterstattung ist es (...), das Zusammenwirken von Ressourcen ebenso wie Beschränkungen über alle Dimensionen hinweg zu erfassen.“¹³ Für eine solcherart integrierte Berichterstattung müssen Verbindungen zwischen unterschiedlichen Lebenslagedimensionen hergestellt werden, also müssen beispielsweise die schulärztlich empfohlenen Schulrückstellungen in Zusammenhang gebracht werden mit der Kinderarmut oder der Wohnraumversorgung.

Für die Berichterstattung sollte ein stabiler Kern von Merkmalen und Indikatoren aufgebaut werden, der die soziale Ungleichheit in verschiedenen Lebenslagebe-

LEBENS-LAGEBEREICHE IN DER KOMMUNALEN SOZIALBERICHTERSTATTUNG		
1	DEMOGRAFISCHE BASISDATEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bevölkerung ■ Privathaushalte
2	ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beschäftigung und Arbeitsmarkt ■ Arbeitslosigkeit/prekäre Beschäftigung
3	EINKOMMEN UND ARMUTSLAGEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einkommensungleichheit ■ Armutslagen
4	WOHNEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wohnungsbestand ■ Wohnungsverorgung
5	BILDUNG, BETREUUNG, ERZIEHUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kindertagesbetreuung ■ Schul-, Hochschul-, Berufsausbildung ■ Hilfe zur Erziehung
6	GESUNDHEIT	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kindergesundheit im Einschulungsalter ■ Beeinträchtigungen und Pflege
7	BETEILIGUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesellschaftliche Beteiligung: Vereine ■ Politische Beteiligung: Wahlbeteiligung

reichen möglichst aussagekräftig abbildet. Zunächst sollte immer von der Gesamtbevölkerung ausgegangen werden. Danach können die Teilhabechancen ausgewählter Bevölkerungsgruppen (etwa nach Alter oder Geschlecht) ausdifferenziert werden. Auf dieser Basis sind auch thematische Vertiefungen zu aktuell brisanten Fragestellungen möglich. „Ein auf Verstetigung ausgelegtes System der Berichterstattung muss einen möglichst stabilen Satz ausgewählter Indikatoren mit Flexibilität bei der Auswahl wechselnder, durch aktuelle Entwicklungen, Problemwahrnehmungen oder Handlungsbedarfe bestimmter Vertiefungsthemen verbinden“, so der Göttinger Sozialforscher Peter Bartelheimer¹⁴.

Die Lebenslagebereiche können auch als kommunale Handlungsfelder angesehen werden: Hier schlägt sich soziale Ungleichheit im Lebensalltag der Menschen nieder, hier sind die Kommunen gefordert, Ansätze zur Daseinsvorsorge und zur Stärkung von Teilhabechancen zu entwickeln und bereitzuhalten. Sozialberichte im Sinne strategischer Sozialplanung sind aber bereichsübergreifend angelegt. Sie machen nicht an den Zuständigkeitsgrenzen der Organisationseinheit halt, in der die Sozialplanung angesiedelt ist. Wenn die Bereiche Schule oder Gesundheit z. B. in einem anderen Dezernat liegen, sollte dies kein Grund dafür sein, diese Handlungsfelder aus dem Bericht auszusparen.

Für die kommunale Sozialberichterstattung in kleineren und mittelgroßen Gemeinden und Landkreisen wird ausgehend von Empfehlungen und guten Beispielen eine Konzentration auf sieben Lebenslagebereiche empfohlen.

DEMOGRAFISCHE GRUNDDATEN

sind Grunddaten zur Bevölkerung und zu den Privathaushalten in einer Kommune. Sie sind für alle kommunalen Handlungsfelder von zentraler Bedeutung. Die Anpassung der kommunalen Infrastrukturplanung, des Wohnungsbaus und der sozialen Projekte an die Anzahl, räumliche Verteilung und Struktur der Bevölkerung ist das Kernfeld kommunalen Handelns. Die demografischen Grunddaten sind auch Grundlage soziostruktureller Differenzierungsmöglichkeiten der Daten aus den anderen Lebenslagebereichen.

ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

sind zentrale Betrachtungsfelder zur Analyse der sozioökonomischen Lebenslage der Bevölkerung. Die Einbindung in Erwerbsarbeit bestimmt in hohem Maße über die Teilhabechancen auch in anderen Lebenslagebereichen. Zwar können die Kommunen auf die Arbeitsmarktentwicklung nur recht begrenzt Einfluss nehmen, dennoch sind sie gefordert, mit den Folgen umzugehen, die sich aus der unterschiedlichen (Nicht-)Teilhabe der Wohnbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Umfang und Art der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die Möglichkeiten auf dem lokalen Arbeitsmarkt oder die Notwendigkeit zum beruflichen Pendeln sind durch Daten abzubilden. Für die Ermittlung der Teilhabechancen spielen Informationen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle.

EINKOMMEN UND ARMUTSLAGEN

sind unverzichtbare Bestandteile kommunaler Sozialberichterstattung. Die Einkommenssituation der Bevölkerung gibt nicht nur Hinweise auf die Kaufkraft und das Steueraufkommen, sondern insbesondere auch auf soziale Ungleichheit und unterschiedliche Teilhabechancen in einer Kommune. Die Kenntnis über Umfang, Verteilung und Entwicklung von Armut und armutsnahen Lebenslagen in der Kommune ist notwendig, um sozioökonomische Notlagen und Unterstützungsbedarfe zu ermitteln sowie sozialpolitische Handlungskonzepte zu entwickeln.

WOHNEN

ist ein grundlegender Daseinsbereich, in dem die Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten haben, z. B. durch Baulandausweisungen, Sanierungs- oder Stadtentwicklungsmaßnahmen. Die Versorgung von Menschen mit angemessenem Wohnraum ist ein Grundauftrag aller staatlichen Ebenen. Wer nicht über einen gesellschaftlich definierten Mindeststandard an Wohnraum verfügt, ist erheblich in seinen Entfaltungs- und sozialen Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Insofern sind Informationen über den Wohnungsbestand und die Wohnungsverfügung so gut wie möglich in einen integrierten Sozialbericht aufzunehmen.

BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG

sind Schlüssel für die Entwicklung individueller Lebens- und Teilhabechancen wie auch für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. In diesem Handlungsfeld sind die Kommunen in einer besonderen Gestaltungsverantwortung, vor allem im Kindertagesstättenbereich und bei den Hilfen zur Erziehung. Es geht darüber hinaus auch um die Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von Schul- und Bildungsangeboten sowie die Vernetzung unterschiedlicher Bildungsangebote in sozialraumbezogenen Ansätzen.

GESUNDHEIT

steht in enger Beziehung zur sozialen Lage. Zahlreiche Studien haben den Einfluss von Bildung, Einkommen, Wohn- und Erwerbssituation auf Krankheitsrisiken belegt. Gesundheitliche Einschränkungen wiederum können die Teilhabechancen in anderen Lebensbereichen vermindern. Den Kommunen kommt in diesem Feld eine Gestaltungsverantwortung zu, z. B. bei der Entwicklung von Präventionsnetzwerken oder quartiersbezogener Gesundheitsförderung.

BETEILIGUNG

der Bürgerinnen und Bürger kann Ausdruck der sozialen Integration und des Engagements für das Gemeinwesen sein. Leider gibt es zum Umfang des zivilgesellschaftlichen Engagements und der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene nur sehr wenige quantitative statistische Daten. Als ein Hinweis auf die gesellschaftliche Beteiligung kann die Vereinsdichte in einer Kommune interpretiert werden, während die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ein Aspekt der politischen Partizipation ist. Ein Rückgang der Vereinszahlen oder der Wahlbeteiligung kann zwar sehr unterschiedliche Gründe haben, wie z. B. eine allgemeine Politikverdrossenheit oder die Präferenz für andere Formen des Engagements. Dennoch geben beide Merkmale im Kontext der anderen Lebenslagebereiche wichtige Hinweise auf die Entwicklung dieser grundlegenden Beteiligungsformen. Falls möglich ist eine Ergänzung um weitere Daten anzuraten, z. B. Daten der freien Träger zum ehrenamtlichen Engagement.

Bisweilen wird auch das Thema Sicherheit in Sozialberichten aufgenommen. Die Darstellung basiert in der Regel auf der Polizeilichen Kriminalstatistik, weil diese vergleichsweise leicht zugänglich ist und auch kleinräumig angefordert werden kann. Allerdings handelt es sich dabei um eine reine Strafverfolgungsstatistik, die das Anzeigeverhalten der Bevölkerung und die Intensität der polizeilichen Ermittlungen abbildet. Sie ist zudem sehr anfällig für Fehlinterpretationen. Insgesamt ist sie aus diesen Gründen für die Erkenntnisinteressen der kommunalen Sozialberichterstattung kaum brauchbar¹⁵.

Baustein 2: Das Merkmals- und Indikatorenset

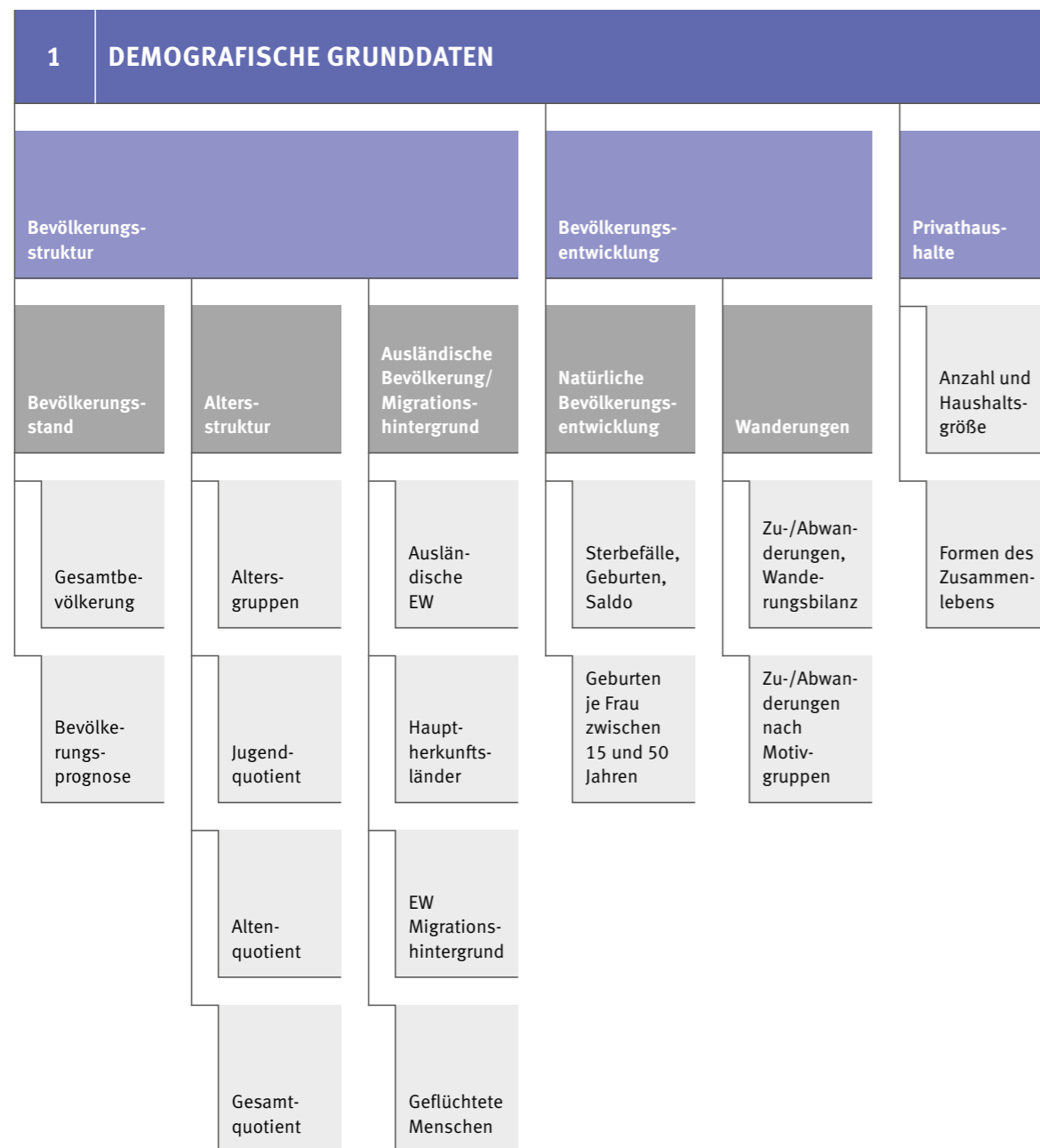
Die sieben verschiedenen Lebenslagebereiche können anhand unterschiedlicher Merkmale und Indikatoren beobachtet und analysiert werden. Soziale Indikatoren dienen der Messung von nicht direkt beobachtbaren Sachverhalten. Zum Beispiel werden Armutslagen in der kommunalen Sozialberichterstattung in der Regel durch den Indikator Bezug von Mindestsicherungsleistungen gemessen. Soziale Indikatoren dienen dazu, die Komplexität eines Sachverhaltes zu reduzieren. Durch die

Veranschaulichung, z. B. durch die Visualisierung mittels thematischer Karten („Sozialatlas“) werden soziale Problemlagen nicht nur erkannt, sondern bisweilen auch erst in Öffentlichkeit und Politik anerkannt¹⁶. Wichtige Kriterien für die Qualität und Eignung von Indikatoren für die kommunale Sozialberichterstattung sind¹⁷:

- Indikatoren müssen den Kern des zu beschreibenden Sachverhalts treffen und eine klare, allgemein anerkannte Interpretation zulassen.
- Sie müssen begründet, nachvollziehbar und allgemein verständlich sein.
- Sie sollen sich an andere übergeordnete Indikatoren-systeme anlehnen (z. B. Landessozialberichterstattung), um Vergleiche zu erlauben.
- Zeitreihen sollen möglich sein.

Auf kommunaler Ebene ist die Datenverfügbarkeit das größte Hemmnis bei der Umsetzung von Berichtskonzepten¹⁸. Die Informationen müssen aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen werden, von denen keine ursprünglich zum Zweck der Sozialberichterstattung entstanden ist. Insofern ist das vorgeschlagene Indikatorenset ein Kompromiss zwischen dem, was konzeptionell wünschenswert wäre und dem, was auf kommunaler Ebene mittels vorhandener bzw. leicht erschließbarer Daten möglich ist. Dazu kommt die Frage der Kleinräumigkeit. Längst nicht alle Datenquellen lassen sich so weit regionalisieren, wie es wünschenswert wäre. Und schließlich fehlen bisweilen Informationen und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Fachabteilungen, die Daten sammeln. Durch Anfragen und Kontakte kann womöglich die eine oder andere Datenquelle noch erschlossen werden – was auch für Daten gilt, die von anderen Institutionen und Trägern stammen. Insbesondere zwischen dem Sozialbereich und der Stadt/Kreisentwicklung scheint eine engere Abstimmung sinnvoll. Gerade Daten zum Wohnen (Mieten!), zum Wohnumfeld (Umwelt, Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen) oder zur Mobilität (Anbindung, Preise) könnten die Sozialberichterstattung um zentrale Aspekte bereichern.

Allerdings gibt es durchaus eine erhebliche Anzahl von relativ leicht erschließbaren Datenquellen (jedenfalls mehr, als in der Regel tatsächlich erschlossen werden), die sich gut für eine kommunale Sozialberichterstattung eignen und die auch in kleineren Städten und Gemeinden sowie Landkreisen ohne eigene Statistikstelle regelmäßig zusammengestellt werden können. Diese werden nachfolgend übersichtsartig für die sieben Lebenslagebereiche dargestellt. Detaillierte Angaben zu den Merkmalen und Indikatoren finden sich im Anhang.



DEMOGRAFISCHE GRUNDDATEN

Von den demografischen Grunddaten stehen Angaben zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung den Gemeinden zur Verfügung. Daten zum **Bevölkerungsstand** und zur Altersstruktur sind auch nach Geschlecht differenziert vorhanden. Gibt es keine eigene Bevölkerungsprognose, ist die Bezugnahme auf die kleinräumige **Bevölkerungsprognose** des Landesamtes für Statistik zu empfehlen. Sie ist eine einfache Fortschreibung und

deswegen transparent und leicht nachvollziehbar. Diese sollte vor dem Hintergrund der Vor-Ort-Kenntnisse ggf. angepasst werden (z. B. wenn ein neues Baugebiet ausgewiesen wurde). Die **Altersstruktur** kann neben der Zahl der Menschen in den verschiedenen Altersgruppen auch durch die Beziehung der verschiedenen Altersgruppen zueinander ausgedrückt werden. Im Datenreport 2018, einem So-

zialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, heißt es: „Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachsen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger/innen von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat. Für die Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters wird hier die Altersspanne von 20 bis 64 Jahren gewählt, da in dieser Lebensphase die meisten Menschen erwerbstätig sind.“¹⁹ Daten über die **ausländische Bevölkerung** können entweder durch die kommunale Ausländerbehörde ermittelt werden. Hier stellt sich aber möglicherweise das Problem, dass die Software zum Verwalten nicht unbedingt statistische Auswertungen ermöglicht und nur Stichtagswerte mit einer gewissen Ungenauigkeit ermittelt werden können. Oder man bedient sich der Daten des LSN, die bis hinunter auf die Ebene der Einheits-/Samtgemeinden vorliegen, allerdings mit einem leichten Zeitverzug von 6–9 Monaten veröffentlicht werden. Die Hauptherkunftsländer können in der Regel über das Ausländerzentralregister auf der Ebene Kreis/kreisfreie Stadt abgerufen werden.

Aus dem Merkmal Staatsangehörigkeit lässt sich aber nur unzureichend auf die Migrationserfahrungen der Wohnbevölkerung schließen. Die **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** lässt sich unterhalb der Landkreisebene, wo in der Regel Mikrozensusdaten zur Verfügung stehen, nur mittels eines Software-Programms aus den Einwohnerdaten ermitteln, das weitere persönliche und familiäre Merkmale einbezieht. Beim Programm MigraPro (vgl. Info-Kasten 4) wird der Migrationshintergrund entsprechend der folgenden Übersicht definiert. Nach dieser Definition, die sich im Wesentlichen an die Definition des Mikrozensus anlehnt, hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Im Einzelnen geht es um folgende Gruppen der Bevölkerung: 1. Zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer/innen, 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, 3. (Spät-) Aussiedler/innen und 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.²⁰ Um die statistische Erhebung des Migrationshintergrunds bei Menschen deutscher Staatsangehörigkeit bis in die zweite oder gar dritte Generation gibt es mittlerweile eine kontroverse Debatte. Manche Betroffene wehren sich dagegen, als deutsche Staatsbürger/innen dennoch nach ihrer ethnischen Herkunft als „Andere“ definiert zu werden. Auch sei diese Gruppe sozial und kulturell sehr heterogen, und keineswegs könnten durchweg ein „Integrationsbedarf“ oder Defizite beim Beherrschen der deutschen Sprache unterstellt werden²¹. Diese Kritik ist nachvollziehbar und verständlich.

Definition des Migrationshintergrundes (MigraPro)		
	Lage des Geburtsorts: Ausland	Lage des Geburtsorts: Deutschland
Staatsangehörigkeit: Nicht Deutsch	Zugewanderte Ausländer/innen (1. Generation)	Nicht zugewanderte Ausländer/innen (2./3. Generation)
Staatsangehörigkeit: Deutsch	Zugewanderte Deutsche ■ Eingebürgerte ■ Aussiedler/innen	Nicht zugewanderte Deutsche ■ Eingebürgerte ■ Kinder von Eingebürgerten/Aussiedler/inne/n ■ Ius soli-Kinder** von Ausländer/inne/n
	Menschen mit eigener Migrationserfahrung	Menschen ohne eigene Migrationserfahrung

Quelle: Eigene Darstellung, angelehnt an Stadt Wolfsburg (2014, S. 15)

** In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten unter bestimmten Umständen (u. a. langer Aufenthalt der Eltern in Deutschland) die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip („ius soli“).

Auf der anderen Seite stehen die von Betroffenen selbst berichteten Erfahrungen von Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund ihrer (familiären) Zuwanderungsgeschichte, z. B. beim Zugang zu beruflicher Ausbildung und qualifikationsangemessener Beschäftigung, im Bildungssystem oder auf dem Wohnungsmarkt. Diese Erfahrungen werden von vielen wissenschaftlichen Studien untermauert.²² Solche strukturellen Benachteiligungen können aber nur als solche erkannt und Maßnahmen dagegen ergriffen werden, wenn die Betroffenen nicht als Einzelfälle behandelt, sondern als Gruppe erkennbar werden.²³ Insofern ist die Ermittlung der Einwohner/innen mit Migrationshintergrund in der kommunalen Sozialberichterstattung wichtig und erstrebenswert.

Kommunen, die nicht über eine Software dazu verfügen, könnten sich über ihr eigenes Meldewesen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund annähern, indem sie die Menschen mit zweiter Staatsangehörigkeit zur Gruppe der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit hinzuzählen (vgl. z. B. Landeshauptstadt Hannover).

Daten über schutzsuchende **geflüchtete Menschen** werden bei den zuständigen Ausländerbehörden erfasst, die zumeist auf Kreisebene angesiedelt sind, und an das Ausländerzentralregister (AZR) gemeldet. Die kommunale Software ermöglicht in der Regel keine rückwirkenden Abfragen, aber die Einrichtung einer regelmäßigen Abfrage zu bestimmten Zeitpunkten. Dies ist auf alle Fälle auf Gemeindeebene anzuraten. Die geflüchteten Menschen sind allerdings eine sehr heterogene Gruppe, was ihre statistische Systematisierung erschwert. Wir raten, sich am [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#) zu orientieren, das das LSN in Kooperation mit dem Sozialministerium erstellt hat, da dann auch Vergleichsdaten und Definitionen der einzelnen Gruppen zur Verfügung stehen.

Im Integrationsmonitoring Niedersachsen werden „Geflüchtete und geduldete Personen insgesamt“ in drei übergeordnete Gruppen²⁴ unterteilt:

- mit Niederlassungserlaubnis: Nach mehrjährigem Aufenthalt und unter bestimmten Umständen können geflüchtete Menschen eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten.
- mit befristeter Aufenthaltserlaubnis: Diese Gruppe ist sehr heterogen. Sie umfasst Menschen im Asylverfahren, Asylberechtigte bzw. Anerkannte nach der Genfer Flüchtlingskonvention ebenso wie Menschen, die aus anderen humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.
- Geduldete: Menschen, bei denen ein Schutzstatus abgelehnt wurde bzw. abgelaufen ist.

Die **Bevölkerungsentwicklung** lässt sich durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung infolge von Geburten und Sterbefällen sowie durch die Wanderungsbewegungen darstellen. Diese Daten entstammen ebenfalls den Melderegistern, lassen sich also in der Regel kleinräumig und aktuell ermitteln. Bei den Wanderungsbewegungen lassen sich durch Zusammenfassung bestimmter Altersgruppen Motive unterstellen, z. B. Familien- oder Ruhestandwandernden.

Daten über **Privathaushalte** sind bedeutsam für die Sozialberichterstattung, denn die jeweilige Haushalts- und Familiensituation ist grundlegend für die Frage der Lebenslage und der Teilhabechancen des Individuums. Risikolagen können durch den Haushaltszusammenhang abgefedert oder verstärkt werden. Die Hannoveraner Sozialplanerin Silke Mardorf schreibt, dass „haushaltszentrierte Betrachtungen kein schmückendes Beiwerk im Rahmen einer zielgruppenspezifischen Betrachtung von Lebenslagen, sondern ein Qualitätsmerkmal der Sozialberichterstattung“ sind²⁵. Allerdings sind Haushaltsdaten auf kommunaler Ebene nicht verfügbar, sondern müssen mittels eines Software-Programms aus den Einwohnerdaten annäherungsweise ermittelt werden (= „Haushaltsgenerierung“), z. B. Demografie-Monitoring der Firma mps public solutions gmbh²⁶ oder HHGen des KOSIS-Verbundes (vgl. Info-Kasten 4). Dabei wird aus den personenbezogenen Daten im Melderegister anhand bestimmter Indizien geschlussfolgert, dass Personen mit hoher Wahrscheinlichkeit gemeinsam an einer Wohnadresse einen Haushalt bilden. Menschen, die nicht zusammenwohnen, sich aber dennoch unterstützen, lassen sich aber nicht ermitteln – es gilt das sogenannte Wohnhaushaltsprinzip. Durch die Haushaltsgenerierung lassen sich die Zahl der Haushaltsmitglieder und auch einige wichtige Merkmale zur Struktur der Haushalte bestimmen, z. B. ob minderjährige Kinder im Haushalt leben oder ob es sich um eine alleinerziehende Person handelt.

Info-Kasten 4

Wie können Landkreise Daten über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Privathaushalte ermitteln?

Auch Landkreise können Mitglied bei KOSIS (Kommunales Statistisches Informationssystem) werden. Der KOSIS-Verbund ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation, die mit Unterstützung des Deutschen Städtetages Kooperationsprojekte organisiert, um Instrumente u. a. für die kommunale Statistik kooperativ und damit kostensparend zu entwickeln oder zu beschaffen, zu warten und zu pflegen.

Zur Ermittlung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und zur Haushaltsgenerierung gibt es mit HHSTAT ein Softwarepaket, das Landkreisen dies – bei Vorlage der entsprechenden Datenabzüge – einfach und schnell ermöglicht.

Grundlage der Ableitung des Migrationshintergrunds und der Haushaltsgenerierung sind die Statistikdatensätze „Bevölkerungsbewegung“ und vor allem „Bevölkerungsbestand“ des Deutschen Städtetags. Diese basieren auf den Daten des Einwohnermelderegisters. Der Landkreis erhält diese über entsprechende Datenschnittstellen, die bereits für alle großen Einwohnerverfahren existieren.

Das Softwarepaket beinhaltet das Prüfprogramm EwoPEaK (Plausibilisierung, Editierung und automatische Korrektur), MigraPro (eine Software zur Ableitung des Migrationshintergrunds) und HHGen (eine Software zur Generierung von Wohnhaushalten) sowie ab Jahresende 2018 das Programm Gizeh, welches zur Visualisierung von Bevölkerungspyramiden dient.

Vorgehensweise

Der jeweilige Datensatz wird zuerst in EwoPEaK plausibilisiert. Die Daten werden geprüft und gefundene Fehler werden automatisch korrigiert und protokolliert.

Im nächsten Schritt wird mit MigraPro der Migrationshintergrund abgeleitet. Dabei wird nach persönlichem und nach familiärem Migrationshintergrund unterschieden. Dies erfolgt auf Grundlage der folgenden Merkmale im Datensatz: Erste Staatsangehörigkeit, Zuzugsherkunft, weitere Staatsangehörigkeiten, Art der deutschen Staatsangehörigkeit und Geburtsland.

Im letzten Schritt werden mit HHGen private Haushalte (Wohnhaushalte) generiert. Das Einwohnermelderegister enthält keine direkt abrufbaren Angaben über die Haushalte an einer Wohnadresse. Deshalb werden die Beweise und Indizien für das Zusammenleben von Personen auf indirektem Wege aus den gespeicherten Einwohnermeldedaten gewonnen (Wohnhaushaltsprinzip). Dazu werden folgende Informationen ausgewertet:

- (steuerliche) Verzeigerungen, d. h. Verbindungen zwischen Ehegatten sowie zwischen Kindern und deren Elternteilen,
- Namensübereinstimmungen im Bereich der Familien-, Geburts- und früheren Familiennamen,
- gleiche frühere Wohnadresse,
- gleiches Datum der Anmeldung an der gegenwärtigen Wohnadresse,
- demographische Merkmalskonstellationen bezüglich Alter, Geschlecht, Familienstand und Staatsangehörigkeit, die im Zusammenhang mit anderen Indizien bestimmte familiäre Beziehungen nahelegen oder ausschließen.

Mit Hilfe des komplexen statistischen Rechenverfahrens zur Haushaltsgenerierung werden Näherungswerte zur Anzahl und Struktur der Haushalte ermittelt, die die tatsächliche Situation vor Ort bestmöglich abbilden sollen. Im Anschluss können mit Gizeh anschauliche Bevölkerungspyramiden mit unterschiedlichen Merkmalen produziert werden.

Info-Kasten 4 (Fortsetzung)



Der große Vorteil von HHSTAT ist, dass kleinräumige Daten für die Ableitung des Migrationshintergrunds und die Haushaltsgenerierung erzeugt werden, da die Programme adressbezogen arbeiten. Bei Veröffentlichungen sind die Grundsätze der statistischen Geheimhaltung zu beachten. Darüber hinaus ist zu beachten, dass es sich bei einer Generierung um ein Verfahren handelt, das mit einer gewissen statistischen Unsicherheit behaftet ist. Daher ist eine adäquate Mindestgröße einzuhalten.

Der Aufwand für die Auswertung hängt von der Anzahl der Kommunen im Landkreis, aber vor allem von der Qualität der Daten ab. Die Einarbeitung in die drei Programme (EwoPEaK, MigraPro, HHGen) ist, wie bei jedem anderen Programm auch, mit einem gewissen Aufwand verbunden. HHSTAT liefert allerdings zu jedem Programm ausführliche Anleitungen. Zudem gibt es eine Hilfe-Funktion in jedem Programm. Des Weiteren steht Ihnen die betreuende Stelle von HHSTAT bei Fragen gerne zur Seite (Kontaktinformationen unten).

Voraussetzungen

Die erste Voraussetzung für die Nutzung der HHSTAT-Programme ist die Mitgliedschaft des Landkreises bei HHSTAT. Durch die Mitgliedschaft erhält der Landkreis alle notwendigen Programme, Satzbeschreibungen und Anleitungen. Die benötigten Datensätze für die Programme stammen aus den jeweiligen Melderegistern und müssen separat über die Meldestellen (ggf. kommunale Rechenzentren) bezogen werden. Dafür fallen je nach Einwohnerverfahren einmalige und/oder laufende Kosten an.

Da personenbezogene Einzeldaten verarbeitet werden, ist eine abgeschlossene Statistikstelle notwendig. Näheres regelt das Niedersächsische Datenschutzgesetz. Bei Fragen wenden Sie sich an Ihren/Ihre Beauftragte/n für Datenschutz. Um die Daten Ihrer Mitgliedskommunen nutzen und verarbeiten zu können, müssen Sie eine schriftliche Vereinbarung mit diesen treffen.

Momentan (Stand Juli 2018) nutzen bereits elf Kommunen und Landkreise in Niedersachsen die Produkte von HHSTAT. Deutschlandweit sind es 119 Kommunen und Landkreise.

Die Kosten

Die Kosten der Mitgliedschaft bei HHSTAT richten sich für Landkreise nach der Zahl ihrer angeschlossenen Kommunen. Derzeit (Stand Juli 2018) betragen sie bei bis zu 65 angeschlossenen Kommunen 400 € pro Jahr und ab der 66. angeschlossenen Kommune 800 € pro Jahr.

Die Kosten für die Beschaffung der Datensätze aus den Einwohnerverfahren richten sich nach dem jeweiligen Anbieter sowie ggf. der Größe der Kommunen und sind bei diesen direkt zu erfragen.

Kontaktstelle für Informationen zu HHSTAT

HHSTAT@Stuttgart.de
Tel.: 0711/216-98590

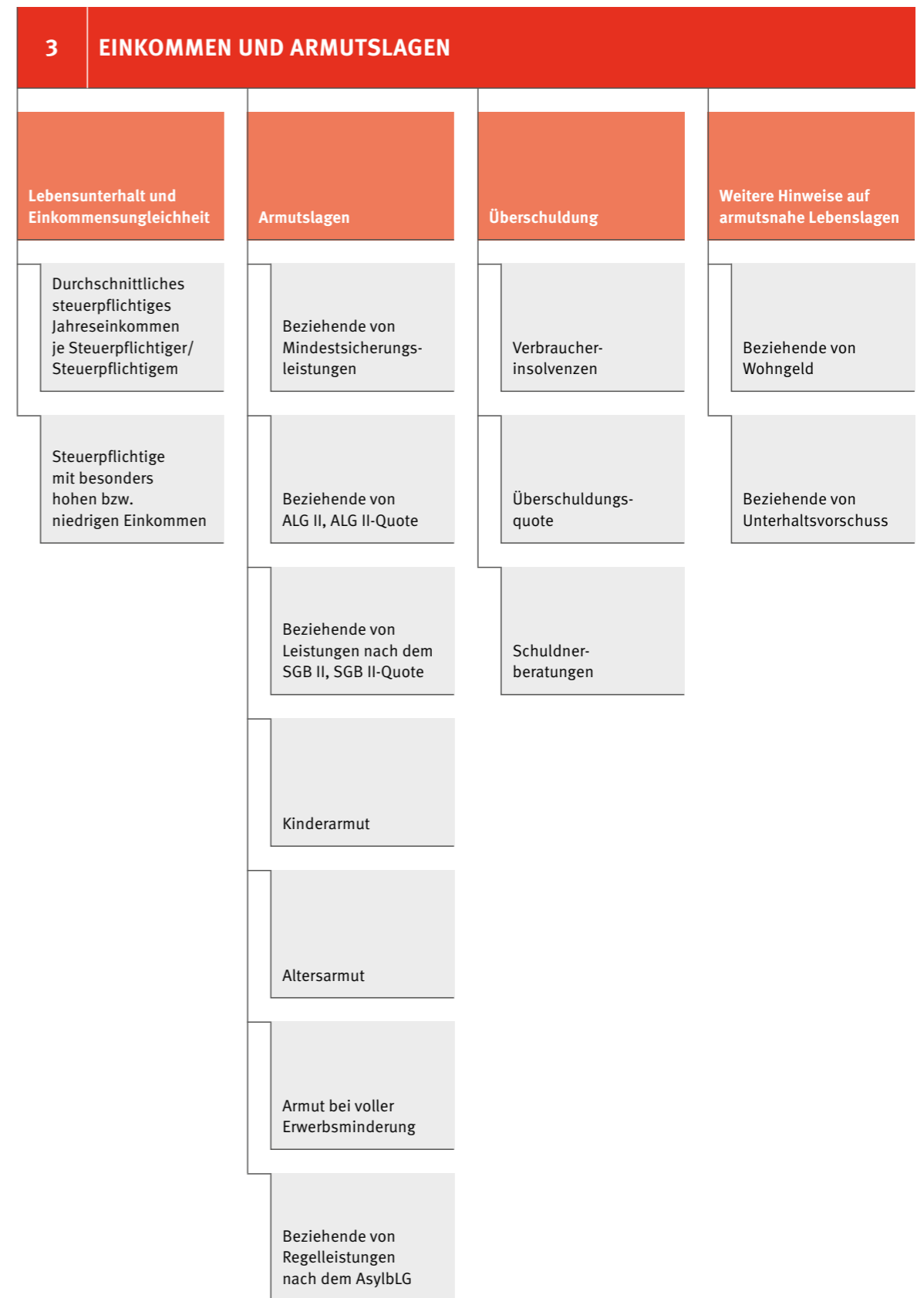
2 ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Beschäftigung und Arbeitsmarkt	Prekäre Beschäftigung	Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Working Poor (Erwerbstätigkeit plus ALG II)	Arbeitslosigkeit
Beschäftigungsumfang (Vollzeit/Teilzeit)	Geringfügig Beschäftigte (Minijobs)	Unterbeschäftigung
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten		
Auszubildende		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort		
Ein-/Auspendelnde, Pendelsaldo		

ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

Der Lebenslagebereich Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit kann mit Hilfe der Daten der Bundesagentur für Arbeit recht gut erfasst werden (vgl. Info-Kasten 5). Die Teilhabe am Erwerbsleben gilt als zentral für den Zugang zu Ressourcen und Anerkennung. Die Analyse der **Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation** bezieht sich zunächst auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten „am Wohnort“, d. h. unter den Einwohner/innen der Kommune, egal ob sie dort beschäftigt sind oder an einen anderen Ort zur Erwerbsarbeit pendeln. Man kann die Beschäftigtenquoten errechnen, über den Beschäftigungsumfang (Vollzeit oder Teilzeit), über die berufliche Qualifikation sowie über die Zahl der Auszubildenden berichten und damit ein recht gutes Bild über die Integration der Wohnbevölkerung in den Arbeitsmarkt zeichnen. Dazu kommen noch die Ein- und Auspendelnden, die Hinweise auf die Attraktivität einer Kommune als Arbeitsort bzw. als Wohnstandort geben.

In den vergangenen Jahren hat der Anteil von **prekären Erwerbsarbeitsverhältnissen**, die nicht existenzsichernd sind, deutlich zugenommen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) führt aus: „Unter den Begriff ‚Prekäre Beschäftigung‘ fallen Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen, die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, keine Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen.“²⁷ Prekäre Beschäftigungstrends in der Erwerbstätigkeit lassen sich durch die Working Poor darstellen. Diese ‚arbeitenden Armen‘ sind Menschen, die zusätzlich zu einem nicht existenzsichernden Erwerbseinkommen Leistungen nach dem SGB II beziehen. Auch die geringfügig Beschäftigten (Minijobs) haben eine Erwerbsarbeit, die zumindest allein in der Regel nicht auskömmlich ist. Diese haben – wie auch andere atypische Beschäftigten (z. B. Leiharbeit, befristete Jobs) – seit Anfang der 1990er Jahre stark zugenommen, und die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter ist meist mangelhaft.²⁸ **Arbeitslosigkeit** ist ein Indikator für ökonomische Benachteiligung und sozialen Ausschluss und Hauptgrund für Einkommensarmut und Überschuldung. Zu den arbeitslos gemeldeten kommen weitere Personengruppen hinzu, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, weil sie an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen, zeitweise erkrankt, in geförderter Selbständigkeit oder Altersteilzeit sind. Ohne diese Regelungen würde die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen, was in den Daten zur Unterbeschäftigung zum Ausdruck kommt.

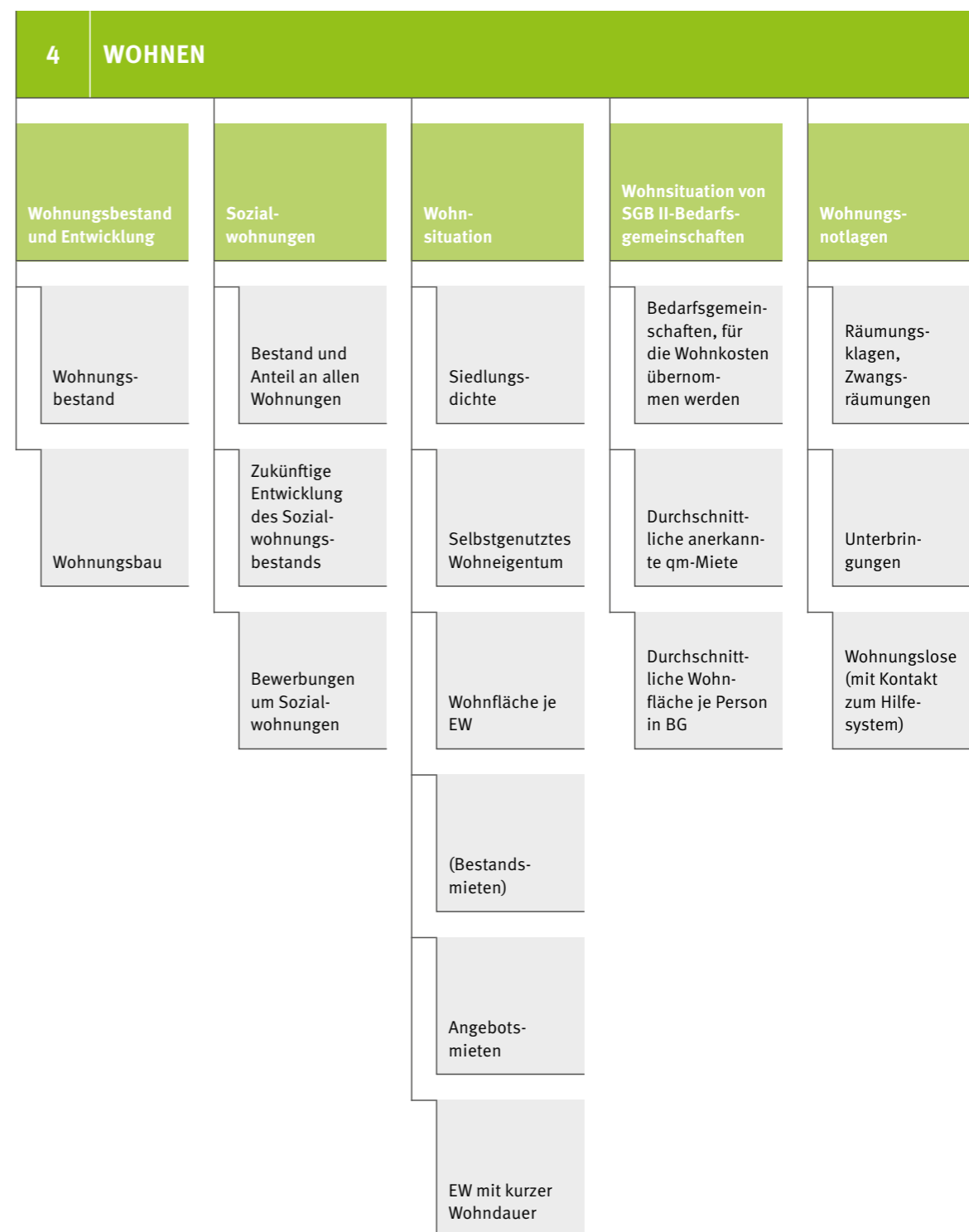


EINKOMMEN UND ARMUTSLAGEN

Informationen und Analysen zu Einkommen und Armutslagen – möglichst in kleinräumiger Gliederung – sind das Kernstück eines jeden Sozialberichts. Armutslagen werden in der kommunalen Sozialberichterstattung nahezu ausschließlich als Einkommensarmut gefasst. Ökonomische Armut ist nicht der einzige Grund für eingeschränkte Handlungsspielräume, hat aber weitreichende Auswirkungen auf andere Lebensbereiche (wie z. B. Bildung und Gesundheit). Zum Reichtum bzw. zur **Einkommensungleichheit** gibt es auf kommunaler Ebene kaum Daten. Nur Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohner/innen können auf die einschlägigen Datenquellen wie Mikrozensus, SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) und EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) zurückgreifen. Kleinere Kommunen können nur die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik verwenden. Diese hat allerdings zum einen den Nachteil, dass sie von der oder dem Steuerpflichtigen ausgeht und die Größe des Haushalts unbekannt ist. Zum anderen werden Menschen nicht erfasst, die wegen ihres geringen Einkommens nicht steuerpflichtig sind. Diese Daten sind allerdings immerhin kleinräumig auf Gemeindeebene und online verfügbar. Besonders für Landkreise eignet sich diese Datengrundlage, um sich ein Bild von der Einkommensstruktur innerhalb des Landkreises zu machen. Einzelne Gemeinden können sich mit anderen vergleichen und auch mit übergeordneten räumlichen Ebenen (Landkreis oder Bundesland). Es ist zum einen möglich, das durchschnittliche steuerpflichtige Einkommen vergleichend zu betrachten. Zum anderen kann das Spektrum besonders niedriger und besonders hoher Einkommen und ihre Verteilung analysiert werden, wobei die Grenze nach oben bei einem Jahreseinkommen von 125.000 € liegt, was „Reichtum“ nur unzureichend erfasst.

Um ökonomische **Armutslagen** abzubilden, wird der Bezug von Mindestsicherungsleistungen – bei Langzeitarbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut, bei voller Erwerbsminderung und im Kontext von Fluchtmigration – als Armut Indikator verwendet. Die Mindestsicherungsquote ist aber nicht deckungsgleich mit der sogenannten Armutrisikoquote, die Armut und Armutrisiken aus der Relation zur Einkommensverteilung der gesamten Bevölkerung bestimmt. Insbesondere tauchen diejenigen nicht auf, die ihre Leistungsrechte nicht wahrnehmen (verdeckte Armut). Von Vorteil ist aber die leichte Verfügbarkeit der Leistungsdaten (vgl. Info-Kasten 5). Nach Möglichkeit sollten weitere Hinweise auf armutsnahe Lebenslagen miteinbezogen werden: Dazu gehören Daten über Überschuldung, Wohngeldbeziehende und Beziehende von Unterhaltsvorschuss. Auch bei diesen Daten ist es angeraten, Fragen nach der Aussagekraft und den Grenzen der Interpretierbarkeit zu stellen. Nur ein Beispiel: Die Zahl der Wohngeldbeziehenden ist weniger durch die tatsächliche Entwicklung der Mietbelastung bestimmt als durch gesetzliche Festlegungen des Kreises der Bezugsberechtigten.

Eine Bemerkung zu Daten zum Leistungsbezug aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), die wir nicht in das allgemeine Merkmals- und Indikatoren-system aufgenommen haben: Hier ist die Datenqualität laut Bundesagentur für Arbeit²⁹ sehr unterschiedlich von Kommune zu Kommune. Es gibt jeweils verschiedene Träger, zum Teil werden die Mittel auch für Schulsozialarbeit eingesetzt. Zudem ist die Interpretation der Zahlen nicht eindeutig: Manche Kommunen bemühen sich, die Leistungen publik zu machen und Menschen bei der Inanspruchnahme zu unterstützen, was dann zu hohen Zahlen führt.



WOHNEN

Der Lebensbereich Wohnen ist von zentraler Bedeutung für das Leben der Menschen in ihrer Kommune. Leider gibt es dazu in der Regel nur wenige aussagekräftige und kleinräumig verfügbare Datengrundlagen. Bisweilen gibt es aber zeitnahe Befunde aus einmaligen Erhebungen, die als Grundlage für die Erstellung eines Mietspiegels oder von Flächennutzungsplänen dienen. Ansonsten gilt hier das Gleiche, das für die Einkommensungleichheit gesagt wurde: Geeignete Datengrundlagen (Mikrozensus, SOEP) sind erst ab einer bestimmten Einwohnerzahl verfügbar. Dennoch lassen sich aus unterschiedlichen statistischen Quellen bestimmte wichtige Aspekte (annäherungsweise) abbilden. Dazu kommt: Kleinräumliche Datenauswertungen zu anderen Themen (z. B. zur Mindestsicherungsquote oder zur Kindergesundheit) geben zusätzliche Aufschlüsse über das Sozialmilieu eines Wohngebiets. Die Segregation unterschiedlich geprägter Stadtteile als eine wichtige Wohnbedingung kann so erfasst werden.

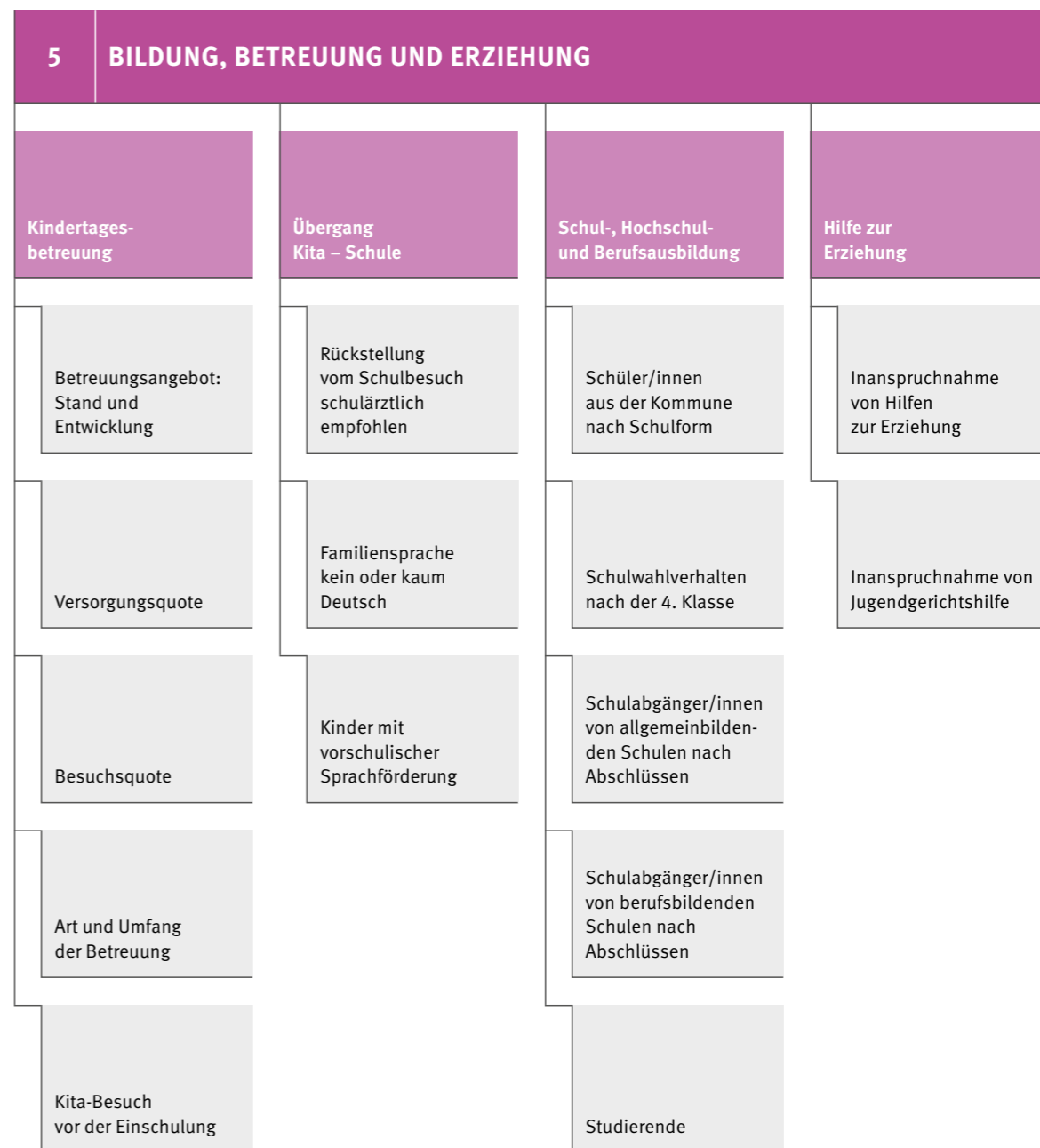
Daten über den **Wohnungsbestand** und den **Wohnungsbau** (jeweils nach Gebäudestruktur und Raumzahl) gibt es als Fortschreibungen der Zensusdaten von 2011. Der Umfang, Anteil und die absehbare zukünftige Entwicklung des Sozialwohnungsbestandes sind auf kommunaler Ebene von hoher Bedeutung, da diese Bestände durch Menschen in Risiko- und Armutslagen belegt werden können. Die Zahl der Bewerbungen um Sozialwohnungen (Inhaber/innen eines Wohnberechtigungsscheins WBS) und die Struktur der WBS-Haushalte gibt Aufschluss über bedürftige Wohnungsnachfragehaushalte.

Zur **Wohnsituation** der Einwohnerschaft sind nur bestimmte Rahmendaten verfügbar. Die Siedlungsdichte eines Teilraums kann als Einwohner/innen je Quadratmeter bestimmt werden. Der Anteil selbstgenutzten Wohneigentums kann nur annäherungsweise ermittelt werden. Entweder man benutzt den Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern aus den Fortschreibungsdaten als Hinweis oder man nimmt die Quote des Zensus 2011 (unter der nicht ganz abwegigen Annahme, dass sich die Eigentumsstruktur nur langsam verändert). Die durchschnittliche Wohnfläche in Quadratmeter je Person, die für eine Gebietseinheit immerhin grob berechnet werden kann, ist ein wichtiger Eckwert zur Bestimmung der alltäglichen Wohnqualität. Noch wichtiger wären Informationen über die Wohnungsmieten. Zu den Mieten im gesamten Bestand gibt es meist keine Daten. Aber die sogenannten Angebotsmieten, d. h. Mieten, die bei Neuvermietungen gefordert werden, können der Datenbank eines Internetvermittlers entnommen werden. Schließlich ist der Anteil von Einwohner/innen mit einer sehr kurzen Wohndauer ein Hinweis auf die Einwohnerfluktuation bzw. -stabilität. Daten über die Wohnsituation von Bedarfsgemeinschaften nach SGB II hinsichtlich Miete und Wohnfläche liegen auf Kreisebene vor.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist eine der prekärsten Soziallagen überhaupt, und sie hat vielfältige Ursachen: Menschen finden keine adäquate und bezahlbare Wohnung, Menschen haben keinen Aufenthaltsstatus bzw. sind gestrandet ohne Chance auf Rückkehr in ihr Heimatland, sie sind von persönlichen Schicksalen und Krankheiten getroffen, mussten ihre Wohnung verlassen nach einer Trennung, wegen gravierender Konflikte mit dem sozialen Umfeld oder eines Gefängnisaufenthalts. Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist Ursache für mangelnde gesellschaftliche Teilhabe auch in anderen Lebensbereichen, sie führt häufig zu Krankheit, Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation.

Laut Definition der [Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe](#) in Deutschland sind Menschen wohnungslos, wenn sie nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen und auf ordnungs- oder sozialrechtlicher Grundlage in eine kommunale Wohnung oder in ein Heim der Wohnungslosenhilfe eingewiesen werden, wie Übergangs- und Asylwohnheime, Übergangswohnungen und Frauenhäuser. Zu den Wohnungslosen gehören als Untergruppe auch Obdachlose, die auf der Straße leben, an öffentlichen Plätzen wohnen oder sich in Parks oder unter Brücken etc. aufhalten. Obdachlos sind auch Menschen in Notunterkünften, die keinen festen Wohnsitz haben, und in Wärmestuben, Notschlafstellen oder anderen niedrigschwelligen Einrichtungen übernachten.

Diese Menschen werden in der amtlichen Statistik nur dann erfasst, wenn sie Hilfeleistungen in Anspruch nehmen. Doch gerade Obdachlose nehmen bestehende Übernachtungsmöglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften aus Angst vor Gewalt und Repressalien oft nicht in Anspruch. Auch Schwierigkeiten im sozialen Umgang oder psychische Probleme können dazu führen, dass Angebote nicht genutzt werden.³⁰ Daten über Wohnungsnotlagen, wie Wohnungsräumungen, Unterbringung von Menschen in Wohnheimen und Notunterkünften sowie über die Inanspruchnahme niederschwelliger Einrichtungen können aber gewisse Anhaltspunkte über den Umfang (drohender) Wohnungslosigkeit geben. Allerdings sollten gerade in diesem Bereich die Zahlen mit den Eindrücken der Fachkräfte, der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisationen Wohnungsloser abgeglichen werden.



BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG

In Niedersachsen gibt es derzeit 56 kommunale Jugendämter, die gesetzlich zur Kinder- und Jugendhilfeberichterstattung verpflichtet sind. Die deutliche Mehrzahl der Jugendämter nimmt an der „Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN)“ teil, einem ziel- und kennzahlenbasierten Steuerungssystem.³¹ Für den Sozialbericht könnte also auf ausgewählte Daten der Kinder- und Jugendhilfeberichterstattung zurückgegriffen werden.

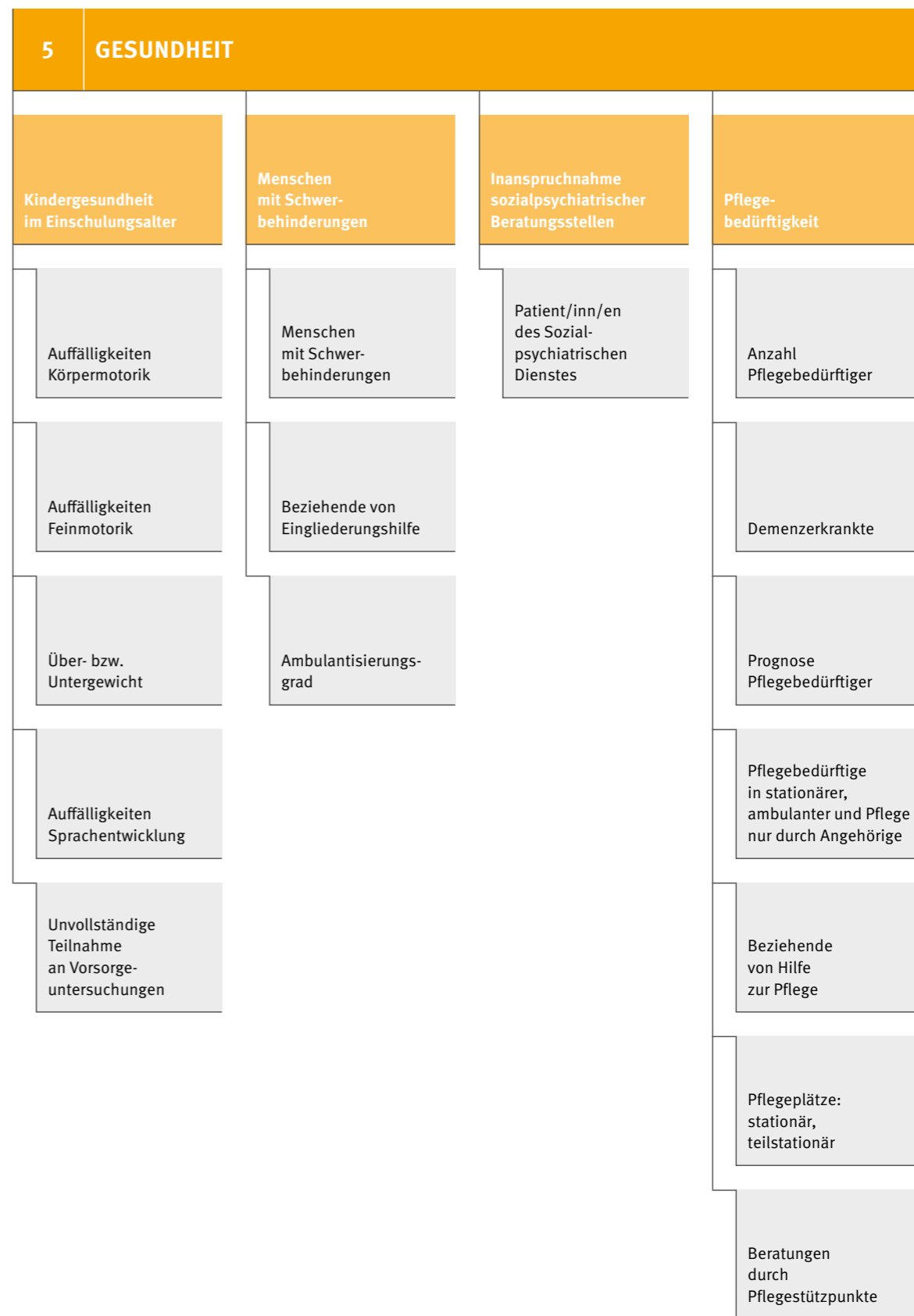
Der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsbereich wird zunächst durch Daten zur **Kindertagesbetreuung** abgebildet. Hier tauchen erstmalig Angebotsdaten in Gestalt des Platzangebotes für unterschiedliche Altersgruppen auf. Die Versorgungsquote setzt das Platzangebot in Relation zu den Kindern des entsprechenden Alters. Die Besuchsquote gibt Aufschluss über den Anteil der in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder. Art und Umfang der Betreuung wie auch der Anteil der Kinder, die im letzten Jahr vor Schulbeginn eine Kindertagesstätte besuchten, geben Hinweise auf die Nutzung vorschulischer öffentlicher Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen. In den vergangenen Jahren ist nach diversen Studien zur Bildungssituation vor allem im Kontext sozialer Ungleichheit (z. B. PISA, IGLU) die hohe Bedeutung der vorschulischen Bildung betont und durch einen primär quantitativen Ausbau von Betreuungsplätzen, besonders im U3-Bereich, beantwortet worden.

Beim **Übergang in die Grundschule** gibt es durch die Schuleingangsuntersuchungen ein komplettes Screening zu Beginn der Schulpflicht, das vor allem Daten zum gesundheitlichen Zustand erfasst (vgl. Lebenslagendimension Gesundheit). Interessant sind aber auch Daten zu den Deutschkenntnissen und zur Sprachentwicklung wie auch zum Anteil der Schulrückstellungen. Diese geben Hinweise auf Handlungsbedarf, etwa mit Blick auf die Sprachförderung. Allerdings wird das Instrument Rückstellung mitunter zur Steuerung der Klassengrößen und der Anzahl der Grundschulklassen missbraucht.

Die **Bildungsmöglichkeiten in einer Kommune und die erreichten Abschlüsse** sind ein bedeutsamer Aspekt sozialer Teilhabechancen. Bildungschancen sind erwiesenermaßen ungleich verteilt, z. B. nach Geschlecht und (ethnischer) Herkunft. Bildungsarmut ist ein eigenständiger Armutsbereich, weil Menschen, die keinen Hauptschulabschluss als das zertifizierte Bildungsmilieu erlangen, nicht nur sehr schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit auf dem Arbeitsmarkt haben, sondern auch hinsichtlich der Selbstentfaltung ihrer Persönlichkeit stark eingeschränkt sind.

Die Übergangsentscheidungen, die nach der vierten Klasse getroffen werden, geben Aufschluss über das Bildungsangebot vor Ort und das Schulwahlverhalten. Die erreichten bzw. auch nicht erreichten Abschlüsse messen die schulische Qualifikation der in einer Kommune beschulten Jugendlichen, die allerdings nicht unbedingt in der Kommune wohnen müssen. Gerade im weiterführenden Schulbereich ist ortsübergreifendes Pendeln nichts Ungewöhnliches. Wenn kein Angebot zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in einer Kommune vorhanden ist, wird es auch keine Absolvent/inn/en mit Vollahtur in einer Kommune geben, auch wenn unter den Jugendlichen, die in der Kommune wohnen, durchaus viele Abiturient/inn/en sein mögen. Für die Studierenden gilt Gleiches.

Hilfen zur Erziehung sind Interventionen zur Erziehungsberatung sowie unterschiedliche Hilfeformen zur Unterstützung und Ergänzung der Erziehung durch die Eltern. Zu den ambulanten Hilfen zählen neben aus sozialräumlichen Gegebenheiten entstandenen und ad-hoc-Angeboten klassischerweise Gruppenarbeit, Beistandschaften und sozialpädagogische Familienhilfe. Integrative Tagesgruppen sind teilstationär, während die Unterbringung in Pflegefamilien oder stationären Jugendhilfeeinrichtungen (auch im Rahmen der Eingliederungshilfe) unter stationäre Hilfen zur Erziehung fallen. Die Anzahl der Jugendgerichtsfälle beziffert die beim Jugendamt eingehenden Anklagen und gibt damit Hinweise auf die Auffälligkeit von Jugendlichen in einem Gebiet. Problematische Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sind zumeist auch auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren rückführbar, in denen sich Teilhabenschancen offenbaren, z. B. Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut in der Familie.



GESUNDHEIT

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind zur Beobachtung, Beschreibung und Bewertung der gesundheitlichen Verhältnisse ihrer Bevölkerung gesetzlich verpflichtet. Fachplanungsberichte im Gesundheitsbereich wären, falls vorhanden, wichtige Grundlagen für den Sozialbericht.

Eine der wichtigsten Datenquellen sind die **Schuleingangsuntersuchungen**, in denen Daten zur Gesundheit eines vollständigen Jahrgangs im Einschulungsalter erhoben werden³². Anlässlich der Untersuchung werden auch Daten zum Geschlecht und Migrationshintergrund des Kindes sowie zum Bildungsstand der Eltern erhoben, sodass soziale Differenzierungen der Kindergesundheit (im Prinzip) abgebildet werden können. Auch raumbezogene Unterschiede können (im Prinzip) analysiert werden, da die Daten auf der räumlichen Ebene der Schulbezirke erfasst werden.

Als Indikatoren werden sogenannte „behandlungsbedürftige Auffälligkeiten“ (die Kinder sind bereits in Behandlung oder werden in der schulärztlichen Untersuchung dahin überwiesen) in bestimmten Untersuchungsfeldern verwendet: Körper- und Feinmotorik sowie Sprachentwicklung. Ein Schlüsselindikator ist das Gewicht. Übergewicht und Adipositas gehören zu den größten Risikofaktoren für Gesundheit und seelisches Wohlbefinden. Folgekrankheiten im Herz-Kreislaufbereich werden immer bedeutsamer in allen Wohlstandsgesellschaften. Die Messung von Körpergröße und Gewicht ist Teil der Schuleingangsuntersuchung. Daraus wird der sogenannte Body Mass Index (BMI) ermittelt und es werden nach bestimmten Normgrößen Unter-, Normal-, Übergewicht und Adipositas abgeleitet. Auch Untergewicht besitzt im Zuge von Ernährungsstörungen in bestimmten eher gehobenen Sozialmilieus offenbar wieder eine wachsende Bedeutung. Die Teilnahme an kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, den sogenannten „U's“, ist ein wichtiger Hinweis auf das gesundheitsbezogene Fürsorgeverhalten der Eltern.

Bei der Bildung von Zeitreihen zur Kindergesundheit ist zu beachten, dass der Stichtag zur verpflichtenden Einschulung in Niedersachsen zwischen 2009 und 2012 sukzessiv um drei Monate nach vorne verlegt wurde, die Kinder also 2012 zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung im Durchschnitt 3 Monate jünger waren – ein Zeitraum, der für die kindliche Entwicklung durchaus von Bedeutung sein dürfte. Außerdem werden die Kinder einer Kohorte zum Teil auch in unterschiedlichem zeitlichen Abstand zu ihrer Einschulung untersucht. Der Abstand kann im Einzelfall von Schulbezirk zu Schulbezirk über ein halbes Jahr betragen. Dieser Aspekt ist sowohl bei Zeitreihen wie auch bei kleinräumigen Vergleichen zu beachten.

Einen Hinweis auf den Inklusionsbedarf mit Blick auf **Menschen mit Schwerbehinderungen und mit psychischen Schwierigkeiten** können nur wenige Daten geben: Anzahl und Leistungsbezug, sofern überhaupt Leistungen beansprucht werden. Der gesamte Bereich der Eingliederungshilfe wird durch das Bundesteilhabegesetz von 2016 erheblich umstrukturiert und verändert werden. 2020 wird die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgelöst und ins SGB IX als Teil 2 übernommen werden. 2023 werden dann die Voraussetzungen für die Eingliederungshilfe neu geregelt, d. h. der leistungsbechtigte Personenkreis wird neu definiert.

Die Landkreise sind laut § 3 des Niedersächsischen Pflegegesetzes verpflichtet, Pflegeberichte zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben. Der Sozialbericht kann aus dem Pflegebericht, falls vorhanden, einige Ergebnisse herausziehen.

Daten zur **Pflege und Pflegebedürftigkeit** existieren ausschließlich auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten. Allerdings ist der Pflegebereich auch nicht kleinräumig organisiert, und die Menschen werden am Standort der Heime gezählt und nicht nach dem (ehemaligen) Wohnort.

Verfügbare Daten beziehen sich zunächst auf Stand und Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen. Hier ist zu beachten, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff 2017 ebenso verändert wurde wie die Abstufungen des Pflegebedarfs. Auch kognitive und geistige Beeinträchtigungen, die zu einer eingeschränkten Alltagskompetenz und verminderten Selbstständigkeit führen, werden nun berücksichtigt.

Eine Schätzung der Zahl Pflegebedürftiger in den kreisangehörigen Kommunen ist mit einem einfachen Modell möglich: Man bezieht die landkreisweiten Pflegequoten nach bestimmten Altersgruppen aus dem Landespflegebericht auf die Altersstruktur in den einzelnen Kommunen.³³

Die ungefähre Anzahl Demenzerkrankter kann ebenfalls geschätzt werden, und zwar anhand der aktuellen altersbezogenen Prävalenzraten für Demenzerkrankungen der Deutschen Alzheimer Gesellschaft und der Altersstruktur der eigenen Kommune bzw. der kreisangehörigen Kommunen.³⁵ Eine Prognose der Pflegebedürftigenzahlen auf der Ebene Kreis/kreisfreie Stadt kann aus dem Landespflegebericht entnommen werden, falls keine eigenen Prognoserechnungen vorliegen.

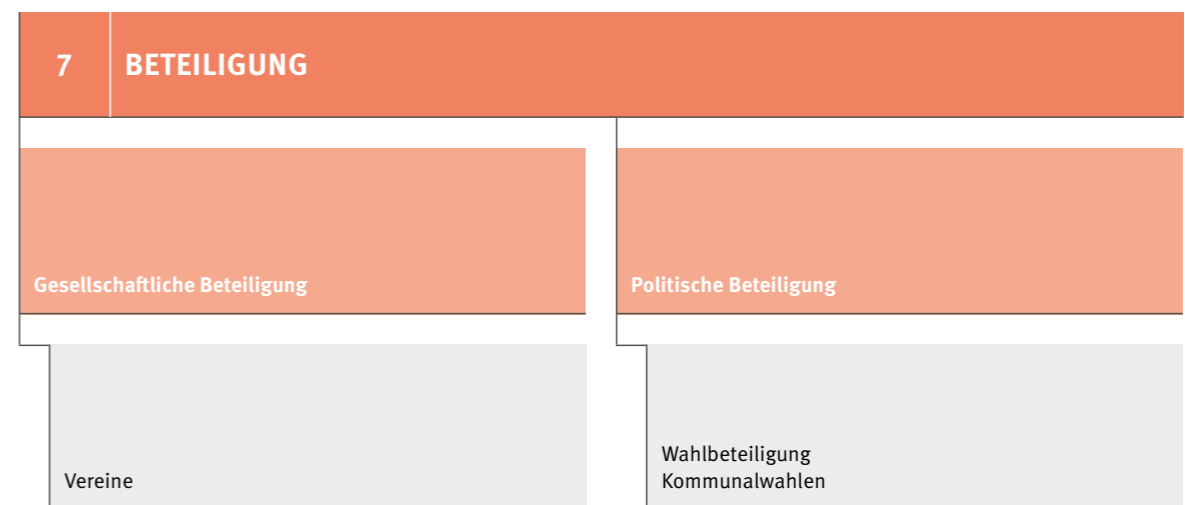
Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Versorgung der Pflegebedürftigen durch Angehörige, durch ambulante Pflegedienste oder im Heim. Die meisten Menschen ziehen es vor, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu bleiben, was in der Regel für die Pflegeversicherung bzw. die Hilfe zur Pflege deutlich kostengünstiger ist.

Pflegebedürftige, die die Kosten ihrer ambulanten Versorgung oder ihrer teil- oder vollstationären Pflegedienstleistungen nicht aus ihrem Einkommen und Vermögen sowie den Leistungen der Pflegeversicherung bestreiten können, haben bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen Anspruch auf kommunale Leistungen der Hilfe zur Pflege aus der Sozialhilfe.

Schließlich geben die Anzahl der stationären und teilstationären Pflegeplätze sowie Zahlen der in Anspruch genommenen Beratungen bei den Pflegestützpunkten einen Hinweis auf die vorhandene Pflegeinfrastruktur.

BETEILIGUNG

Zu Art und Umfang der Partizipation gibt es auf kommunaler Ebene kaum quantifizierende Daten. Mittlerweile ist das Vereinsregister komplett online gestellt, sodass alle aktuell tätigen Vereine dort adressenscharf (gut auswertbar auf der Ebene von Postleitzahlbezirken) zu ermitteln sind. Die Vereinsdichte in einer Kommune kann als ein Indikator für gesellschaftliche Beteiligung verwendet werden. Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ist ein Indikator für eine Form politischer Partizipation. Beide Indikatoren bilden das Feld der Bürgerbeteiligung nur sehr unzureichend ab. Sie sollten im Kontext der Daten zu den anderen Lebensbereichen betrachtet werden. Falls möglich, könnten auch weitere eher qualitative Datenquellen hinzugezogen werden.



Baustein 3: Die Datenquellen

Die kommunale Sozialberichterstattung basiert auf Datenquellen, die nicht speziell zu ihrem Zwecke geschaffen wurden; sie muss Daten aus unterschiedlichsten Quellen zusammentragen und vor dem Hintergrund ihrer inhaltlichen Beschränkungen so gut wie möglich ausschöpfen. Viele Datenquellen, die für die Bundes- und Landesebene gute Grundlagen bieten, sind nicht kleinräumig für die kommunale Ebene verfügbar (z. B. Mikrozensus). Ein weiteres Problem besteht darin, dass Steuerungs- und Prozessdaten, die auf der kommunalen Ebene anfallen, oft nicht hinreichend statistisch auswertbar sind. Dies hat den Grund, dass die verwendete Software zum Verwalten geeignet ist und nicht als Statistiksoftware. Zeitreihen, Stichtagsauswertungen, kleinräumige Differenzierungen oder Auswertungen nach einem bestimmten Merkmal sind nicht möglich oder extrem aufwändig. Dazu kommt, dass die Versäulung der Verwaltungsstrukturen das Datensammeln auch nicht einfacher macht. Ein positives Beispiel findet sich in Wolfsburg, wo es eine Steuerungsgruppe mit eigenständigen Berichtslieferungen durch die Fachabteilungen gibt.

Zentrale Datenquellen der kommunalen Sozialberichterstattung sind neben dem eigenen Einwohnerwesen

- das Landesamt für Statistik,
- die Bundesagentur für Arbeit (vgl. Info-Kasten 5) und
- das zuständige Kreisgesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchungen).

Dazu kommen als einzelne weitere Datenquellen die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen (auf Kreisebene), das Online-Vereinsregister, kostenfreie Daten von privatwirtschaftlichen Anbietern, wie beispielsweise Creditreform (Schuldneraltas), Immoscout (Angebotsmieten) und Wegweiser Kommune und schließlich Daten aus einmaligen Gutachten (z. B. zum Wohnungsmarkt).

Diese Daten sind unmittelbar verfügbar und lassen sich unter Beherrschung der Grundrechenarten und einiger Recherchekünste gut erschließen und zu einem aussagekräftigen Sozialbericht zusammenstellen. Im Merkmals- und Indikatorenset im Anhang werden dazu ausführliche Hinweise gegeben.

Zusätzlich sollten weitere Datenquellen perspektivisch erschlossen werden. Dies sind zum einen Daten aus der eigenen Verwaltung, die bislang (siehe oben) nicht statistisch ausgewertet werden. Zum anderen geht es um Daten anderer Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Träger der freien Wohlfahrtspflege, die diese z. B. in jährlichen Rechenschaftsberichten vorlegen. Diese werden in der Regel nur ergänzend herangezogen werden können, weil sie oft nicht flächendeckend und vergleichbar sind. Allerdings haben die Wohlfahrtsverbände Daten zu wichtigen Feldern von Sozialberichterstattung, wie Schuldnerberatungen, Wohnungslosenhilfe etc. und kommen insgesamt in der Sozialberichterstattung zu kurz.³⁴ Man müsste sich dazu genau verständigen und regelmäßige Abfragen relevanter Daten vereinbaren. Schließlich können auch eigene Datenerhebungen, wie ergänzende tiefenschärfere qualitative Studien zu bestimmten Themen oder in bestimmten Quartieren, in Kooperation mit externen Akteuren (z. B. Hochschulen) ins Auge gefasst werden.³⁶

Info-Kasten 5

Bereitstellung kleinräumiger Daten durch die Bundesagentur für Arbeit

Der Statistikbereich der Bundesagentur für Arbeit bietet derzeit (01/19) folgende Daten kostenfrei und online auf der **Ebene der Mitgliedsgemeinden** an („Gemeindeprodukte“):

- **Arbeitslosigkeit**
 - Aktuelle Daten und Jahreszahlen zur Arbeitslosigkeit nach soziodemografischen Merkmalen: [Übersicht für Gemeinden \(Monatszahlen\)](#) und [Übersicht für Gemeinden \(Jahreszahlen\)](#)
 - Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte sowie Arbeitslose nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen: [Arbeitsmarkt kommunal – Gemeinden, Gemeindeverbände](#)
- **Beschäftigung**
 - Eckwerte (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach soziodemografischen Merkmalen sowie Arbeits- und Wohnort, Ein- und Auspendler/innen, Zahl der Betriebe): [Gemeindedaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte](#)
- **Grundsicherung**
 - Die Daten zur Grundsicherung auf der Ebene der Mitgliedsgemeinden können bei Bedarf auf Anfrage vom Statistik-Service Nordost der BA kostenfrei zugesandt werden:
 - Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften (monatlich, maximal 24 Monate zurück)
 - Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Altersgruppen („ELB“; wird für die Analyse der Beziehenden von Arbeitslosengeld II und die ALG II-Quote benötigt) (monatlich, maximal 24 Monate zurück)
 - Zahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 3 und unter 15 Jahren („NEF“; wird für die Analyse von Kinderarmut benötigt)
 - Zahlungsansprüche BG für Unterkunft, Heizung und Einmalleistungen (wird benötigt für die Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften, für die laufende Kosten der Unterkunft geleistet werden)
 - Schließlich gibt es noch weitere Daten zu Zahlungsansprüchen der Bedarfsgemeinschaften

Auf der **Ebene der Kreise** und Jobcenter (die in Niedersachsen derzeit identisch sind) stellt der Statistik-Service der BA ebenfalls regelmäßig und kostenfrei im Internet Daten zur Verfügung. Diese Daten enthalten vielfältige Auswertungen, auch zu Teilgruppen. In unserem Zusammenhang sind vor allem die Daten zu den Working Poor und zur SGB II-Quote interessant.

Schließlich gibt es für die Kommunen unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, regelmäßig **kleinräumige Daten** aus Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistik zu erhalten. Voraussetzung dafür ist zunächst ein Straßenraster. Darin werden die Adressen der jeweiligen Kommune kleinräumigen Gebietseinheiten überschneidungsfrei zugeordnet. Die Erstellung eines solchen Straßenrasters ist in der Regel recht aufwändig, und die Einrichtung von Straßenraster und Zugang bei der BA kostet Geld. Vertraglich können dann regelmäßige Datenlieferungen vereinbart werden. Diese Möglichkeit existiert für Kommunen mit und ohne abgeschottete Statistik – für letztere werden die Daten allerdings grundsätzlich anonymisiert.

Kommunen mit abgeschotteter Statistik können darüber hinaus noch den sogenannten PEDS, den „pseudonymisierten Einzeldatensatz aus der Grundsicherungsstatistik SGB II“, erwerben, der Einzeldatensätze aus der Grundsicherungsstatistik enthält. Zur erleichterten Auswertung gibt es sog. Datenwürfel, mit denen in einer einfach zu handhabenden Umgebung standardisierte Auswertungen zu Personen und Bedarfsgemeinschaften im SGB II-Bezug durchgeführt werden können. Zusätzlich zu den vertraglich vereinbarten Datenübermittlungen können diese Kommunen kostenpflichtige Sonderauswertungen in kleinräumiger Gliederung erhalten, die über den vertraglich vereinbarten Merkmalskatalog hinausgehen.

Informationen:

Statistik-Service Nordost

Tel.: 05 11/919-3455

Fax: 05 11/919-4 10 34 56

E-Mail: Statistik-Service-Nordost@arbeitsagentur.de

Baustein 4: Die räumlichen Bezugsebenen

Die Daten für die kommunale Sozialberichterstattung beziehen sich auf unterschiedliche räumlich-administrative Ebenen:

- Landkreise, Region Hannover, kreisfreie Städte (manchmal auch zusätzlich: „große Städte“): Auf dieser Ebene liegen die meisten Daten vor. Allerdings sind Daten auf dieser Ebene in den allermeisten Fällen zu grobkörnig, um Unterstützung für die kommunale Sozialplanung zu geben.
- Kreisangehörige Einheitsgemeinden und Samtgemeinden: Hier nimmt die Datenverfügbarkeit ab. Diese Ebene ist für die Landkreise aber als kleinräumige Gliederung und für die Gemeinden selbst als Grundlage ihrer Planungen unverzichtbar.
- Mitgliedsgemeinden (der Samtgemeinden): Dies ist die kleinste Ebene der amtlichen Statistik. Hier sind überwiegend, aber längst nicht ausschließlich, Meldedaten vorhanden, d. h. Daten aus dem Einwohnerwesen. Aber auch andere Statistiken (z. B. der Bundesagentur für Arbeit) gibt es bisweilen auf dieser Ebene.

Auswertungen sind für die Samtgemeinden und in bestimmten Fällen möglicherweise auch für die Landkreise interessant.

- Daneben existieren noch weitere räumliche Ebenen, auf denen Daten ggf. zur Verfügung stehen: Schul-, Wahl- und Postleitzahlbezirke. Diese sind aber in der Regel nicht deckungsgleich mit anderen räumlichen Untergliederungen.
- Innerhalb von Städten existieren in der Regel weitere (statistische) Teilräume, die Differenzierungen der Datenanalysen erlauben, wenn Daten auf dieser Ebene durch die Statistikstelle gesammelt und ausgewertet werden. Die Statistikstellen verfügen zumindest bei den Einwohnerdaten, aber auch ggf. bei anderen Daten (meist den eigenen der Kommune) über adressenscharfe Individualdaten, die dann auf der Blockebene zusammengefasst und zu (nahezu) beliebigen Teilgebieten zusammengesetzt werden können. Speziell für die Sozialplanung interessant sind etwa Datenauswertungen auf der Ebene von Sozialräumen, die nach bestimmten Kriterien zusammengestellt wurden (vgl. Info-Kasten 6).

Info-Kasten 6

Sozialräume als Bezugsräume von Sozialberichterstattung

Darüber, was ein Sozialraum ist, gibt es vielfältige und kontroverse Vorstellungen in der Wissenschaft. Grundsätzlich geht es in der Sozialberichterstattung um bewohnte, belebte, durch fortlaufende Handlungen und Wahrnehmungen sozial konstruierte Räume und durch Konflikte und Machtbeziehungen umkämpfte und symbolisch markierte Räume. Ob diese Handlungsräume sich überhaupt territorial darstellen lassen, ist theoretisch umstritten – für die Sozialberichterstattung aber aus pragmatischen Gründen unumgänglich. Die Daten, mit deren Hilfe eine langfristige kleinräumige Beobachtung durchgeführt werden kann, liegen für räumlich, in der Regel administrativ abgegrenzte Gebiete vor, wie (Mitglieds-)Gemeinden bei Landkreisen oder Stadtteile bei Städten. Wenn die statistischen Daten auf Baublockebene vorliegen, können sie auch zu anderen Gebietstypen zusammengesetzt werden, z. B. zu Statistischen Bezirken oder auch zu ‚Sozialräumen‘, die sich – häufig in aufwändigen Abstimmungsprozessen festgelegt – stärker nach sozialstrukturellen Merkmalen, aber auch nach dem Zugehörigkeitsgefühl und den Raumnutzungsgewohnheiten sowie den eigenen Definitionen und Konstruktionen der Bevölkerung untergliedern.

Aber auch diese Raumtypen sind territorialisiert, d. h. Individualdaten der Menschen werden nach bestimmten Kriterien räumlich zusammengefasst. Mit solchen Aggregationen geht – ohne zusätzliche Informationen – das Risiko von Fehlschlüssen einher. Ein Beispiel: Sämtliche Personen in einem „Armutsquartier“ werden (irrtümlich) für armutsbetroffen gehalten, Arme in „reichen Quartieren“ werden dagegen vernachlässigt. Ein weiteres Problem: Es wird unterstellt, dass das Leben in einem bestimmten Quartier eine besondere Wirkung auf die Lebenslage der Menschen dort hat – und zwar auf alle eine gleiche. Und schließlich: Durch die Bezeichnung von Problemquartieren kann es zu einer räumlichen Festschreibung sozialer Problemlagen kommen. Die kleinräumige Sozialberichterstattung ist aber Voraussetzung, um ungleich verteilte Lebens- und Handlungschancen in einer Kommune überhaupt zu erkennen. Damit wird eine Entscheidungsgrundlage für Standort- und Priorisierungsfragen geschaffen: Wo wird was von wem am dringendsten gebraucht? Die Daten sind zudem ein Diskussionsanlass vor Ort, verbunden mit der Frage: Was genau löst hier einen Handlungsbedarf aus? Kommunale Sozialberichterstattung braucht daher einen pragmatischen Ansatz, um kleinräumig abgegrenzte Gebiete festzulegen, ein Bewusstsein über die Problematiken eines solchen Vorgehens und zusätzliche Informationen über die Quartiere.

Nicht immer stehen Daten auf der Ebene zur Verfügung, auf der sie benötigt würden – oft sind sie zu grobkörnig. Für quartiersbezogene Planung und Arbeit werden in den Städten häufig kleinräumige, mitunter quartierscharfe Daten benötigt, etwa wenn Projekte für bestimmte Stadtquartiere beantragt und evaluiert werden sollen. Kleinräumige Analysen stoßen aber relativ schnell an Grenzen der Fallzahlen, besonders wenn bestimmte Untergruppen betrachtet werden sollen. Aus Datenschutzgründen dürfen sehr kleine Fallzahlen (in der Regel unter 3, manchmal unter 10) nicht veröffentlicht werden. Außerdem bieten sie keine hinreichende Aussagesicherheit, weil geringfügigste zufällige Veränderungen großen Einfluss haben. Insofern ist anzuraten, die Zuschnitte von Gebieten nicht zu klein zu wählen.

Überhaupt ist eine möglichst kleinräumige Datenanalyse nicht immer das Mittel der Wahl. Die Kleinräumigkeit sollte vielmehr nach dem Thema gewählt werden: Während die Betrachtung der Altersstruktur auf der Ebene der Mitgliedsgemeinde oder jedenfalls der Samt-/Einheitsgemeinde von Interesse sein kann, müssen bei anderen Fragestellungen viel größere Zuschnitte herangezogen werden, insbesondere wenn es um Versorgungsstrukturen geht (wie sozialpsychiatrische Beratungsstellen, Pflegestützpunkte oder auch beim Arbeitsmarkt).

Info-Kasten 7

Zwischen Landkreis und kreisangehöriger Kommune – das Problem der Kleinräumigkeit

Bei der Sozialberichterstattung berichten bestimmte Verwaltungs- bzw. Raumebenen über ihre jeweiligen Teilgebiete: Der Bund über die sozialen Lagen in den Bundesländern, die Bundesländer über ihre Kreise, die Landkreise über ihre kreisangehörigen Kommunen und die kreisangehörige Stadt, Einheits- oder Samtgemeinden über ihre jeweiligen Teilräume.

Will eine kreisangehörige Kommune eine kleinräumige Sozialberichterstattung aufbauen, so ist sie in vielen Lebenslagebereichen auf die Datenlieferung durch ihren Landkreis angewiesen, beispielsweise bei den Daten der Jugendhilfe, des Gesundheitsamtes (z. B. Schuleingangsuntersuchungen) oder im Bereich Pflege. Schwierig wird es etwa für eine planungsinteressierte größere kreisangehörige Stadt, wenn im Landkreis wenig Interesse an einer strategischen Planung besteht – eine Situation, die in Niedersachsen keineswegs ungewöhnlich ist. Auf der anderen Seite hat der Landkreis zwar möglicherweise seine kreisangehörigen Kommunen im Blick, nicht aber die darunter liegende Ebene von Teilräumen, z. B. Stadtbezirke.

Ein besonderes Problem ergibt sich hier durch die Neuordnung bei der Datenlieferung der Bundesagentur für Arbeit an die Kommunen. Bis Ende 2017 war es für eine kreisangehörige Kommune, z. B. eine größere Stadt, möglich, auch parallel zu ihrem Landkreis einen Datenlieferungsvertrag mit der BA zu schließen. Nach den neuen Bestimmungen hat nun der Landkreis Vorrang, d. h. wenn er einen Vertrag mit der BA abschließt, hat die kreisangehörige Kommune keine Möglichkeit mehr, kleinräumige Daten für nach ihren Bedarfen zugeschnittene Teilräume direkt von der BA zu erhalten. Will sie also z. B. einen Antrag im Programm „Soziale Stadt“ stellen, so muss sie sich mit erheblichem Aufwand und unsicherer Aussicht auf Erfolg mit ihrem Landkreis abstimmen, um die notwendigen Daten in der benötigten räumlichen Gliederung zu bekommen. Allerdings haben von dieser Möglichkeit bislang nur wenige Kreise Gebrauch gemacht. Vor Vertragsabschluss muss ein Kreis oder auch ein Gemeindeverbund die angehörigen Kommunen informieren. Umgekehrt ist es übrigens genauso: Ist eine Gemeinde bereits Vertragspartnerin, kann der Kreis nicht einfach einen Vertrag abschließen. Interessierte Kommunen sollten sich beim Statistik-Service Nordost zu den Möglichkeiten beraten lassen. Limitierender Faktor für kleinere Gemeinden dürfte eher die geforderte Mindesteinwohnerzahl von 1.000 je kleinräumiger Gebietseinheit sein, die übrigens auch für kleinräumige Auswertungen in Großstädten gilt.

Alles in allem kann aber eine gut funktionierende Kooperation von Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden, bei der die Informationen und Daten in beide Richtungen ausgetauscht werden, zu einer besonders zielgenauen, sozialraumgerechten und produktiven Sozialplanung führen. „Landkreise und Gemeinden müssen ein Planungsbündnis schließen, um gemeinsam die sozialen Probleme vor Ort zu lösen und langfristig eine höhere Qualität von Sozialpolitik zu erreichen“, so ein von uns befragter Experte.

Die unterschiedlichen administrativen Einheiten haben jeweils verschiedene Datenverfügbarkeiten, Analyseinteressen und (Planungs-)Verantwortungen. Die folgende Übersicht zeigt (unter bewusster Auslassung der kreisfreien Städte, die ja nicht Zielgruppe dieses Werkzeugkastens sind), welche Daten auf welcher Raumebene zur Verfügung stehen (oder verfügbar gemacht werden können) und welche Stufe der Kleinräumigkeit bei der Auswertung jeweils anzuraten ist.

Die Landkreise verfügen über die meisten Daten auch kleinräumig, d. h. auf der Ebene ihrer kreisangehörigen Gemeinden. Für sie stellt sich die Frage, wie feinkörnig sie – auch im Sinne einer Dienstleistung für ihre Gemeinden – berichten wollen und was sie selbst als Planungsdaten benötigen. Hier gibt es einen strukturell angelegten Konflikt zwischen den Verwaltungsebenen (vgl. Info-Kasten 7).

Die kreisangehörigen Städte können auch über viele Daten unmittelbar verfügen. Allerdings benötigen sie auch Daten vom Landkreis (z. B. aus Schuleingangsuntersuchungen), an die sie nur bei guten Kooperationsbeziehungen herankommen. Andererseits wären Daten für ihre unterschiedlichen Stadtgebiete oft sinnvoll. Diese sind aber nur dann verfügbar, wenn sie vom eigenen Einwohnerwesen nach einer kleinräumigen Gliederung ausgewiesen werden und – bei Daten der Bundesagentur für Arbeit – Verträge bestehen.

Die Samtgemeinden und selbständigen Gemeinden sind zwar meist auf die Landkreise angewiesen, um überhaupt Daten zu erhalten. Bei entsprechender Nachfrage und Kapazität ließe sich aber durchaus eine eigene kleine Sozialberichterstattung entwickeln – für die Samtgemeinden sogar manchmal bis hinunter auf die Ebene von Mitgliedsgemeinden.

Auf einen Blick: Mögliche Indikatoren für Ihre Kommune

Jede Kommune muss ihren eigenen Weg zur Berichterstattung finden und hält dabei jeweils spezifische Indikatoren für wichtig.

In den folgenden drei tabellarischen Übersichten können die Anwender/innen des Werkzeugkastens nachschauen

- zu welchen Merkmalen Daten leicht zur Verfügung stehen bzw. mit geringem Aufwand beschafft werden können und
- auf welcher räumlichen Ebene diese Daten vorliegen.

Im Einzelnen können Landkreise ermitteln, ob die Daten nur auf Kreisebene oder auch auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden zur Verfügung stehen – und falls nicht, wo sie diese beschaffen könnten. Außerdem wird eine Empfehlung ausgesprochen, ob eine Regionalisierung für das betreffende Merkmal anzuraten ist.

Kreisangehörige Städte können nachsehen, welche Daten verfügbar sind bzw. wo oder wie sie zu beschaffen wären. Kleinräumige Daten auf der Ebene der Stadtteile gibt es generell nur durch eigene Regionalisierungsanstrengungen der Statistikabteilung beim Einwohnerwesen und auch bei den Fachverfahren. Bei welchen Daten kleinräumige Daten empfehlenswert sind, kann den Übersichten entnommen werden.

Samtgemeinden und selbständige Gemeinden, die sich eventuell im Einzelfall auch auf den Weg zu einer Sozialberichterstattung machen möchten, finden Informationen über Daten, die für sie verfügbar sind. Die Samtgemeinden können ausgewählte Daten sogar auf der Ebene ihrer Mitgliedsgemeinden finden.

Indikatoren	Landkreise		Kreisangehörige Städte		Samtgemeinden und selbständige Gemeinden	
	Datenverfügbarkeit		Kleinräumigkeit		Datenverfügbarkeit	
	LK	Gemeindeebene	Datenverfügbarkeit	Kleinräumigkeit empfohlen	Datenverfügbarkeit	Mitgliedsgemeinden
Demografische Grunddaten						
Gesamtbewölkerung (nach Geschlecht)	+	+	+	+	+	+
Bevölkerungsprognose	+	+	+	+	+	+
Altersgruppen/Generationen	+	+	+	+	+	+
Jugend-, Alten-, Gesamtquotient	+	+	+	+	+	+
Bevölkerung mit ausländ. Staatsangehörigkeit	+	+	+	+	+	+
ggf. Ausländ. + Deutsche mit weiterer Staatsangeh.	-	-	-	-	-	-
Hauptherkunftsländer der Ausländer/innen	+	+	+	+	+	+
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	+	+	+	+	+	+
Geflüchtete Menschen	-	-	-	-	-	-
Sterbefälle, Geburten, Saldo	+	+	+	+	+	+
Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15–49 Jahren	+	+	+	+	+	+
Zu- und Abwanderungen, Wanderungsbilanz	+	+	+	+	+	+
Zu- und Abwanderungen nach Motivgruppen	+	+	+	+	+	+
Privathaushalte: Anzahl und Größen	+	+	+	+	+	+
Haushaltstypen/ Formen des Zusammenlebens	-	-	-	-	-	-
Erwerbsarbeit/Arbeitslosigkeit						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	+	+	+	+	+	+
Beschäftigungsumfang (Voll-/Teilzeit) nach Geschlecht	+	+	+	+	+	+
Berufliche Qualifikation Beschäftigter am Wohnort	+	+	+	+	+	+
Auszubildende am Wohnort	+	+	+	+	+	+
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigt. am Arbeitsort	+	+	+	+	+	+
Einpendelnde, Auspendelnde, Pendelsaldo	+	+	+	+	+	+
Working Poor	+	+	+	+	+	+
Geringfügig Beschäftigte	+	+	+	+	+	+
Arbeitslosigkeit	+	+	+	+	+	+
Unterbeschäftigung	+	+	+	+	+	+

Indikatoren	Landkreise		Kreisangehörige Städte		Samtgemeinden und selbständige Gemeinden	
	Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit	
	LK	Gemeindeebene	Kleinräumigkeit	Kleinräumigkeit empfohlen	Kleinräumigkeit empfohlen	Mitgliedsgemeinden
Einkommen je Steuerpflichtiger/ Steuerpflichtigem	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Steuerpflichtige mit bes. hohen/niedrigen Einkommen	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Beziehende von Mindestsicherungsleistungen	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ (nur mit BA-Vertrag)	+
Beziehende von Arbeitslosengeld II, ALG II-Quote	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Beziehende von SGB II-Leistungen, SGB II-Quote	+	+	(annäherungsweise regionalisierbar)	-	(annäherungsweise)	-
Bedarfgemeinschaften SGB II u. Personen in BG	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Kinderarmut	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ (nur mit BA-Vertrag)	+
Altersarmut	-	(Sozialamt)	▶ regionalisieren	-	(Sozialamt)	(Sozialamt)
Armut bei voller Erwerbsminderung	-	(Sozialamt)	▶ regionalisieren	-	(Sozialamt)	(Sozialamt)
Beziehende von Regelleistungen nach dem AsylbLG	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Verbraucherinsolvenzen	+	-	-	-	-	-
Überschuldungsquote	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ PLZ-Bezirke	+
Schuldnerberatungen	-	(geförderte Träger, ggf. regionalisieren)	-	-	(geförderte Träger)	-
Wohngeldbezug	+	-	▶ regionalisieren	-	(Wohngeldstelle)	(Wohngeldstelle)
Unterhaltsvorschuss	-	(Jugendamt)	▶ regionalisieren	-	(Jugendamt)	(Jugendamt)

Indikatoren	Landkreise		Kreisangehörige Städte		Samtgemeinden und selbständige Gemeinden	
	Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit	
	LK	Gemeindeebene	Kleinräumigkeit	Kleinräumigkeit empfohlen	Kleinräumigkeit empfohlen	Mitgliedsgemeinden
Wohnungsbestand (n. Gebäudart, Wohnungsgröße)	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
Wohnungsbau	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
Sozialwohnungen	-	(Wohnungsamt)	-	-	(Wohnungsamt)	(Wohnungsamt)
Zukünftige Entwicklung d. Sozialwohnungsbestandes	-	(Wohnungsamt)	-	-	(Wohnungsamt)	(Wohnungsamt)
Bewerbungen um Sozialwohnungen	-	(Wohnungsamt)	▶ regionalisieren	-	(Wohnungsamt)	(Wohnungsamt)
Siedlungsdichte	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Selbstgenutztes Wohneigentum	+	+	▶ regionalisieren	+	(veraltet)	(veraltet)
Wohnfläche je Einwohner/in	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
ggf. Bestandsmieten	-	(evtl.)	▶ regionalisieren	-	(evtl.)	(evtl.)
Angebotsmieten	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
Kurze Wohndauer	-	(Einwohnerwesen)	▶ regionalisieren	-	(Einwohnerwesen)	(Einwohnerwesen)
SGB II-BG, für die Wohnkosten übernommen werden	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
ggf. Durchschnittl. anerkannte m ² -Miete von BG	+	-	▶ mit BA-Vertrag	-	(nur mit BA-Vertrag)	(mit BA-Vertrag)
Durchschnittl. Wohnfläche je Person in BG	+	-	▶ mit BA-Vertrag	-	(nur mit BA-Vertrag)	(mit BA-Vertrag)
Räumungsklagen und Zwangsräumungen	-	(Sozialamt)	-	-	(Sozialamt)	(Sozialamt)
Unterbringungen von Wohnungs-/Obdachlosen	-	(Sozialamt)	-	-	(Sozialamt)	(Sozialamt)
Wohnungslose (mit Kontakt zum Hilfesystem)	-	(Sozialamt)	-	-	(Sozialamt)	(Sozialamt)

Wohnen

Indikatoren	Landkreise		Kreisangehörige Städte		Samtgemeinden und selbständige Gemeinden	
	Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit	
	LK	Gemeindeebene	Kleinräumigkeit	Kleinräumigkeit empfohlen	Kleinräumigkeit empfohlen	Mitgliedsgemeinden
Kita-Plätze: Stand und Entwicklung	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Kita-Versorgungsquote	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
Kita-Besuchsquote	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ regionalisieren	+
Art und Umfang der Betreuung	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Kita-Besuch im letzten Jahr vor Einschulung	-	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Rückstellung Schulbesuch schulärztlich empfohlen	-	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Familienprache kein oder kaum Deutsch	-	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Kinder mit vorschulischer Sprachförderung	-	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Schüler/innen aus der Kommune nach Schulformen	-	(Schulstatistik)	▶ regionalisieren	-	(Schulstatistik)	Schulbezirke
Schulwahlverhalten nach der 4. Klasse	-	(Schulstatistik)	▶ regionalisieren	-	(Schulstatistik)	Schulbezirke
Schulabgäng. allgemeinh. Schulen nach Abschlüssen	+	-	-	-	-	-
Schulabgäng. berufsbildend. Schulen n. Abschlüssen	+	-	-	-	-	-
ggf. Studierende (in der Kommune)	+	-	▶ HS-Standorte	+	(falls HS-Standort)	+
Ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung	+	-	▶ regionalisieren	-	(Jugendamt)	(Jugendamt)
Jugendgerichtshilfe	-	(Sozialamt)	-	-	(Jugendamt)	(Jugendamt)

Bildung, Betreuung, Erziehung

Indikatoren	Landkreise		Kreisangehörige Städte		Samtgemeinden und selbständige Gemeinden	
	Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit		Datenverfügbarkeit	
	LK	Gemeindeebene	Kleinräumigkeit	Kleinräumigkeit empfohlen	Kleinräumigkeit empfohlen	Mitgliedsgemeinden
Kinder: Auffälligkeiten der Körpermotorik	+	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Kinder: Auffälligkeiten der Feinmotorik	+	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Kinder: Über- bzw. Untergewicht	+	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Kinder: Auffälligkeiten der Sprachentwicklung	+	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Kinder: Unvollst. Teilnahme Vorsorgeuntersuchungen	+	(Gesundheitsamt)	▶ regionalisieren	-	(Gesundheitsamt)	Schulbezirke
Menschen mit Schwerbehinderungen	+	+	▶ regionalisieren	+	-	+
Beziehende von Eingliederungshilfe	-	(Sozialamt)	▶ regionalisieren	-	(nur für große Stadt; Sozialamt)	(Sozialamt)
Eingliederungshilfe: Ambulanzierungsgrad	-	(Sozialamt)	▶ regionalisieren	-	(nur für große Stadt; Sozialamt)	(Sozialamt)
Inanspruchnahme Sozialpsychiatr. Beratungsstellen	-	(Gesundheitsamt)	-	-	-	-
Stand und Entwicklung Pflegebedürftigkeit	+	(mit Schätzmodell regionalisierbar)	-	-	(Schätzmodell)	(Schätzmodell)
Demenzkrankte	-	(Schätzmodell)	▶ (Schätzmodell)	-	(Schätzmodell)	(Schätzmodell)
Prognose Pflegebedürftiger	-	-	-	-	-	-
Pflegebedürft. in station., ambul. u. Angehörigenpflege	+	+	-	-	-	-
Beziehende von Hilfe zur Pflege	+	(Sozialamt)	▶ regionalisieren	+	(nur für große Stadt)	(Sozialamt)
Pflegeplätze: stationär, teilstationär	+	+	-	-	-	-
Beratungen bei den Pflegestützpunkten	-	(Sozialamt)	-	-	-	-

Beteil.

Vereine	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ PLZ-Bezirke	+	+	PLZ-Bezirke
Wahlbeteiligung Kommunalwahlen	+	+	▶ regionalisieren	+	▶ Wahlbezirke	+	+	regionalisieren

AUFBEREITUNG, DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DER DATEN: DER SOZIALBERICHT

Aufbau und Konzept des Sozialberichts

Sinnvoll, gut lesbar und deswegen weit verbreitet ist die Gliederung des Berichts nach den Lebenslagebereichen. Wo es Überschneidungen gibt (z. B. könnte das Thema ‚Working Poor‘ unter ‚Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit‘ oder unter ‚Einkommen und Armutslagen‘ behandelt werden), können Verweise verwendet werden. Interessant wäre am Ende auch ein Kapitel, das sich möglichen Zusammenhängen zwischen den unterschiedlichen Lebenslagebereichen anhand ausgewählter Indikatoren widmet – sei es kleinräumig vergleichend oder fokussiert auf besondere Zielgruppen (wie z. B. Familien, alte Menschen oder Kinder).

Die Gliederung sollte eine schnelle Erschließung erlauben, d. h. hinreichend fein, aber nicht zu detailliert sein. Tabellen- und Abbildungsverzeichnisse (mit Seitenzahlen!) können das unterstützen. Das Erscheinungsjahr, die federführenden und beteiligten Autor/inn/en und Fachabteilungen sollten benannt werden, damit Nachfragen und Anregungen adressiert werden können. Einleitend werden Ziel, Anlass und Funktion des Berichts kurz benannt. Zentrale Begriffe können vorab kurz definiert werden. Die räumlichen Bezugsebenen sollten, mit einer Karte illustriert, ebenfalls dargestellt werden.

Zusammenfassungen der wichtigsten Aussagen und Ergebnisse sollten an hervorgehobener Stelle präsentiert werden, etwa zu Beginn (z. B. Landeshauptstadt Hannover 2013) oder am Ende (Stadt Wolfsburg 2014) des gesamten Berichts oder auch zu Beginn jedes Kapitels (z. B. Stadt Göttingen 2015) oder an dessen Ende (z. B. Stadt Wolfsburg 2014). Dabei ist zu bedenken, dass es nicht wenige eilige Leser/innen gibt, die es bei der Lektüre der Zusammenfassungen belassen. Deswegen sollte auf diese besondere Sorgfalt verwandt werden. Im Sinne einer inklusiven Berichterstattung wäre auch an eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen in einfacher Sprache zu denken (z. B. Landeshauptstadt Hannover 2018).

Wenn der Sozialbericht differenzierte Daten präsentiert, die ansonsten nicht auffindbar sind (etwa in einem begleitenden Monitoring), müssen wahrscheinlich umfangreiche Tabellen in den Bericht aufgenommen werden. Diese sollten im Anhang präsentiert werden (vgl. z. B. Region Hannover 2015), damit sie den Lesefluss nicht stören. Interessant könnten auch Zusammenstellungen zentraler Daten in Gemeinde- bzw. Stadtteilprofilen sein (z. B. Braunschweig 2016).

Grundsätzlich müssen die jeweiligen (Daten-)Quellen genannt werden. Dies gilt auch für Tabellen und grafische Abbildungen: Diese sollten immer eine Quellenangabe enthalten.

Von Datenfriedhöfen und Bleiwüsten: Text oder Zahlen?

Im Rahmen unserer Internetrecherche kommunaler Berichte jeder Art waren wir doch erstaunt festzustellen, wie groß die Bandbreite der Darstellungsformen ist: Sie reichen von Darstellungen, die fast nur Text enthalten, in dem hin und wieder eine Zahl auftaucht, bis hin zu komplett unkommentierten Datensammlungen. Beide Formen sind gleichermaßen ungeeignet für Sozialberichte. Sozialberichte sind keine Seminararbeiten, in denen jede Aussage mit wissenschaftlichen Literaturquellen belegt und jede Zahl umfassend kommentiert werden muss. Andererseits sprechen Daten nicht für sich. Sie müssen interpretiert und eingeordnet werden, und wesentliche Zahlen müssen hervorgehoben werden. Auch bedürfen die Hintergründe der Daten oft einer Erklärung: Wie sind sie erhoben worden? Was sagen sie aus? Und was vielleicht auch nicht? Nur ein Beispiel: Wenn die Zahl der Menschen sinkt, die Mindestsicherungsleistungen beziehen, so kann dies (neben vielem anderen) Ausdruck einer guten kommunalen Sozialpolitik sein, die Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen hat. Eine gute kommunale Sozialpolitik kann aber auch darin bestehen, Menschen über ihre Rechte zu informieren und bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, was dann aber zu einer höheren Inanspruchnahme führt.

Kurz und gut: Daten brauchen Einordnungen und Interpretationen – so viel wie nötig, so wenig wie möglich.

Daten verwalten und analysieren

Sozialberichterstattung basiert auf einer großen Menge unterschiedlicher Daten – zu verschiedenen Themen, Jahren, Teilräumen und Teilgruppen. Diese müssen in geeigneter Form verwaltet werden (wenn dies nicht in einer Statistikabteilung erfolgt und abgerufen werden kann). Es gibt dazu verschiedene Möglichkeiten: Man kann eine geeignete Software erwerben und einsetzen. Gute Erfahrungen gibt es nach Angaben unserer Praxispartner/innen mit DUVA oder dem Stadt-/KreisMonitor der Firma Geoware. DUVA ist ein Informationsmanagementsystem für die öffentliche Verwaltung, das vom KOSIS-Verbund getragen wird – hier können Städte und auch Kreise Mitglied werden (vgl. Info-Kasten 4). Eine Nutzung ist kostenpflichtig; DUVA verfolgt aber keine kommerziellen Ziele, sondern verwendet das Geld zur Weiterentwicklung und Mitgliederbetreuung.

Kommt das nicht infrage, so kommt das Excel-Programm zum Einsatz. Mithilfe dieser verbreiteten Office-Anwendung können die Rohdaten gut verwaltet und auch zu Abbildungen umgewandelt werden. Sinnvoll ist es, Dateien zu den verschiedenen Themenbereichen anzulegen, also z. B. zur Altersstruktur. Die entsprechenden Tabellen sollten so angelegt werden, dass sie in den Zeilen die Erhebungsjahre und Gebietsteile enthalten und in den Spalten die einzelnen Merkmale, z. B. unter 3-Jährige, 3- bis 10-Jährige etc. Dies ermöglicht die einfache Erstellung von Zusammenfassungen, von Auszügen oder auch von Abbildungen. Vor allem aber gelingt bei einmal so angelegten Tabellen eine leichte Aktualisierung.

Datenanalyse ist kein leichtes Geschäft und kann auch nicht in wenigen Sätzen erklärt werden. Aber auch hier hilft ein Blick in die Berichte der Profis: Wie gestalten diese ihre Tabellen? Welche Kennzahlen verwenden sie? Worauf richten sie ihren Fokus? Im Grunde stehen alle Kommunen (auch die großen) vor gleichen Problemstellungen bei der Datenanalyse, denn sie greifen auf gleiche, zumindest ähnliche Datengrundlagen zurück. Weiterhin ist zu empfehlen, sich dort, wo es möglich ist, an der Landes- und Bundesberichterstattung zu orientieren, auch um ggf. Vergleichsdaten zu haben. Mit der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung (HSBN) hat Niedersachsen einen breiten Datenfundus. Weitere Berichte finden sich beim Landesamt für Statistik und zum Teil auf den Seiten der Ministerien. Bundesdaten finden sich bei destatis.de, dem Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes, im [Datenreport](#) und im [Statistischen Jahrbuch](#) sowie im [Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung](#).

Fallstricke der Datenanalyse liegen oft im Detail. Die Wahl sinnvoller und aussagekräftiger Kennzahlen, wie Durchschnittswerte, Anteile, Dichten ermöglichen die Vergleichbarkeit mit anderen räumlichen Einheiten, im Zeitverlauf, mit anderen Sozialgruppen. Dabei ist zu beachten, dass die Wahl der Bezugsgröße Auswirkungen hat. Nur ein Beispiel: Wenn über die soziale Lage Alleinerziehender berichtet wird, macht es einen deutlichen Unterschied, ob man den Anteil von Alleinerziehenden mit Mindestsicherungsleistungsbezug an allen Bedarfsgemeinschaften (13 %) oder an allen alleinerziehenden Haushalten (51 %) benennt³⁷. Beides ist richtig, hat aber eine andere Aussage – und womöglich auch eine andere Wirkung.

Ungewöhnliche Ausreißer und unerwartete Befunde können auch Datengründe haben. Vielleicht waren die Fallzahlen zu gering in einem Gebiet oder in einer Gruppe, vielleicht hat sich die Art der Messung gegenüber dem letzten Jahr verändert oder vielleicht hat sich einfach der Fehlerbeutel eingeschlichen. Bevor man mit spektakulären Zahlen nach außen tritt, sind diese unbedingt genauestens und von mehreren Personen zu prüfen. Überhaupt ist die gemeinsame Interpretation der Hintergründe bestimmter Ergebnisse ein wichtiger Punkt, denn die zur Verfügung stehenden Daten von Sozialberichten ermöglichen keine Ursachenanalyse.

Trends herausarbeiten: Zeitreihen

Veränderungen im Zeitverlauf können allerdings gewisse Hinweise auf mögliche ursächliche Zusammenhänge geben. Wenn es sich eine Kommune beispielsweise auf die Fahne geschrieben hat, durch unterschiedlichste Maßnahmen besonders familienfreundlich zu werden, so kann ein Blick auf die Entwicklung der altersbezogenen Wanderungsentwicklungen in den letzten Jahren einen Anhaltspunkt dafür geben, ob diese Maßnahmen den gewünschten Zuzug von Familien bewirken konnten.

Zeitreihenanalysen sind aber vor allem geeignet, um Trends zu ermitteln. Die Entwicklung eines Werts in den vergangenen Jahren (z. B. die stetige Zunahme des Anteils Hochaltriger) lässt einen demografischen Trend deutlich werden. Durch die rückblickende Analyse lassen sich auch zukünftige Entwicklungen in einem gewissen Maße abschätzen. Ein Beispiel dafür ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser steigt (besonders in den Städten) seit vielen Jahren an. Betrachtet man die weit überproportionalen Anteile in der Gruppe der Kinder (je jünger, desto höher ist in der Regel der Migrantenanteil), dann ist mit ziemlicher Sicherheit zu vermuten, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auch in Zukunft weiter wachsen wird. Hierauf könnte und müsste sich die Kommunalpolitik einstellen.

Oft herrscht im Adressatenkreis von Sozialberichten der Wunsch nach möglichst aktuellen Daten vor, dem aber in vielen Fällen gar nicht entsprochen werden kann, weil die Daten eben noch nicht vorliegen (können). Für die Analyse von Zusammenhängen und grundlegenden Trends ist die Analyse von Zeitreihen und Jahresdurchschnitten ohnehin oft wichtiger als eine möglichst hohe Aktualität der Daten (z. B. in der Schulstatistik). Daten zu einem einzelnen Zeitpunkt können durch bestimmte einmalige Einflüsse verzerrt werden, wohingegen Zeitverlaufsanalysen grundlegende Trends (z. B. den Anstieg der Abiturientenanteile) erfassen können. Gerade dieses ist für eine strategisch vorausschauende Sozialplanung eminent wichtig.

Die eigene Kommune einordnen: Sinnvolle Vergleichsebenen

Eine einzelne Zahl sagt gar nichts aus. Um von der bloßen Darstellung zu einer Analyse der Daten zu kommen, sind einordnende Vergleiche unerlässlich. Neben den genannten Zeitreihenanalysen, die den aktuellen Wert vor dem Hintergrund der vergangenen Entwicklung analysieren, sind räumliche Vergleiche von großer Bedeutung, um die eigene Kommune einzuordnen:

■ **Vergleiche mit größeren Einheiten:** Vergleiche mit den entsprechenden Werten im Landkreis, dem Land Niedersachsen oder in Deutschland sind der einfachste Weg für die einzelne Kommune zu prüfen, ob sie im allgemeinen Trend liegt. Vielfach finden sich Daten dazu auch bei LSN-Online.

■ **Vergleiche der kreisangehörigen Gemeinden untereinander:** Die unterschiedlichen Kommunen eines Kreises haben denselben administrativ-strukturellen Rahmen. Sie konkurrieren zum Teil auch um knappe Ressourcen bei Standortfragen und der Mittelverteilung, für die der Kreis zuständig ist. Insofern sind – sowohl aus der Perspektive der einzelnen kreisangehörigen Gemeinde wie auch aus Sicht des Landkreises – interkommunale Vergleiche sinnvoll. Dies sollte nicht direkt im Sinne eines Benchmarkings erfolgen, was Kontrolllängste und Konkurrenzdenken befördern kann, sondern eher als nützliche Information für die einzelnen Kommunen bzw. den Landkreis. „Die schauen schon, wer die rote Lampe hat“, so ein befragter Experte.

■ **Vergleiche mit ähnlichen Kommunen:** Dies könnten Kommunen ungefähr gleicher Einwohnerzahl sein, solche, die in räumlicher Nähe liegen oder die eine ähnliche Struktur aufweisen (dörfliche Randlage, industrielle Prägung, Tourismusprägung etc.). In der Regel sind diese ausgewählten Vergleichskommunen bekannt und werden traditionell vergleichend, bisweilen auch konkurrierend betrachtet, z. B. Wolfsburg – Braunschweig. Es gibt auch die Möglichkeit, sich mit anderen Kommunen zu vergleichen, die bei der Clusteranalyse des [HSBN](#) als ähnlich erachtet wurden.

Tiefer analysieren: Zielgruppen, Zusammenhänge und Teilräume

Für die Sozialberichterstattung sind differenziertere Analysen unverzichtbar. Da sind zunächst grundlegende Differenzierungen, die bei vielen Merkmalen eine Rolle spielen können und die deswegen im Prinzip standardmäßig zumindest angeschaut werden sollten: Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit.

Der Sozialbericht bietet darüber hinaus auch die Chance, bestimmte Zielgruppen vertiefend zu betrachten und in einem eigenen Kapitel darzustellen. In diesem Fall werden die jeweils relevanten Indikatoren aus den verschiedenen Lebenslagebereichen nicht allgemein, sondern nur bezogen auf die Zielgruppe betrachtet. Der Sozialbericht der Stadt Wolfsburg (2014) widmet zum Beispiel der Lebenslage älterer Menschen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein eigenes Kapitel, derjenige der Region Hannover (2015) den Kindern und Jugendlichen.

Der Anspruch integrierter Sozialberichterstattung besteht darin, mit tiefer gehenden Analysen Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Merkmalen aufzuspüren. Für einzelne Merkmale kann es durchaus von Interesse sein, auf der Ebene der Teilgebiete (Gemeinden für Landkreise oder Stadtgebiete für Städte) statistische Zusammenhänge herauszufinden. So zeigen sich in der Regel Zusammenhänge zwischen dem Mindestleistungsbezug und den Ergebnissen der schulärztlichen Untersuchungen: In den Teilräumen mit hoher Kinderarmut werden meist auch hohe Auffälligkeiten bei der Kindergesundheit festgestellt (vgl. Region Hannover 2015, Landeshauptstadt Hannover 2013).

Kleinräumige Analysen auf der Ebene von Stadtteilen oder ähnlichen Teilgebieten sind, jedenfalls für größere Kommunen, eine unverzichtbare Differenzierung, denn, wie es im Hannoveraner Sozialbericht (2013, S. 110) so schön heißt: „Überall ist es anders als im Durchschnitt“. Zwar stoßen kleinräumige Analysen oft auf Grenzen der Datenverfügbarkeit, dennoch steigt ihre Notwendigkeit mit wachsender Größe und Differenziertheit einer Kommune. Das Ziel kleinräumiger Analysen ist die Darstellung sozialräumlicher Ungleichheiten innerhalb einer Stadt und insbesondere die Identifikation von Stadtgebieten, in denen sich unterschiedliche soziale Problemlagen konzentrieren.

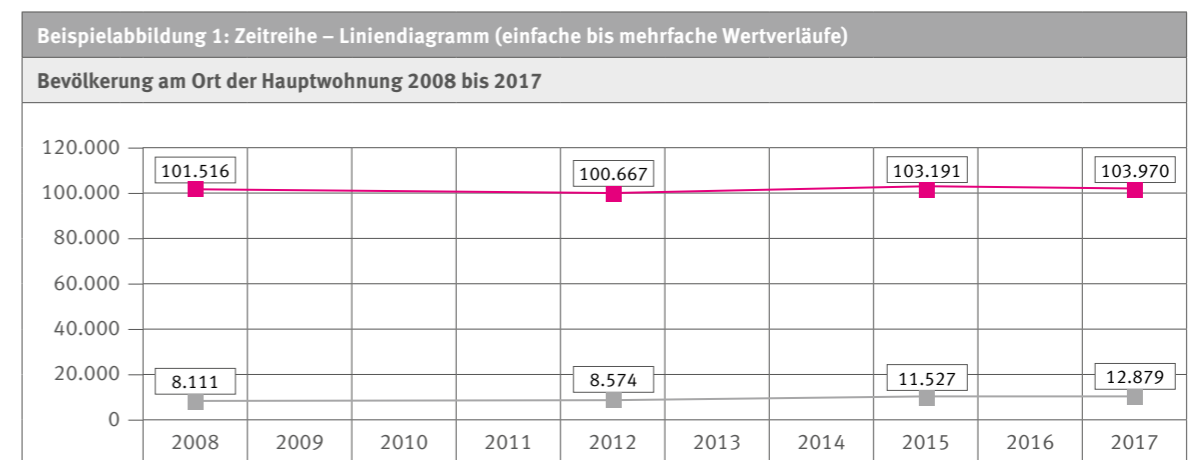
Die anspruchsvollste Variante einer solchen Analyse wäre ein kleinräumiges Berechnungsverfahren auf der Basis ausgewählter Indikatoren (als Beispiele: Stadt Osnabrück 2015, Stadt Wolfsburg 2014, Landeshauptstadt Hannover 2018). Es geht aber auch einfacher, indem man ausgewählte Indikatoren aus den verschiedenen Lebenslagebereichen für die unterschiedlichen Stadtteile bzw. die Landkreisgemeinden nebeneinanderstellt und dadurch deren jeweilige Charakteristika herausarbeitet. Ziel der integrierenden Analysen ist immer das Aufdecken besonders ausgeprägter Handlungs- oder Aufmerksamkeitsbedarfe und die Priorisierung des Mitteleinsatzes für sozialpolitische Interventionen.

Ergebnisse veranschaulichen: Abbildungen und thematische Karten

Auf Statistikfachkräfte mögen Zahlenkolonnen eine besondere Anziehung ausüben – die meisten anderen sind dankbar für jede Form der Veranschaulichung in Abbildungen oder thematischen Karten.

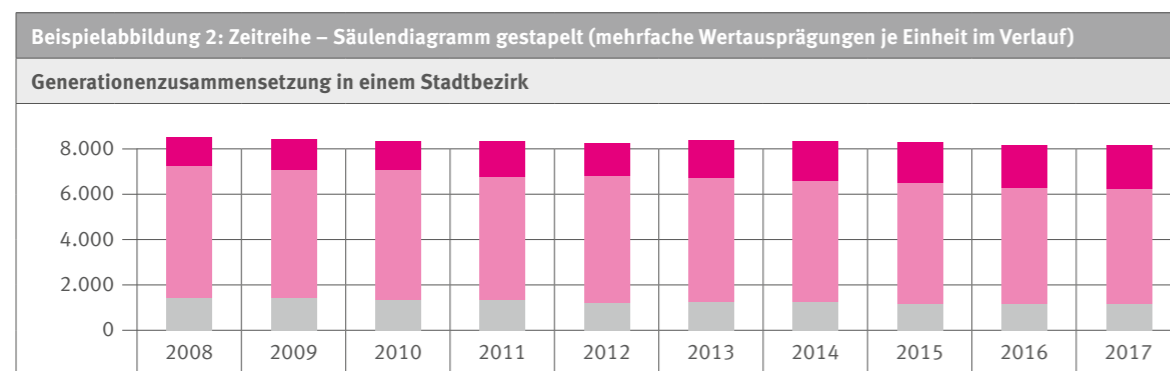
Für die Erstellung von Abbildungen ist das Programm Excel das Mittel der Wahl. Das Programm bietet vielfältige Darstellungsformen an, die mit einiger Einarbeitung (und mit Hilfe von Youtube-Tutorials) gut eingesetzt und später auch einfach aktualisiert werden können. Folgende exemplarische Darstellungsformen sind für Sozialberichte gebräuchlich und empfehlenswert (vgl. auch die Darstellungstipps im Merkmals- und Indikatorenset im Anhang):

Darstellung von Zeitverläufen

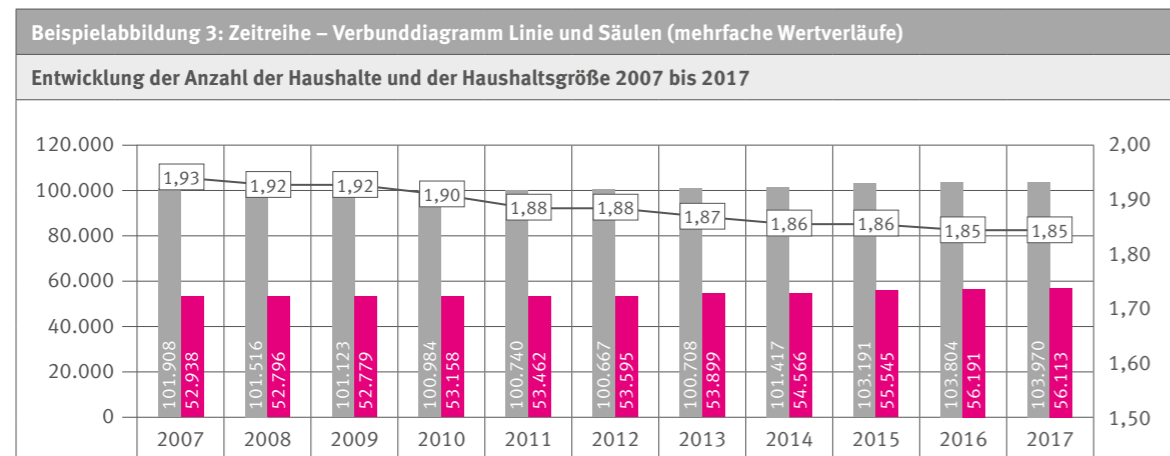


■ Gesamt | ■ ausländisch
Diese Zeitreihe zeigt zum Beispiel die Entwicklung der gesamten (Hauptwohn-)Bevölkerung im Zeitverlauf von 2008 bis 2017 und zusätzlich darin enthaltene Gruppen wie die Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Darstellung von Zeitverläufen (Fortsetzung)

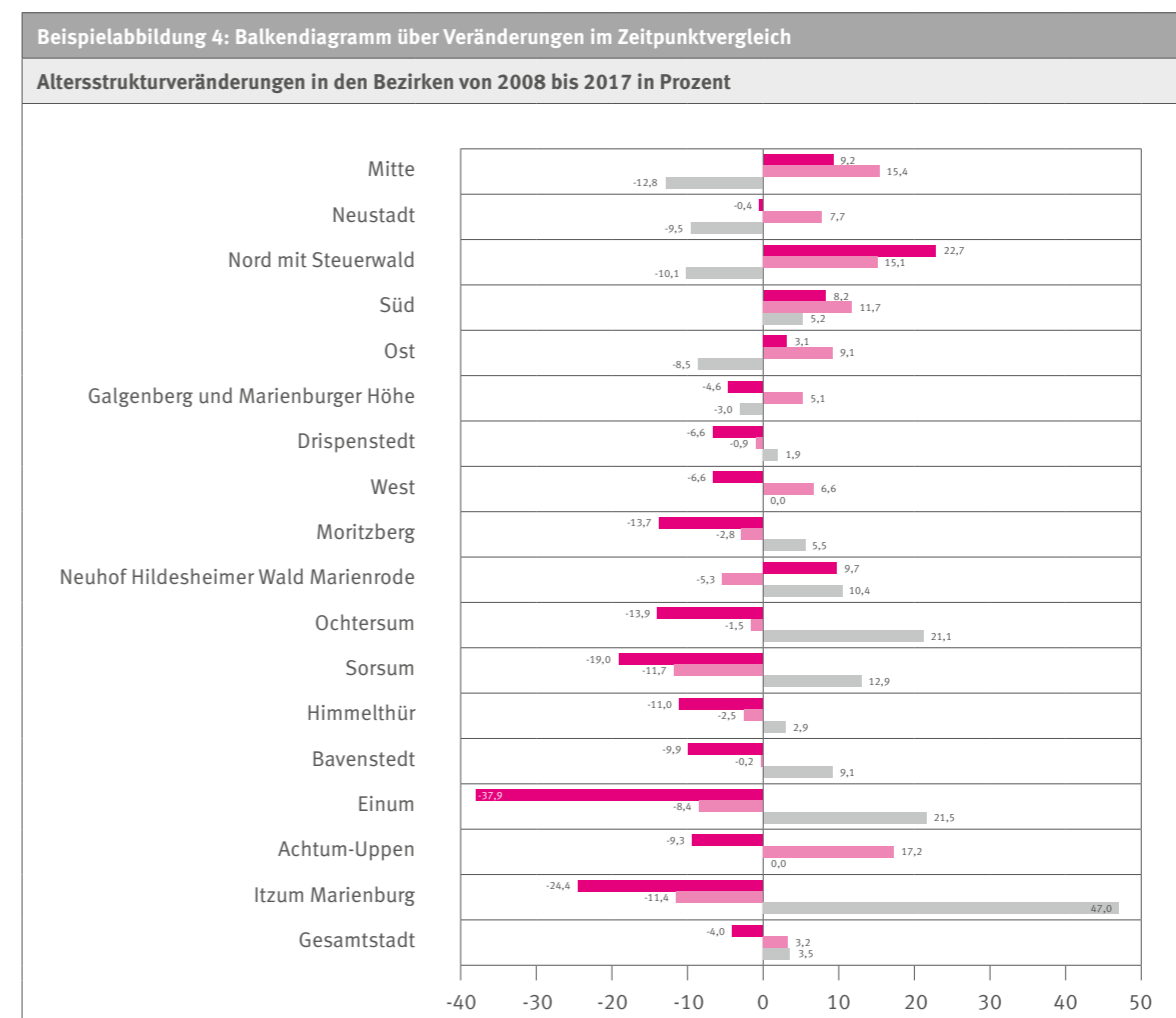


■ Junge Generation (0–U18) | ■ Mittlere Generation (18–U65) | ■ Alte Generation (65 und älter)
 Diese Zeitreihe zeigt zum Beispiel die Entwicklung der Generationenzusammensetzung der Bevölkerung in einem Stadtbezirk und in der Summe die Entwicklung der Gesamtbevölkerung (in absoluten Zahlen) im Zeitverlauf.



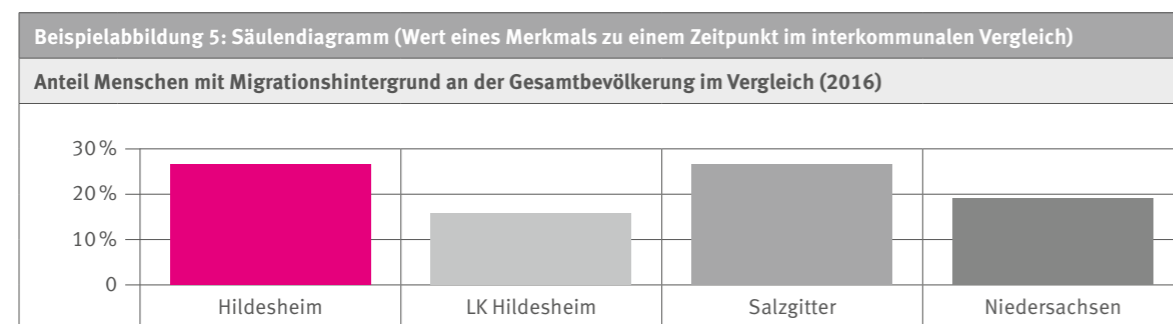
■ Bevölkerung Hauptwohnung | ■ Anzahl Haushalte | □ Bevölkerung Haushalt
 Dieses Verbunddiagramm (aus gruppierten Säulen pro Jahr auf der Primärachse sowie einer Linie für die Verlaufsentwicklung eines Kennwerts auf einer Sekundärachse) veranschaulicht die Berechnung des dargestellten Kennwerts und informiert zugleich über dessen absolute Zahlenbasis im Zeitverlauf.

Zeitpunktvergleich

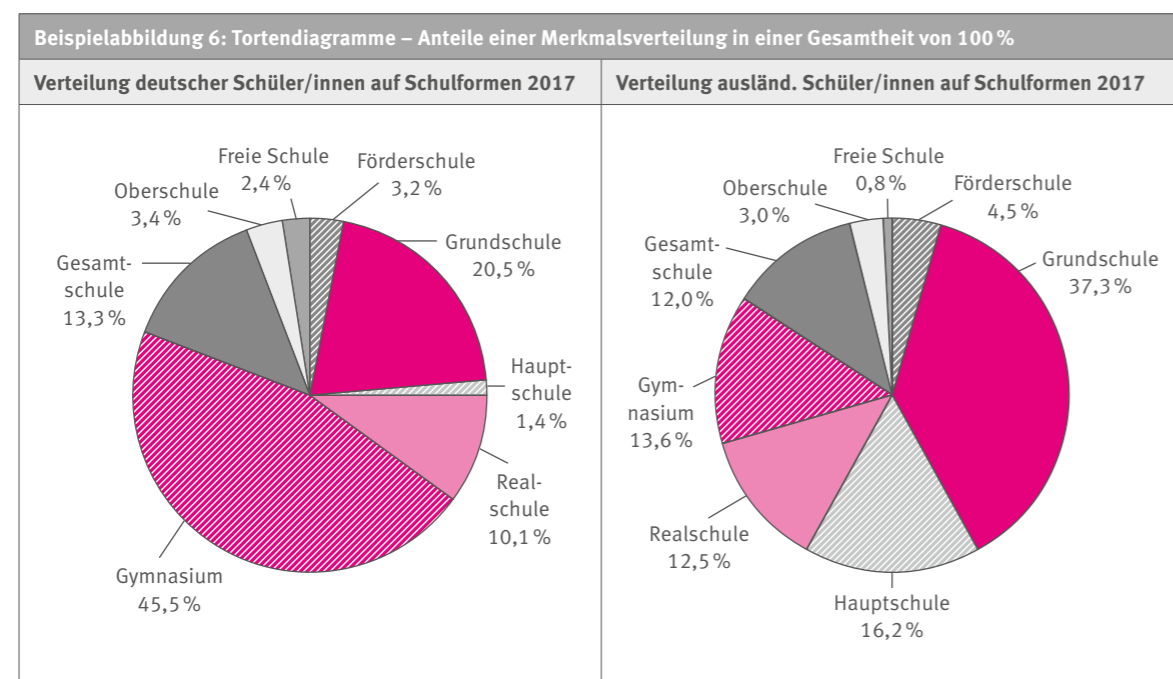


■ Junge Generation (0–U18) | ■ Mittlere Generation (18–U65) | ■ Alte Generation (65 und älter)
 Diese Form eines (gruppierten) Balkendiagramms zeigt pro Teilraum die Werte mehrerer (hier je 3) Merkmale, die jeweils in Prozent eine Veränderung darstellen (Zeitpunktvergleich von 2017 gegenüber 2008, 10-Jahresvergleich). Positive Veränderungen liegen rechts der senkrechten Achse (bei 0), negative Veränderungen links davon. Hierbei müssen die zugrundeliegenden Fallzahlen beachtet werden, insbesondere wenn die Gebietseinheiten bzw. die zugeordneten Merkmale sehr heterogen sind.

Vergleiche



Ein gruppiertes Säulendiagramm lässt sich sehr gut für den interkommunalen Vergleich nutzen. Der Wert der eigenen Kommune für einen Indikator bzw. ein Merkmal wird den Werten ausgewählter Vergleichskommunen bzw. dem Landeswert gegenübergestellt.



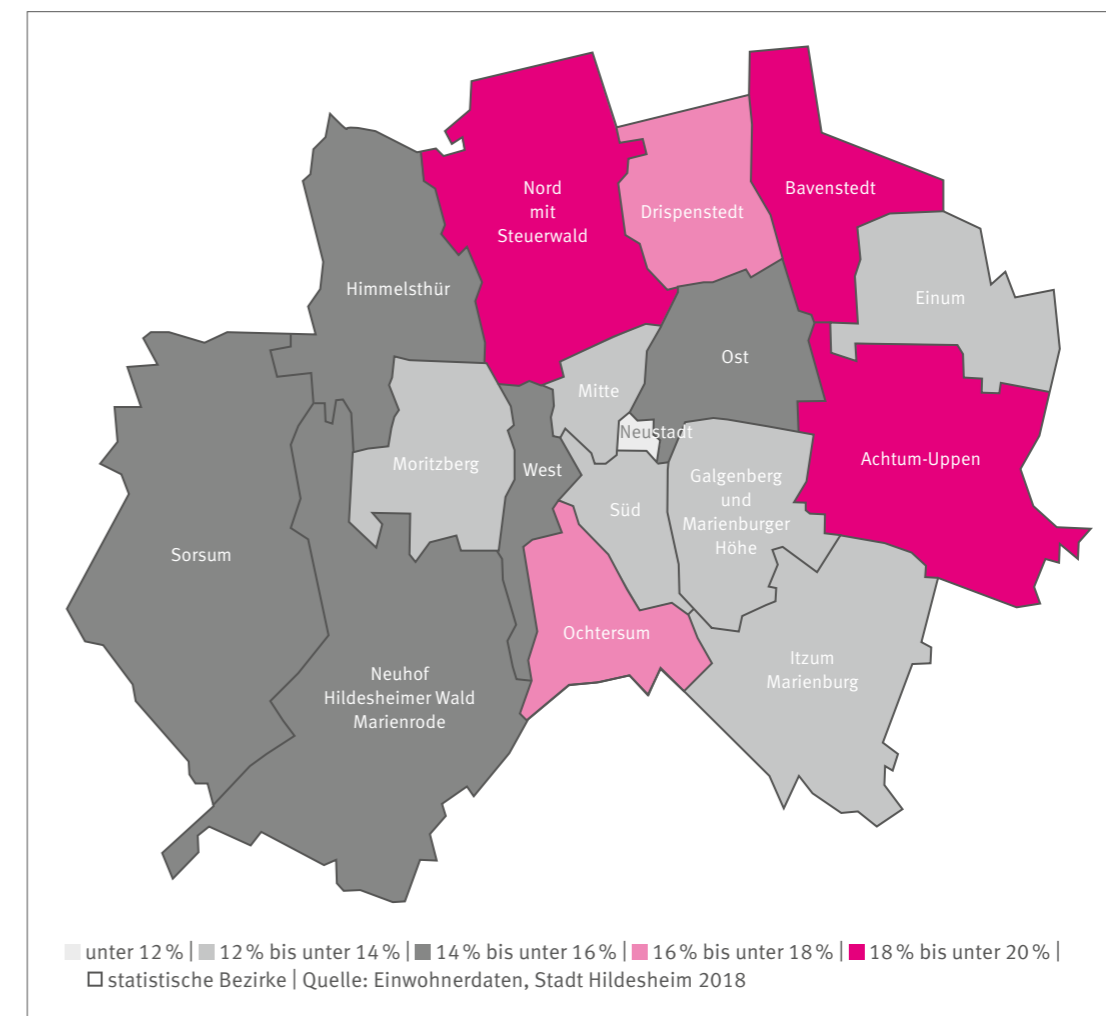
Ein Tortendiagramm zeigt, wie sich die Ausprägungen eines Merkmals (hier: Schulbesuch nach verschiedenen Schulformen) anteilig auf eine Gruppe verteilen. In diesem Fall sind die Verteilungen zweier Gruppen gegenübergestellt, was einen guten Vergleich ermöglicht.

Info-Kasten 8

Vom Sozialbericht zum Sozialatlas – Möglichkeiten zur Erstellung thematischer Karten

Thematische Karten dienen der Veranschaulichung der räumlichen Verteilung bestimmter Merkmale – hier z. B. des Anteils der Kinder und Jugendlichen in den Statistischen Bezirken Hildesheims. Thematische Karten setzen also einerseits eine kleinräumige Gliederung der Kommune und andererseits das Vorhandensein von Daten für die einzelnen Raumteile (also z. B. kreisangehörige Kommunen bei Landkreisen) voraus.

Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung in Hildesheim



Um für den Sozialbericht solche thematischen Karten zu erstellen, gibt es verschiedenen Möglichkeiten:

1. Die Nutzung von Geoinformationssystemen (GIS) als Profi-Variante,
2. die Verwendung kommerzieller Programme, die Kartendarstellungen ohne besondere Vorkenntnisse erlauben,
3. die Nutzung von Zeichenprogrammen, die als Teil des Office-Pakets in der Regel an jedem Arbeitsplatz verfügbar sind als Einstiegs-Variante.

1. Nutzung von Geoinformationssystemen (GIS)

Im kommunalen Vermessungs-, Planungs- oder Entwicklungsbereich wird vielleicht mit einem Geoinformationssystem, z. B. von [ArcGis](#), gearbeitet. Damit werden sogenannte Geodaten erfasst, bearbeitet, organisiert,

Info-Kasten 8 (Fortsetzung)

analysiert und präsentiert. Geodaten sind Daten, denen eine bestimmte räumliche Lage zugeordnet werden kann, also im Hildesheimer Beispiel ein bestimmter Anteil der Kinder und Jugendlichen einem statistischen Bezirk. Wenn Sie also Glück haben, gibt es in Ihrer Kommune eine kooperative GIS-Abteilung und diese macht für Ihren Sozialbericht zeitnah die Karten, die Sie sich im Vorfeld genau überlegt haben.

GIS-Programme sind teuer in der Anschaffung und ihre Beherrschung erfordert ein hohes Maß an Fachkompetenz. Es gibt allerdings auch Open-Source-Programme. Am bekanntesten ist [QGis](#), das auf allen gängigen Betriebssystemen läuft und eine Vielzahl von Funktionen bereithält. Die notwendigen digitalen Kartengrundlagen der eigenen Verwaltungseinheit (Kreis, Gemeinde bis hinunter zum Stadtteil) lassen sich kostenfrei unter der Open-Source-Anwendung OpenStreetMap (unter OSM Boundaries) herunterladen. Für kommunale Nutzer/innen stellt sich in der Regel aber das Problem, dass Open-Source-Programme nicht auf den Dienstrechnern genutzt werden dürfen. Gesetzt den Fall, man versucht sich auf dem heimischen Computer an einer thematischen Karte, wird man zudem schnell feststellen, dass dies keineswegs trivial ist und schnell geht. Manche mögen dennoch Spaß daran haben und können beim Karten-Tüfteln auch auf vielfältige Internetforen zur Unterstützung zurückgreifen. Also eher etwas für einzelne „Nerds“ als eine Empfehlung für alle. FAZIT:

- + sehr hohe Darstellungsqualität und -variabilität
- + wenn in der Kommune vorhanden: kostenfrei (aber an Kooperationsbereitschaft gebunden)
- Anschaffungskosten zu hoch nur für ein paar thematische Karten im Sozialbericht
- auch GIS Open-Source-Programme erfordern Expertise (und Zeit)

2. Die Verwendung kommerzieller Programme, die Kartendarstellungen ohne besondere Vorkenntnisse erlauben

Es gibt auf dem Markt diverse Software-Lösungen, die die Anfertigung thematischer Karten auch ohne GIS-Vorkenntnisse und spezialisierte EDV-Kenntnisse erlauben. Sie orientieren sich in der Anwendung an der Benutzungsoberfläche herkömmlicher Bürosoftware. Mit ein wenig Einarbeitung und ggf. einer Schulung sollten einfache Karten damit recht schnell gelingen. Zum Lieferumfang gehören die erforderlichen Kartengrundlagen, z. B. Postleitzahlgebiete, kleinräumige Bezirke oder Verwaltungsgrenzen. Die darzustellenden Daten – im Beispiel der Anteil der Kinder- und Jugendlichen in den verschiedenen Hildesheimer Statistischen Bezirken – können als Excel-Datei problemlos eingefügt werden. Es gibt vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die für einen Sozialatlas viele Optionen beinhalten. Später könnte man sogar interaktive Karten entwickeln und ins Internet oder zumindest ins Intranet einstellen. Kommerzielle Karten-Programme, die von unseren Praxispartner/inne/n empfohlen wurden, sind [Easymap](#) (Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH) und [StadtMonitor](#) bzw. [KreisMonitor](#) (Geoware GmbH). Beide Anbieter geben auch Hilfestellung bei Anwendungsproblemen. FAZIT:

- + hohe Darstellungsqualität und -variabilität
- + Anwendungsfreundlichkeit, aber Schulung sicherlich sinnvoll
- einmalige Anschaffungskosten und laufende Pflegekosten
- Anschaffung müsste beantragt und genehmigt werden, geht also sicher nicht zeitnah

3. Die Nutzung von Zeichen- oder Präsentationsprogrammen des Office-Pakets

Was früher das Schraffieren von leeren Kartengrundlagen mit der Hand war, ist heute die Nutzung von Zeichen- oder Präsentationsprogrammen des Office Pakets wie Paint oder PowerPoint: Man kann Ergebnisse von Datenanalysen in einer thematischen Karte präsentieren, die man quasi „händisch“ erstellt hat. Dazu benötigt man zunächst eine Kartengrundlage mit den gewünschten Umrissen, z. B. eine leere Karte des Kreises mit seinen kreisangehörigen Einheits- und Samtgemeinden. Nachdem man diese ins Programm eingefügt hat, fährt man sorgfältig Linie für Linie mit der Computermaus ab, um für das Programm die Gemeinden als Flächen zu definieren. Diese Flächen können dann für die jeweils gewünschte Darstellung unterschiedlich eingefärbt werden. Zusätzlich muss – auch wieder per Hand – eine jeweils passende Legende entwickelt werden. FAZIT:

- + keine Kosten, Programm ist auf jedem Rechner
- + sehr niederschwelliger Zugang, der sofort möglich ist
- Erstellen der Kartengrundlage und Legenden mühselig
- keine Verknüpfung mit den Daten, sodass eine erhöhte Fehleranfälligkeit besteht und Darstellungsveränderungen immer recht aufwändig sind

5

WEITERARBEITEN MIT DEM SOZIALBERICHT: VON DATEN ZU TATEN

Sozialberichte sind ein Kernbestandteil von Sozialplanung, insoweit sie die Soziallagen und Teilhabechancen analysieren und besondere Problembereiche und Risikolagen herausarbeiten und damit sichtbar machen. Sie dienen als Steuerungsunterstützung und Entscheidungsgrundlage. „Es muss aber etwas daraus folgen – und das ist das Entscheidende“, konstatierte ein von uns befragter Sozialplaner. Sozialberichte sollen wirken und nicht in der Schublade verstauben. Wichtige und miteinander zusammenhängende Schritte auf dem Weg von Daten zu Taten (so der Untertitel des Kieler Sozialberichts) sind die Implementation eines strategischen Prozesses der Sozialplanung, die Handlungsorientierung, die Sozialraumorientierung und die Beteiligungsorientierung.

Strategischer Sozialplanungsprozess

Auf dem Weg zur Verbesserung der Lebenslagen und Lebenschancen in einer Kommune bedarf es mehrerer aufeinander aufbauender Handlungsschritte, die möglichst strategisch anzulegen sind. Im Handbuch *Moderne Sozialplanung*³⁸ wird ein Modell mit sechs typischen Schritten auf dem Weg zu einer strategischen Sozialplanung entwickelt. Hervorzuheben sind dabei insbesondere Verständigungsprozesse hinsichtlich der Festlegung von Zielen und Maßnahmekonzepten. Die Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung in NRW schreibt dazu: „Sozialplanung erfordert eine fachbereichs- und institutionsübergreifende, beteiligungsorientierte, transparente und kommunikative Vorgehensweise.“³⁹ Das bedeutet konkret, dass in diversen Diskussionsrunden und Workshops mit Fachleuten innerhalb der Verwaltung und der Politik sowie ggf. der Gemeinden und weiterer Akteurinnen und Akteure übergeordnete Zielsetzungen der kommunalen Sozialpolitik abgestimmt, Unterziele konkretisiert sowie Handlungskonzepte entwickelt und festgelegt werden.

Ein Beispiel ist die Entwicklung eines strategischen Zielsystems unter Mitwirkung der Sozialplanung der Region Hannover. Dieses sei eine der wesentlichen Erkenntnisse aus dem Prozess der Erstellung des Sozialberichts gewesen und habe wiederum die Art der Sozialberichterstattung grundlegend verändert. Man habe damit einen extrem produktiven und weitreichenden Ansatz angestoßen, so berichtet der Sozialplaner Jörg Gapski. In einem breiten Verständigungsprozess sei eine „Zielkaskade“ entwickelt worden: Oben steht das Leitbild der Region Hannover mit seinen strategischen Zielen. Dann kommen 31 übergeordnete Handlungsfelder, z. B. ‚Selbstbestimmt leben im Alter‘, ‚Armutfolgen mildern‘ oder ‚Menschen mit Migrationshintergrund integrieren‘. Für alle Handlungsfelder wurde eine Zuordnung vorgenommen, welche Teams und Fachbereiche dazu Beiträge haben und welche Produkte dazugehören, und es wurden Handlungsschwerpunkte definiert. Dies wurde weiter heruntergebrochen durch die Abstimmung von Produktzielen und unterstützt durch jährliche Zielvereinbarungen, die den Prozess begleiten. Dieses Zielmodell soll zukünftig wiederum die Sozialberichterstattung leiten und handlungsorientiert zuspitzen: Einerseits sollen die Fachberichte stärker auf die Zielsetzungen, (mögliche) Maßnahmen und deren Ergebnisse fokussiert werden. Andererseits soll die Berichterstattung auf die Handlungsfelder bezogen werden und die dafür jeweils wichtigen Aspekte aus unterschiedlichen Bereichen behandeln (integrierte Berichterstattung).

Ähnliche strategische Sozialplanungsprozesse gibt es in der Landeshauptstadt Hannover schon seit geraumer Zeit und auch andere Großstädte verfolgen einen solchen Ansatz. In jüngster Zeit haben sich vermehrt weitere Kommunen Niedersachsens auf diesen Weg gemacht (z. B. die Landkreise Gifhorn, Göttingen und Helmstedt oder die Stadt Oldenburg). Ein zentraler Schritt ist dabei immer, sich mittels eines Sozialberichts Klarheit über die soziale Situation und die Problemlagen zu verschaffen. Der Prozess der Erstellung des Berichts kann zum Vehikel werden, eine strategische Sozialplanung anzuschließen und damit von einer primär reaktiven zu einer aktiven, gestaltenden und vorsorgenden Sozialpolitik zu kommen.

Handlungsorientierung

Die zentrale Aufgabe der Sozialberichterstattung ist die fachgerechte Analyse. Konkrete Handlungsempfehlungen werden in aller Regel in den Berichten nicht gegeben. Diese zu entwickeln ist Aufgabe anderer Ebenen und Ergebnis vielfältiger Abstimmungsprozesse. Dennoch sind gute Sozialberichte handlungsorientiert in dem Sinne, dass sie geeignete Ausgangspunkte für die Formulierung von Handlungsempfehlungen geben.

Das tun sie, indem sie auf derzeitig oder zukünftig zu erwartende Problemlagen hinweisen und diese besonders herausstreichen. Der Sozialbericht des Landkreises Gifhorn benutzt dazu z. B. ein Ampelsystem. Die Zuspitzung auf Kernaussagen der Analyse oder die besonders anschauliche Darstellung bestimmter Daten mittels Abbildungen oder thematischer Karten dienen der gleichen Zielsetzung.

Manche Sozialberichte enthalten auch thematische Vertiefungen, bei denen es um aktuelle Herausforderungen geht, die in der Kommune in den kommenden Jahren bearbeitet werden müssen. Dadurch werden die betreffenden Themen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt und müssen verstärkt adressiert werden.

Außerdem werden durch die Art und Weise der Kommunikation der Berichtsinhalte Anknüpfungspunkte geschaffen für die gemeinsame Weiterarbeit in Gremien, mit sozialräumlich relevanten Akteurinnen und Akteure und insbesondere der Bewohnerschaft. In Soltau wurde z. B. eine Armutskonferenz aus Akteur/inn/en und interessierten Bürger/inne/n gebildet, die sich mit den arbeitsbezogenen Berichtsbefunden auseinandersetzt und diese in Handlungsempfehlungen übersetzt.

Die handlungsorientierte Tauglichkeit von Sozialberichten wächst mit ihrer Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit. Sie sollten von den unterschiedlichen sozialpolitischen Akteur/inn/en verstanden und als gemeinsame Faktenbasis für Diskussionen anerkannt werden. Außerdem schärft ihre Problemorientierung und die Bezugnahme auf sozialpolitische Handlungsziele der Kommune ihre Handlungsrelevanz.

Sozialraumorientierung

Sozialraumorientierung ist ein umfassendes Fachkonzept für Verwaltungen und freie Träger, das darauf zielt, Organisationsstrukturen im Sozialbereich umzugestalten. Durch die Verankerung einer ressort- und fachübergreifenden Praxis sollen sozialräumliche, willens- und ressourcenorientierte sowie aktivierende und kooperative Arbeitsformen intensiviert, vorhandene Dienste und Angebote effektiver gestaltet und Prävention in den Vordergrund gerückt werden.

Für eine erfolgreiche Sozialraumorientierung gilt es für die beteiligten Fachkräfte, eine sozialräumliche Haltung zu entwickeln sowie passende Methoden und Organisationsformen einzuführen. Vor allem der Wandel von einer Defizit- zu einer Ressourcenorientierung und die Orientierung an Willen und Bedürfnissen der Klient/inn/en sind zentral. Schließlich soll die Steuerung über die Qualität der Angebote und die Bedarfe im Sozialraum erfolgen. Dafür ist eine differenzierte Datenlage unabdingbare Voraussetzung.

Dies gilt ebenso für die notwendige Netzwerkarbeit und den Einbezug der Ressourcen des Sozialraums, die auf längere Sicht über die Ebene institutioneller Kontakte und Kooperationen hinausgehen sollten. Auch nicht-institutionelle Kontakte von Fachkräften (oftmals zufällige, persönliche Kontakte im Sozialraum) sollen grundsätzlich ausgebaut, nutzbar gemacht und gepflegt werden. Der Umgang mit den zur Verfügung gestellten Daten aus dem Sozialbericht, deren Diskurs im Sozialraum sowie die weitere Entwicklung der Informationssammlung können hierbei wichtige Unterstützung leisten: Eine genaue Kenntnis des Sozialraums ist eine entscheidende Voraussetzung erfolgreicher Sozialraumorientierung.

Diese Erkenntnisse sowie das Wissen, dass soziale Problem- und Risikolagen oft begleitet und mitverursacht sind durch baulich-räumliche Faktoren (etwa unzureichende soziale Infrastruktur, fehlende Grün- und Spielflächen oder schlechte Wohnbedingungen) machen deutlich, dass eine kleinräumige Sozialberichterstattung Voraussetzung ist, um ungleich verteilte Lebens- und Handlungschancen in einer Kommune überhaupt zu erkennen und zu einer Sozialraumorientierung mit entsprechender Prioritätensetzung bei Interventionen zu kommen, z. B. die knappen Mittel für Schulsozialarbeit bevorzugt in Stadtgebieten mit hoher Kinderarmut, schlechtem Gesundheitszustand der Kinder und hohem Zuwanderungsanteil einzusetzen.

Die Sozialplanerin Silke Mardorf schreibt dazu: „Erst in der Kommunikation und Auseinandersetzung mit den Sozialdaten werden statistische Bezugsräume zu flexiblen Partizipations- und Bewältigungsräumen oder politischen Räumen, in denen sich Bürgerengagement entfaltet.“⁴⁰ Möglichkeiten zur Konfrontation der Ergebnisse des Sozialberichts mit den subjektiven Sozialräumen sind z. B. Stadtteilkonferenzen oder Veranstaltungen in den Gemeinden, Armutskonferenzen, Austausch mit der Gemeinwesenarbeit und Schlüsselpersonen vor Ort. Daraus können sich weitere Schritte ergeben: Gemeinsame Erarbeitung von räumlich konkreten Handlungsempfehlungen, Ergänzung durch qualitative und tiefenschärfere Analysen (wie Ressourcenanalysen, Netzwerkkarten) und Aktivierung der Wohnbevölkerung.

Beteiligungsorientierung

Bei der integrierten Sozialberichterstattung handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, die zunächst eine Einbindung der relevanten kommunalen Fachabteilungen erfordert.

Zudem ist anzuraten, die Träger der freien Wohlfahrtspflege und auch relevante Bürger- und Selbsthilfeeinitiativen zu beteiligen – bei der Problemformulierung wie bei der Lieferung von Daten (z. B. Wohlfahrtsverbände) und insbesondere im Nachgang bei der Ableitung von Handlungsempfehlungen.

Darüber hinaus geht es aber auch um eine Einbeziehung der betroffenen Menschen. Die subjektive Perspektive etwa Armutsbetroffener, alter Menschen oder von Menschen mit Behinderungen ergänzt die Befunde des Sozialberichts ganz wesentlich – zumal zu vielen Aspekten keine statistischen Daten vorliegen. Die Lebenswelten der Menschen in ihrem Sozialraum, ihrer Familie, ihrem Stadtteil können durch qualitative Methoden erhoben werden und direkt in den Sozialbericht eingefügt werden – was allerdings einen nicht unerheblichen Aufwand erfordert und auch nicht fortschreibungsfähig ist. Insbesondere aber geht es darum, die Perspektiven und den (selten eindeutigen) Willen der Betroffenen bei der Entwicklung von Maßnahmekonzepten miteinzubeziehen. Eltern kleiner Kinder können wertvolle Hinweise für die Spielplatzplanung geben, Menschen mit Gehbehinderungen Barrieren benennen oder ältere Menschen auf Pflegedefizite hinweisen. Sozialberichte können so zum Ausgangspunkt partizipativer Stadtentwicklung werden.

ENDNOTEN

- ¹ Z. B. Gottschalk 2019, KGSt 2011, Burmester 2011, Bartelheimer 2007, Mardorf 2006, Meier-Gräwe, Dom & Mardorf 2005, Lutz 2003.
- ² KGSt 2009
- ³ Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.) 2018
- ⁴ IBN 2005
- ⁵ Meier-Gräwe, Dom & Mardorf 2005
- ⁶ Sozialbericht Stadt Hildesheim. Pilotstudie 2019 (Oertzen u. a. 2019) und Sozialprofil 2019. Landkreis Hildesheim (Döring u. a. 2019)
- ⁷ Vgl. Bartelheimer 2015, S. 25ff., Mardorf 2006
- ⁸ Bartelheimer 2015, S. 25
- ⁹ Vgl. Hartwig (2009)
- ¹⁰ Gottschalk 2019, NRW.ProjektSoziales 2018, DV 2011, S. 4, KGSt 2011, S. 31, VSOP 2008, S. 7
- ¹¹ www.vsoop.de, 9.1.19
- ¹² Dohmen-Burk 2019, Meier-Gräwe, Dom & Mardorf 2005, Bartelheimer 2015, Mardorf 2006, KGSt 2009
- ¹³ Dohmen-Burk 2019
- ¹⁴ Bartelheimer 2015, S. 24
- ¹⁵ Mardorf 2006, S. 235ff, Expertengespräch Deutscher Präventionstag (26.10.17)
- ¹⁶ Vgl. Barlösius 2001, S. 78
- ¹⁷ Vgl. Atkinson u. a. 2002
- ¹⁸ Mardorf 2006, S. 25
- ¹⁹ Datenreport 2018, S. 15
- ²⁰ Vgl. HSBN 2018, S. 206
- ²¹ Vgl. Schmitz-Veltin/Bulenda 2017; Böhmer 2015, S. 28, 91f
- ²² Vgl. z. B. OECD 2008; SVR 2014, 2018; Müller 2015
- ²³ Vgl. Çinar 2010
- ²⁴ Zur genaueren Beschreibung der Gruppen vgl. die Reihe „Schutzsuchende. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters“ des Statistischen Bundesamtes
- ²⁵ Mardorf 2006, S. 201
- ²⁶ Das nutzt z. B. der Landkreis Gifhorn.
- ²⁷ Vgl. <https://infosys.iab.de/infoplattform/>
- ²⁸ Vgl. Atlas der Arbeit 2018, S. 12
- ²⁹ Vgl. Expertengespräch bei der Bundesagentur für Arbeit
- ³⁰ Vgl. Landeshauptstadt Hannover 2018, S. 111
- ³¹ Vgl. IBN 2016
- ³² In Niedersachsen werden die Schuleingangsuntersuchungen durch die Kinder- und Jugendärztlichen Dienste der Landkreise, der Region Hannover und der kreisfreien Städte durchgeführt. Es haben sich zwei Anwendergemeinschaften gebildet, die dabei nach leicht abweichenden, aber mittlerweile vergleichbaren Untersuchungsmodellen „Weser-Ems“ und SOPHIA (Sozialpädiatrisches Programm Hannover Jugendärztliche Aufgaben) vorgehen. Seit einigen Jahren haben beide Anwendergemeinschaften Teile des in Nordrhein-Westfalen entwickelten SOPESS (Sozialpädiatrisches Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen) in ihre Untersuchungen aufgenommen, und mehrere Kommunen verwenden es vollständig (z. B. Region Hannover 2018), sodass die interkommunale Vergleichbarkeit nicht mehr in allen Aspekten gegeben ist (vgl. NLGA 2018, S. 8f).
- ³³ Vgl. zum Vorgehen: Landkreis Gifhorn 2018
- ³⁴ Vgl. Landkreis Gifhorn 2018, S. 40
- ³⁵ Vgl. Mardorf 2006, S. 216ff
- ³⁶ Vgl. Heintze, Esche & Haubold 2019
- ³⁷ Daten für Hannover von 2011 (Landeshauptstadt Hannover 2013, S. 59f)
- ³⁸ KGSt 2011; eine Kurzbeschreibung, die auch Besonderheiten in Kreisen thematisiert, findet sich in NRW. ProjektSoziales (Hrsg.) 2016
- ³⁹ NRW.ProjektSoziales (Hrsg.) 2016, S. 6
- ⁴⁰ Mardorf 2010, S. 83

LITERATUR

- Atkinson, Tony/Cantillon, Bea/Marlier, Eric/Nolan, Brian (2002): Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford: University Press
- Atlas der Arbeit (2018). Daten und Fakten über Jobs, Einkommen und Beschäftigung. Hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der Hans-Böckler-Stiftung. Paderborn
- Barlösius, Eva (2001): Das gesellschaftliche Verhältnis der Armen – Überlegungen zu einer theoretischen Konzeption einer Soziologie der Armut. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): Die Armut der Gesellschaft. Opladen. S. 69–96
- Bartelheimer, Peter (2007): Der Sozialraum in Sozialer Arbeit und kommunaler Sozialberichterstattung. In: Kessel, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Territorialisierung des Sozialen, Regieren über soziale Nahräume. Opladen/Farmington Hills. S. 273–294
- Bartelheimer, Peter (2015): Sozialberichterstattung für Hamburg. Eine Expertise im Anschluss an den Hamburger Sozialbericht 2014. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)
- Böhmer, Anselm (2015): Verfahren und Handlungsfelder der Sozialplanung. Grundwissen für die Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS
- Bundesagentur für Arbeit (2018): Statistik erklärt. Nürnberg <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Kurzinformationen/Generische-Publikationen/Statistik-erklart/Statistik-erklart.pdf> (Zugriff: 26.02.2019)
- Burmester, Monika (2011): Sozialraumbezogene Sozialplanung und Sozialberichterstattung. In: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS. S. 306–316
- Çinar, Safer (2010): Wer hat einen „Migrationshintergrund“? Über den verwirrenden Umgang mit diesem Begriff. In: Heinrich Böll Stiftung: Bis in die dritte Generation? Lebensrealitäten junger MigrantInnen. Dossier. S. 17–18
- Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Döring, Christoph/Oertzen, Susanna von/Bostel, Birke von/Kortmann, Johanna (2019): Sozialprofil 2019. Landkreis Hildesheim. Eine Pilotberichterstattung des EU-EFRE geförderten Forschungsprojekts MONIKOM. Hildesheim: HAWK
- Dohmen-Burk, Renate (2019): Sozialberichterstattung. In: Gottschalk, Ingo (Hrsg.) (2019): VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS. S. 83–111
- DV Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2011): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. Berlin
- Eberle, Jan (2019): Schutzsuchende. Ein Konzept zur Quantifizierung des Bestands an Ausländerinnen und Ausländern, die sich aus humanitären Gründen in Deutschland aufhalten. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik. 1/2019. S. 19–34
- Ernst, Berthold/Soyka, Dirk (2003): Kleinräumige Bevölkerungsvorberechnung für Niedersachsens Gemeinden. In: Niedersachsen-Monitor 2003. S. 54–63
- Gottschalk, Ingo (Hrsg.) (2019): VSOP Kursbuch Sozialplanung. Orientierung für Praxis und Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS
- Hartwig, Jürgen (Hrsg.) (2009): Sozialmonitoring – Steuerung des demografischen und sozialen Wandels. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Heintze, Isolde/Esche, Tabea/Haubold, Friederike (2019): Theorie-Praxis-Transfer zwischen Hochschule und Landkreis. Sozialberichterstattung als Teil der Integrierten Sozialplanung. In: Soziale Arbeit 2.2019. S. 59–65
- HSBN Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen (2018). Hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Hannover
- IBN Integrierte Berichterstattung Niedersachsen (2005): Kennzahlen zur Sozialstruktur. Münster: Gesellschaft für soziale Innovation und Informationstechnologie
- IBN Integrierte Berichterstattung Niedersachsen (2016): Informationsplattform <https://www.ib-niedersachsen.de/display/IW/IBN+-+Info#IBN-Info-1.WasistdieIBN> (Zugriff: 26.02.2019)
- KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2009): Sozialmonitoring. Materialien Nr. 4/2009. Köln
- KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (2011): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen (im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen). Düsseldorf
- Kreisstadt Unna (2017/2018): Integrierte Berichterstattung. Unna: Stabsstelle Kommunale Sozialplanung und Statistik
- Landeshauptstadt Hannover (2013): Sozialbericht 2013. Soziale Lagen und Soziale Räume. Hannover: Jugend- und Sozialdezernat, Koordinationsstelle Sozialplanung
- Landeshauptstadt Hannover (2018): Sozialbericht 2018. Soziale Lagen, Stadtteile und Generationen. Hannover: Sozial- und Sportdezernat, Koordinationsstelle Sozialplanung

- Landeshauptstadt Kiel (2017): Sozialbericht 2017. Daten für Taten. Kiel: Dezernat für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport
- Landkreis Gifhorn (2013): Sozialbericht 2012. Gifhorn: Fachbereich Soziales, Sozialplanung
- Landkreis Gifhorn (2018): Pflegebericht 2018. Gifhorn: Sozialplanung und Sozialkoordination
- Landkreis Göttingen (2014): Demografiebericht 2014. Göttingen: Demografiemanagement
- Landkreis Görlitz (2017): Sozialstrukturatlas 2017. Görlitz: Dezernat für Gesundheit und Soziales, Integrierte Sozialplanung
- Landkreis Mittelsachsen (2016): 1. Sozialbericht für den Landkreis Mittelsachsen 2010 bis 2014. Mittweida: Geschäftskreis Soziales und Gesundheit in Zusammenarbeit mit Hochschule Mittweida, Fakultät Soziale Arbeit
- Landkreis Verden (2017): Sozialatlas. Verden (Aller): Fachdienst Jugend und Familie
- Lutz, Ronald (2003): Von „Datenfriedhöfen“ und „Hofberichten“ zu einer integrierten und lebenslagenbezogenen Berichterstattung. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. 54. Jg., H. 2. S. 4–11
- Mardorf, Silke (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden
- Mardorf, Silke (2010): Raum – Daten – Kommunikation. In: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald/Mardorf, Silke/Rund, Mario (Hrsg.): Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven Integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt am Main. S. 73–93
- Meier-Gräwe, Uta/Dom, Markus/Mardorf, Silke (2005): Entwicklung eines lebenslagen- und haushaltsbezogenen Datenmodulsystems zur Qualifizierung von kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattungsprojekten (ELHDAMO). Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Gießen
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2018): Praxisleitfaden Kommunale Armuts- und Sozialberichterstattung. Stuttgart: Statistisches Landesamt, Familienforschung
- Müller, Annekathrin (2015): Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Strategien zum Nachweis rassistischer Benachteiligungen. Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin
- NLGA Niedersächsisches Landesgesundheitsamt (2018): Kindergesundheit im Einschulungsalter. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2017. Hannover
- NRW.ProjektSoziales (Hrsg.) (2018): Strategische Sozialplanung (Verf.: Bartling, Lisa). FSA Infogramm No. 1
- OECD (2008): OECD Beschäftigungsausblick 2008. Die deutsche Situation im Vergleich www.oecd.org/employment/emp/40938563.pdf (Zugriff: 12.11.2018)
- Oertzen, Susanna von/Döring, Christoph/Harth, Annette/Litges, Gerhard (2019): Sozialbericht Stadt Hildesheim. Pilotstudie 2019 (unter Mitarbeit von Johanna Kortmann und Birke von Borstel). Hildesheim: HAWK
- Region Hannover (2014): Schuleingangsuntersuchung Band I – 2014. Hannover: Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin
- Region Hannover (2015): Sozialbericht 2015. Soziale Lagen in der Region Hannover. Hannover: Dezernat für Soziale Infrastruktur. Stabsstelle Sozialplanung
- Region Hannover (2018): Themenfeldbericht Prävention 2018. Gesundheit im Kleinkind- und Vorschulalter. Ergebnisse Schuleingangsuntersuchungen, Kita-Konzept und Zahngesundheit. Hannover: Team Sozialpädiatrie und Jugendmedizin, Team Zahnärztlicher Dienst und Jugendzahnpflege
- Schmitz-Veltin, Ansgar/Bulenda, Norman (2017): Der Migrationshintergrund in der Kommunalstatistik. Möglichkeiten und Grenzen registergestützter Daten. In: sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit. Titelthema Sozialplanung. H. 5.–6.2017. S. 56–64
- Stadt Braunschweig (2016): Sozialatlas. Stadtteilprofile 2016. Braunschweig: Sozialreferat
- Stadt Gießen (2009): Sozialstrukturatlas (Verf.: Uta Meier-Gräwe, Diana Löser). Gießen: Magistrat
- Stadt Göttingen (2015): Statistischer Sozialbericht. Göttingen: Referat Statistik und Wahlen
- Stadt Oldenburg (2013): Demografiebericht 2013. Autor: Marco Schmidt. Oldenburg: Stabsstelle Demografie
- Stadt Osnabrück (2015): Sozialmonitoring Osnabrück 2015. Osnabrücker Beiträge zur Stadtforschung. Osnabrück: Strategische Stadtentwicklung und Statistik
- Stadt Wolfsburg (2014): Sozialbericht Wolfsburg 2014. Wolfsburg: Geschäftsbereich Soziales und Gesundheit
- SVR-Forschungsbereich Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014): Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven. Berlin
- SVR-Forschungsbereich Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018): „Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?“ Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland. Berlin
- SVR Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Integrationsbarometer (erscheint seit 2014 alle zwei Jahre). Berlin
- VSOP Verein für Sozialplanung (2008): Kompass Sozialplanung 2008. Zwischen Gestaltung und Verwaltung im Reformprozess. Speyer



ANHANG

Praxispartner/innen**Stadt Hildesheim**

- Malte Spitzer, Dezernent für Jugend, Soziales, Schule und Sport
- Franz Glomm, Wahlen und Statistik
- Sabine Hartung, Bildungskoordinatorin
- Renate Pischky-Winkler, Stabsstelle Demographie und Inklusion
- Nina Reimers, Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte

Landkreis Hildesheim

- Ulrich Wöhler, Dezernent für Soziales, Jugend, Sport und Gesundheit
- Margret Schmidt, Fachdienstleiterin Sozialhilfe
- Manuel Stender, Sozialamt, Strukturplanung Senioren

Caritasverband für Stadt und Landkreis Hildesheim e.V.

- Dr. John Coughlan, Vorstand

Diakonie in der Region Hildesheim

- Matthias Böning, Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Hildesheim-Alfeld (Leine) e.V.

- Gökhan Gürçan, Geschäftsführer

Landeshauptstadt Hannover

- Dr. Silke Mardorf, Koordinationsstelle Sozialplanung
- Elke Saueremann, Koordinationsstelle Sozialplanung

Region Hannover

- Jörg Gapski, Leiter Stabsstelle Sozialplanung

Landkreis Gifhorn

- Torsten Haf, Sozialplanung

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

- Andreas Böer, Stellvertretender Leiter des Referats Grundsatzangelegenheiten der Sozialpolitik, soziales Entschädigungsrecht, Sozialhilfe, Grundsicherung; auch zuständig für die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen

Ihnen gilt unser besonderer Dank für die kontinuierliche Begleitung des Projekts und die Teilnahme an diversen Workshops!

Darüber hinaus danken wir **weiteren Expert/inn/en** für ihre hilfreichen Anregungen in umfangreichen Interviews, schriftlichem und telefonischem Austausch:

- Julia Binkowski (Leitung Sozialplanungsreferat, Landkreis Cuxhaven)
- Volker Dubberke (Projektentwicklungsbüro „Strategie Konzept Projekt“, Stadt Nienburg)
- Peter Falten (Jugendhilfe- und Sozialplanung, Landkreis Stade)
- Erik Feßler (Leiter Statistik und Wahlen, Stadt Göttingen)
- Tobias Frank (Jugendhilfeplanung, Landkreis Holzminden)
- Alexandra Girod-Blöhm (Sozialplanung, Landkreis Helmstedt)
- Prof. Dr. Ulrich Harteisen (HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Fakultät Ressourcenmanagement)
- Dr. Claudia Heinkelmann (Leitende Projektmanagerin, Deutscher Präventionstag)
- Jens Hoffmann (Statistik-Service Nordost der Bundesagentur für Arbeit)
- Daniela Jeksties (Demografie und Sozialplanung, Landkreis Göttingen)
- Susanne Jungkunz (Strategische Sozialplanung, Stadt Oldenburg)
- Simon Krüger (Geoinformation, Vermessung und Statistik, Stadt Wilhelmshaven)
- Dr. Bettina Langenbruch (Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Landkreis Hildesheim)
- Arne Lehmann (Landesamt für Statistik, Handlungsorientierte Sozialberichterstattung, Soziale Mindestsicherung in der LSN-Online-Datenbank)
- André Nickel (Leiter Jugendhilfeplanung, Landkreis Verden)
- Dr. André Benedict Prusa (Regionalentwicklung, Landkreis Uelzen)
- Dr. Stephanie Saleth (Leiterin Familienforschung Baden-Württemberg im Landesamt für Statistik Baden-Württemberg)
- Sarah Schreiber (Projektmanagerin Regionale Daseinsvorsorge/Urban-Rural-Solutions, Landkreis Göttingen)
- Dr. Henning Schridde (Statistik-Service Nordost der Bundesagentur für Arbeit)
- Silke Thorey-Elbers (Fachgruppenleiterin Soziale Hilfen, Stadt Soltau)
- Barbara Weissenborn (Projektentwicklungsbüro „Strategie Konzept Projekt“, Stadt Nienburg)



MERKMALS- UND INDIKATORENSET

Merkmals- und Indikatorenset für die Sozialberichterstattung in kleineren Städten und Landkreisen

Vorab einige Hinweise:

- **BA**
ist die Abkürzung für Bundesagentur für Arbeit. Der Statistik-Service Nordost stellt wichtige regionalisierte Daten kostenfrei online oder auf Anfrage und für geringe Summen besondere Auswertungen zur Verfügung (vgl. Info-Kasten 5). Die BA verwendet eine eigene begriffliche Systematik, die ausführlich im [Glossar für die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit](#) dokumentiert ist.
- **Bevölkerung (EW)**
sind in der Regel Einwohner/innen am Ort der Hauptwohnung.
- **Kreis/kreisfreie Stadt**
beinhaltet auch die Region Hannover (auch wenn diese eine besondere Rechtsform hat) sowie Göttingen und die Landeshauptstadt Hannover (auch wenn diese einen Sonderstatus haben). Bisweilen gibt es auch die Kategorie **große Stadt**, die sich in der Regel auf Mittelstädte bis ca. 50.000 EW bezieht.
- **LSN**
steht für [Landesamt für Statistik Niedersachsen](#). Im Internet findet sich unter [LSN-Online](#) eine kostenlose Regionaldatenbank. Diese ist ein lebendiges System, das fortlaufend aktualisiert und auch verändert wird. Die folgenden Angaben (z. B. zum Fundort bestimmter Daten in der Systematik) beziehen sich auf den Stand Ende 2018. Das LSN kann darüber hinaus auch Sonderauswertungen vornehmen, die ggfs. kostenpflichtig sind. Informationen über https://www.statistik.niedersachsen.de/wir_ueber_uns/kontakt/kontakt-120962.html
- **Stichtage**
Für Zeitreihen ist die Verwendung eines gleichbleibenden Stichtages zu empfehlen. In der Mehrzahl der Fälle sollte das der 31.12. des Vorjahres sein. Ausnahme sind die Beschäftigungsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit, wo der 30.6. anzusetzen ist. Dieser repräsentiert in der Regel den Jahresdurchschnittswert sehr gut (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2018, S. 85).

1 DEMOGRAFISCHE GRUNDDATEN

1.1 Bevölkerungsstruktur

1.1.1 Bevölkerungsstand

Gesamtbevölkerung	
Aussage	Gesamtzahl der Einwohner/innen (EW)
Berechnung	Menschen mit Hauptwohnsitz in der Kommune, absolute Zahl
Differenzierung	Männer/Frauen (weitere Differenzierungen im Folgenden)
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online (Die Zahlen unterscheiden sich geringfügig voneinander. Die „amtlichen“ Bevölkerungszahlen des LSN beruhen auf Fortschreibungen von Zensusdaten, werden aber mit Zeitverzug veröffentlicht)
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag Jahresende des Vorjahres, lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; kleinräumige Verteilung der EW als thematische Karte, 5–6 Größenklassen von hoher (dunkle Färbung) bis niedriger (helle Färbung) EW-Zahl
Anmerkung	Die Zahl der EW mit Nebenwohnsitz könnte ggf. auch interessant sein.

Bevölkerungsprognose	
Aussage	Voraussichtliche Bevölkerungszahl in den kommenden Jahren (falls die Entwicklung so weitergeht wie in den vergangenen 5 Jahren). Hinweis auf Infrastrukturbedarf
Berechnung	Vorausberechnung des LSN bis 2021 und 2025; Fortschreibungsmethode: „Um die Entwicklung der Zahl der Einwohner in den niedersächsischen Gemeinden abschätzen zu können, wird eine Projektion der Entwicklung der vergangenen fünf Jahre in die Zukunft vorgenommen; es wird also angenommen, dass sich Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungsbewegungen in den folgenden fünf bzw. zehn Jahren genauso entwickeln werden wie in den vergangenen fünf Jahren. (...) Nur ist eben derzeit nicht absehbar, ob sich der Wanderungssaldo stark verändern wird. Wenn einzelne Gemeinden wissen, dass sie beispielsweise aufgrund der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben einen stärkeren Bevölkerungszuwachs haben, müssen sie die Ergebnisse für ihre Gemeinde anpassen. Das hier vorgestellte Verfahren zeigt, was passiert, wenn nichts passiert. (...) Die Bevölkerung wird in Größenklassen von je fünf Altersjahrgängen zusammengefasst. Berechnet wird jeweils die Bevölkerung fünf bzw. zehn Jahre voraus, die einzelnen Größenklassen altern also jeweils um eine Klasse.“ (Ernst/Soyka 2013, S. 54f)
Differenzierung	Männer/Frauen und Altersgruppen (bei LSN: 0–4, 5–14, 15–24, 25–44, 45–64, 65+)
Datenquelle	LSN: Kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Grundlage: aktuelle Bevölkerungszahl (Stichtag Jahresende des Vorjahres), Vorausberechnung für 5 bzw. 10 Jahre
Darstellungstipps	Prognosen sollten nur mit erklärendem Text präsentiert werden, der die Grenzen der Aussagekraft hervorhebt (Beispiel: plötzliche Zuwanderung geflüchteter Menschen)
Anmerkung	Eigene Prognosen, die auf die kommunale Spezifik eingehen, sind vorzuziehen. Generell sind Prognosen keine Vorhersagen der Zukunft, sondern zeigen mögliche Entwicklungen auf, die auf heutiger Kenntnis der Fakten beruhen.

1.1.2 Altersstruktur

Altersgruppen	
Aussage	Verteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen. Hinweis auf Infrastrukturbedarf
Berechnung	Absolute Zahl und Anteile der EW am Ort der Hauptwohnung nach Altersgruppen (z. B. 0–2, 3–5, 6–9, 10–14, 15–17, 18–24, 25–29, 30–44, 45–64, 65–79, 80+)
Differenzierung	Männer/Frauen; Ausländeranteil an jeweiliger Altersgruppe wäre wünschenswert
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag Jahresende des Vorjahres, lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Unterscheidung nach 3 Generationen: junge (0–17), mittlere 18–64, ältere (65+); Analyse der räumlichen Verteilung und zeitlichen Entwicklung ausgewählter interessierender Altersgruppen, z. B. Kinder, Hochbetagte (80+) (vgl. z. B. Stadt Wolfsburg 2014) oder Generationen (vgl. z. B. Landeshauptstadt Hannover 2018) Kleinräumige Darstellungen der Anteile der Generationen in thematischen Karten, Altersstrukturveränderung im Zeitpunktvvergleich (10 oder 5 Jahre zurück) als Balkendiagramm
Anmerkung	Für einen schnellen Überblick könnte sich auch das Durchschnittsalter innerhalb einer Kommunen eignen.

Jugendquotient – Altenquotient – Gesamtquotient

Aussage	Jugendquotient: Verhältnis von jungen Menschen zur mittleren Altersgruppe; wird zur Darstellung der Versorgungsaufgaben (z. B. Betreuung, Bildung, Ausbildung) der potenziell erwerbstätigen mittleren Generation gegenüber der potenziell noch nicht erwerbstätigen jüngeren Generation verwendet. Altenquotient: Verhältnis von älteren Menschen zur mittleren Altersgruppe; wird zur Darstellung der Versorgungsaufgaben (z. B. Unterstützung bei Einschränkungen) der potenziell erwerbstätigen mittleren Generation gegenüber der potenziell nicht mehr erwerbstätigen älteren Generation verwendet. Gesamtquotient: Verhältnis von jungen und älteren Menschen zur mittleren Altersgruppe; wird zur Darstellung der Versorgungsaufgaben der potenziell erwerbstätigen mittleren Generation gegenüber den potenziell nicht mehr erwerbstätigen Generationen verwendet.
Berechnung	Jugendquotient: $EW < 20 / EW 20-64$ Altenquotient: $EW > 64 / EW 20-64$ Gesamtquotient: $(EW < 20 + EW > 64) / EW 20-64$
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag Jahresende des Vorjahres, lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Zeitreihe der drei Quotienten (z. B. 10 Jahre) als Liniendiagramm; kleinräumig: aktuelle Quotienten als Balkendiagramm (sind diese gestapelt, stellen sie gemeinsam auch die Ausprägung des Gesamtquotienten dar)
Anmerkung	In der Zeitreihendarstellung können die Quotienten zur Analyse demografischer Trends genutzt werden.

1.1.3 Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund

Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
Aussage	Einwohner/innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Hinweis auf Integrationsherausforderungen
Berechnung	Absolute Zahl und Anteil an allen EW

Differenzierung	Männer/Frauen, Altersgruppen
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online (unter EVAS – Bevölkerungsstand 124 – Tab. Z100002V). Die Fortschreibungsdaten des LSN unterscheiden sich von denen des Ausländerzentralregisters.
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: Stichtag Jahresende des Vorjahres; LSN-Online: Stichtag Jahresende des Vorjahres, lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm parallel zur Gesamtbevölkerungszahl; für aktuelle Werte Vergleich mit anderen Kommunen/Landkreisen/Gesamtwert Niedersachsen als Säulendiagramm; kleinräumig: Ausländerzahl/-anteil als Balkendiagramm oder thematische Karte
Anmerkung	Falls kein Programm zur Generierung des Migrationshintergrunds (z. B. MigraPro) eingesetzt wird, kann als Annäherung verwendet werden: Ausländische Bevölkerung plus deutsche Bevölkerung mit weiterer Staatsangehörigkeit

Hauptherkunftsländer der ausländischen Bevölkerung

Aussage	Die 10 häufigsten Staatsangehörigkeiten der ausländischen Einwohner/innen. Hinweis auf Integrationsherausforderungen
Berechnung	Absolute Zahlen, Anteile an allen ausländischen Einwohner/innen
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online (Erhebung vom Ausländerzentralregister): Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: 31.12.; LSN-Online: starker Zeitverzug, Zeitreihe seit 1990
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm für z. B. ausgewählt 5 häufigste Herkunftsnationalitäten
Anmerkung	Die Gesamtzahl der Ausländer/innen aus der Fortschreibung des LSN unterscheidet sich von der Gesamtzahl aus dem Ausländerzentralregister.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Aussage	Bevölkerung mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte. Hinweise auf Integrationsherausforderungen
Berechnung	Eigene Generierung (zur genauen Definition vgl. Info-Kasten 4) LSN: Mikrozensus-Definition: Alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/innen und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer/in in Deutschland geborenen Elternteil.
Differenzierung	Bei eigener Generierung: Männer/Frauen, Altersgruppen
Datenquelle	Eigene Statistikstelle (mit entsprechender Software) LSN: Mikrozensus-Seite (Regionaldaten – Bevölkerung nach Migrationsstatus) LSN-Online (unter Regionalmonitoring – Bevölkerung – Bevölkerungsstand (nur Anteile))
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Statistik: regionalisierbar; LSN: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Statistik: Stichtag Jahresende des Vorjahres LSN-Mikrozensus-Seite: Stichtag Jahresende des Vorjahres LSN-Online: dieselben Daten mit mehr Zeitverzug; Zeitreihe seit 2005
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; kleinräumige Verteilung des Anteils als thematische Karte, 5–6 Größenklassen von hohem (dunkle Färbung) bis niedrigem (helle Färbung) Anteil

Geflüchtete Menschen

Aussage	Schutzsuchende Zugewanderte. Hinweis auf Integrationsherausforderungen
---------	--

Berechnung	Absolute Zahlen und Anteil an EW
Differenzierung	Im Integrationsmonitoring Niedersachsen werden „Geflüchtete und geduldete Personen insgesamt“ in 3 Gruppen unterteilt: – mit Niederlassungserlaubnis – mit befristeter Aufenthaltserlaubnis (davon: 1. Asylberechtigte/Flüchtlinge nach Genfer Flüchtlingskonvention, 2. Kontingentflüchtlinge, 3. Subsidiärer Schutz, 4. Unmöglichkeit der Ausreise aus rechtl. oder tats. Gründen, 5. Bleiberecht (Aufenthaltsgewährung)/Opfer von Menschenhandel u. organisierter Schwarzarbeit, 6. dringende persönliche o. humanitäre Gründe/Härtefälle, 7. Aufenthaltsgestattung für das Asylverfahren) – mit Duldung (zur genaueren Beschreibung der Gruppen vgl. Eberle 2019)
Datenquelle	Kommunale Ausländerbehörde; Integrationsmonitoring Niedersachsen (erarbeitet vom LSN, hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, basierend auf Daten aus dem Ausländerzentralregister)
Kleinste räumliche Ebene	Kommunale Ausländerbehörde: kreisangehörige Kommunen; Integrationsmonitoring: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Kommunale Ausländerbehörde: Stichtag Jahresende des Vorjahres; Integrationsmonitoring: 2015, Zeitvergleich zu 2010 möglich
Darstellungstipps	Zeitreihen als Linien- oder (gruppierte) Säulendiagramm; bzgl. Differenzierungen (Statusgruppen; abs./rel.) kann sich auch eine tabellarische Darstellung anbieten

1.2 Bevölkerungsentwicklung

1.2.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Sterbefälle – Geburten – Saldo	
Aussage	Hinweis auf demografischen Wandel
Berechnung	Absolute Zahlen der Lebendgeborenen und der Gestorbenen; Saldo pro 100 EW
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: vergangenes Jahr; LSN-Online: vergangenes Jahr, lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Zeitreihe Geborene/Gestorbene als Säulendiagramm mit eingefügter Zeitlinie für die Saldowerte

Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren	
Aussage	Hinweis auf die Bereitschaft, Kinder zu bekommen.
Berechnung	Lebendgeborene je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 50 Jahren Geburten/Frauen (15–49) x 1.000
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online (Tab. Z1101036)
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar; LSN: Kreis/kreisfreie Stadt/große Stadt. Für kleinere Kommunen kann ersatzweise verwendet werden: Geburten je 1.000 EW
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: vergangenes Jahr; LSN-Online: vergangenes Jahr, Zeitreihe seit 2011
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; bei zu starker Differenzierung erhöht sich die Gefahr Ausreißerwerte zu betonen; ggf. auch nur in Textform darzustellen

Anmerkung	Manchmal wird die Altersgrenze bei unter 45 Jahren gesetzt, aber mittlerweile ist der Anteil von Frauen gestiegen, die zwischen 45 bis unter 50 Jahren Kinder bekommen, sodass eher die 50-Jahres-Grenze gewählt wird – beides ist aber gebräuchlich.
-----------	---

1.2.2 Wanderungen

Zuwanderungen – Abwanderungen – Wanderungsbilanz	
Aussage	Hinweis auf Infrastrukturanforderungen und auf Attraktivität der Kommune
Berechnung	Absolute Zahlen der zugewanderten und abgewanderten EW; Saldo pro 1.000 EW
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: vergangenes Jahr; LSN-Online: vergangenes Jahr; Zeitreihe wegen methodischer Änderungen vor 2016 nur bedingt möglich
Darstellungstipps	Zeitreihe als Säulendiagramm im Verbund mit einer Diagrammlinie für jährliche Wanderungssalden

Zuwanderungen und Abwanderungen nach Motivgruppen	
Aussage	Hinweis auf Attraktivität der Kommune für bestimmte Bevölkerungsgruppen
Berechnung	Absolute Zahlen, Salden: Familienwanderer (0- bis unter 18-Jährige + 30- bis unter 50-Jährige), Bildungswanderer (18- bis unter 25-Jährige), Arbeitsmarktwanderer (25- bis unter 30-Jährige), Empty-Nest-Wanderer (50- bis unter 65-Jährige), Ruhestandswanderer (ab 65-Jährige) (Altersgruppen müssen aus den vorhandenen Angaben addiert werden)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Melderegister: vergangenes Jahr; LSN-Online: vergangenes Jahr; Zeitreihe wegen methodischer Änderungen vor 2016 nur bedingt möglich
Darstellungstipps	Je Motivgruppe Zeitreihe als Säulendiagramm im Verbund mit einer Diagrammlinie für jährliche Wanderungssalden. Zur Gegenüberstellung nur der Wanderungssalden der einzelnen Motivgruppen eignet sich für eine Zeitreihe ein gemeinsames Liniendiagramm. Kleinräumig eignet sich eine Gesamtsaldodarstellung (für 10 o. 5 Jahre zurück) als Balkendiagramm.

1.3 Privathaushalte

Anzahl von Privathaushalten und Haushaltsgrößen	
Aussage	Privathaushalte sind eine zentrale Bezugseinheit von Sozialplanung und sollten in der Sozialberichterstattung möglichst aufgegriffen werden. Hinweise für Planung von Infrastruktur, Wohnungen, Präventionsmaßnahmen etc.
Berechnung	Eigene Generierung in der Statistikstelle (vgl. zum Verfahren HHGen Info-Kasten 4) Absolute Zahlen, Anteile an allen Haushalten; Haushalte nach Größe (1-, 2-, 3-, 4- 5 und mehr-Personenhaushalte), durchschnittliche Haushaltsgröße (EW/Haushalte)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Statistikstelle (mit entsprechender Software); Zensusdatenbank 2011 (Haushalte – Regionalergebnisse); LSN Mikrozensus-Ergebnisse (Regionaldaten – Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz)

Kleinste räumliche Ebene	Eigene Statistik: regionalisierbar; Zensusdatenbank 2011: Mitgliedsgemeinde (auf der herunterladbaren Excel-Datei); LSN-Mikrozensus: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Statistik: Turnus (Jahresende des Vorjahres); Zensus 2011 (nächster Zensus 2021; Daten aus dem Zensus sind zwar nicht aktuell, geben aber Aufschluss über die grundlegende Struktur der Haushalte, die in der Regel nicht kurzfristigen starken Schwankungen im Zeitverlauf unterliegt); LSN Mikrozensus-Ergebnisse (ca. 1 Jahr Verzug), dort auch Zeitreihe seit 2003
Darstellungstipps	Zeitreihe als Verbunddiagramm aus gruppiertem Säulendiagramm (Bevölkerung + Haushalte) auf einer Primärachse und einer Diagrammlinie für die berechneten Werte des Indikators Personen pro Haushalt auf einer Sekundärachse.

Haushaltstypen/Formen des Zusammenlebens	
Aussage	Privathaushalte nach dem Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern Hinweise für Planung von Infrastruktur, Wohnungen, Präventionsmaßnahmen
Berechnung	Eigene Generierung (vgl. zum Verfahren HHGen Info-Kasten 4) Absolute Zahlen; Anteile an Haushalten insgesamt und an Bevölkerung in HH insgesamt von 1. Einpersonenhaushalte (Männer/Frauen) 2. Paarhaushalte ohne minderjährige Kinder im HH 3. Paarhaushalte mit mind. 1 minderjährigen Kind im HH (nach Anzahl der Kinder) 4. Alleinerziehende (Männer/Frauen, nach Anzahl der Kinder) 5. Sonstige Haushalte
Differenzierung	Mindestens eine Person mit Migrationshintergrund
Datenquelle	Eigene Statistikstelle: Haushaltsgenerierung auf der Basis des Melderegisters
Kleinste räumliche Ebene	Regionalisierbar
Stichtag/Zeitreihe	Jährlicher Turnus
Darstellungstipps	Gestapelte Balken (absolute Werte der differenzierten Formen des Zusammenlebens) für die kleinräumige Darstellung. Für einen Zeitpunktvvergleich der Anteile (z. B. im 5-Jahresabstand) eignet sich die Gegenüberstellung zweier Kreisdiagramme oder eine Ringgrafik mit Innen- (vergangene Anteilsverteilung) und Außenring (aktuell). Für einzelne Kategorien der Formen des Zusammenlebens (z. B. Alleinerziehenden-HH) kann auch die thematische Kartendarstellung sinnvoll sein.

2 ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT

2.1 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	
Aussage	Einwohner/innen, die sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind (egal, ob in der Kommune oder außerhalb). Hinweis auf Arbeitsmarktintegration der Wohnbevölkerung
Berechnung	Absolute Zahl, Anteile verschiedener Gruppen an der Gesamtzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter berechnen, z. B. Anzahl weiblicher SvB am Wohnort/Gesamtzahl SvB am Wohnort x 100 Beschäftigtenquoten berechnen: Gesamtzahl bzw. Zahl der entsprechenden Gruppe von SvB am Wohnort/Gesamtzahl bzw. Anzahl entsprechende Bevölkerung (15–64 Jahre) x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch, unter 25 Jahre, über 55 Jahre
Datenquelle	BA Arbeitsmarkt kommunal oder LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte)
Kleinste räumliche Ebene	BA Arbeitsmarkt kommunal: nur Mitgliedsgemeinden; LSN-Online: alles bis hinunter zur Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; für das aktuelle Jahr Balkendiagramm (männlich/weiblich; U25; Ü55; deutsch/ausländisch) oder tabellarisch (ggf. zur Gegenüberstellung ein Zeitpunktvvergleich durch Rückblick auf Konstellation 5 Jahre zuvor); Beschäftigtenquote kleinräumig als thematische Karte (oder Tabelle mit Zeitpunktvvergleich und Veränderung)
Anmerkung	Für Kreise könnte es auch interessant sein, den Anteil derjenigen SvB am Wohnort zu berechnen, die auch in der jeweiligen Gemeinde ihren Arbeitsplatz haben (vgl. z.B. Region Hannover 2015, S. 95)

Beschäftigungsumfang (Vollzeit/Teilzeit) von Frauen und Männern	
Aussage	Sozialversicherungspflichtig vollzeit- bzw. teilzeitbeschäftigte Einwohnerinnen bzw. Einwohner. Hinweis auf geschlechterspezifisch unterschiedliche Chancen auf Arbeitsmarktintegration und Existenzsicherung, auf Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit sowie auf geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie
Berechnung	Absolute Zahlen; Teilzeitquoten berechnen: Anzahl teilzeitbeschäftigter Männer bzw. Frauen/Anzahl SvB Männer bzw. Frauen x 100
Differenzierung	Männer/Frauen
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Tabellarische Darstellung abs. Zahlen und rel. Anteile der Differenzierungskategorien; auch möglich: gestapelte (auf 100%) Balken- oder Säulendiagramme

Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner/innen	
Aussage	Berufliche Qualifikation (ohne beruflichen Abschluss, mit anerkanntem Berufsabschluss, mit akademischem Berufsabschluss, Ausbildung unbekannt) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort. Hinweis auf Qualifikationsstruktur der Wohnbevölkerung
Berechnung	Absolute Zahlen; Anteile je nach Fragestellung berechnen. Beispiel: Von X sozialversicherungspflichtigen teilzeitbeschäftigten EW haben Y% keinen Berufsabschluss.

Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch, Beschäftigte in Vollzeit/Teilzeit
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte, Tab. W70I5520)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt/große Stadt (mehr als 10.000 SvB)
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Anteilige Zusammensetzung der untersch. höchsten Ausbildungsabschlüsse als Kreis- oder Ringdiagramm. Für einen Zeitpunktvvergleich der Anteile (z. B. im 5-Jahresabstand) eignet sich die Gegenüberstellung zweier Kreisdiagramme oder eine Ringgrafik mit Innen-(vergangene Anteilsverteilung) und Außenring (aktuell). Bezüglich der möglichen Differenzierung bietet sich auch eine Tabelle an.

Auszubildende (unter der Wohnbevölkerung)	
Aussage	Auszubildende am Wohnort. Hinweis auf die Integration der Wohnbevölkerung in die betriebliche Ausbildung
Berechnung	Absolute Zahlen, Anteile Männer/Frauen bzw. deutsch/ausländisch berechnen: Anzahl entsprechende Gruppe unter den Azubis/Gesamtzahl der Azubis x 100
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Säulendiagramm, ggf. als Zeitreihe; bezüglich der möglichen Differenzierung bietet sich auch eine Tabelle an (z. B. mit einer Zeitpunktvvergleich-Gegenüberstellung)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	
Aussage	Personen, die in der Kommune sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind (egal, ob sie dort wohnen oder nicht). Hinweis auf Arbeitsplatzangebot in der Kommune, Indikator für die lokale Wirtschaftskraft
Berechnung	Absolute Zahlen, Anteile verschiedener Bevölkerungsgruppen an dieser Gesamtzahl
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch, unter 25 Jahre, über 55 Jahre
Datenquelle	BA Arbeitsmarkt kommunal oder LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte)
Kleinste räumliche Ebene	BA Arbeitsmarkt kommunal: nur Mitgliedsgemeinden; LSN-Online: alles bis hinunter zur Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; für das aktuelle Jahr Balkendiagramm (männlich/weiblich; U25; Ü55; deutsch/ausländisch) oder tabellarisch (ggf. zur Gegenüberstellung ein Zeitpunktvvergleich durch Rückblick auf Konstellation 5 Jahre zuvor)

Einpendelnde – Auspendelnde – Pendelsaldo	
Aussage	Einpendelnde: Personen, die in der Kommune („am Ort“) sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind, aber woanders wohnen Auspendelnde: Personen, die in der Kommune („am Ort“) wohnen, aber woanders sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind Pendelsaldo = Einpendelnde minus Auspendelnde. Ein positiver Pendelsaldo bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in die Kommune ein- als auspendeln. Hinweis auf Attraktivität des Arbeitsplatzangebots bzw. als Wohnstandort
Berechnung	Absolute Zahlen; Pendelgewinn bzw. -verlust pro 1.000 EW im erwerbsfähigen Alter berechnen: (Einpendelnde – Auspendelnde)/EW (15–64 Jahre) x 1.000 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)

Differenzierung	./.
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Arbeitsmarkt – Beschäftigte)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.06., ca. 1 Jahr Nachlaufzeit, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Alles in einer Übersicht (Abbildung) darstellen

2.2 Prekäre Beschäftigung

Working Poor (Erwerbstätigkeit plus ALG II)	
Aussage	Armut trotz Erwerbsarbeit: Personen, die mit ihrer Erwerbstätigkeit so wenig verdienen, dass sie zusätzlich ALG-II beziehen
Berechnung	Absolute Zahl; Anteil an Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB; 15 bis 64 Jahre) berechnen (Working Poor-Quote): Anzahl erwerbstätige ELB/Anzahl ELB gesamt x 100
Differenzierung	Männer/Frauen, ausländisch, < 25 Jahre
Datenquelle	BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen); Wegweiser Kommune : Working Poor-Quote (gesamt, männlich, weiblich) – hier allerdings als „Aufstocker“ bezeichnet.
Kleinste räumliche Ebene	Landkreis/kreisfreie Stadt; Wegweiser Kommune: Gemeinden über 5.000 EW
Stichtag/Zahlenreihe	BA: Stichtag 30.6. des Vorjahres, im Prinzip seit 2005 verfügbar, online z. Zt. ca. 30 Monate zurück einsehbar. Wegweiser Kommune: seit 2006 (3 Jahre Verzug)
Darstellungstipps	Sehr erhellend ist die Darstellung der Struktur der Leistungsbeziehenden nach SGB II insgesamt in einem Kreisdiagramm (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2013, S. 80): arbeitslos (SGB II), Kinder, Working Poor und Sonstige. Dabei wird deutlich, dass der Anteil Arbeitsloser unter den SGB II-Leistungsbeziehenden, der das Bild in der Öffentlichkeit bestimmt, vergleichsweise gering ausfällt.
Anmerkung	Manchmal werden die Working Poor fälschlicherweise als „Aufstocker“ bezeichnet. Aufstocker sind aber nach der Definition der BA Personen, die ALG II-Leistungen zusätzlich zum ALG I erhalten, weil dieses nicht ausreicht, um ihr Existenzminimum zu sichern. Die Working Poor werden in der Terminologie der BA als „Ergänzer“ bezeichnet.

Geringfügig entlohnte Beschäftigte („Minijobs“)	
Aussage	Geringfügige (hier definiert als geringfügig entlohnte) Beschäftigung (GeB)/Minijob am Wohnort: liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 450 € nicht überschreitet.
Berechnung	Absolute Zahlen; „Minijobquote“ berechnen: Geringfügig entlohnte Beschäftigte am Wohnort (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort + geringfügig Beschäftigte am Wohnort) x 100
Differenzierung	Ausschließlich geringfügig/im Nebenjob geringfügig beschäftigt; (außerdem in Wegweiser Kommune: Männer/Frauen, 65 und älter)
Datenquelle	BA Beschäftigtenstatistik (Hinweis: Keine Region angeben, sondern Gesamttabelle für Deutschland herunterladen und eigene Kommune herausuchen)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinden und Kreise (Werte für Samtgemeinden müssen aus den Werten der Mitgliedsgemeinden addiert werden)
Stichtag/Zahlenreihe	Stichtag 30.6. des Vorjahres, Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Gruppiertes Säulendiagramm (GeB insg./GeB im Nebenjob/auschl. GeB) ggf. als jeweiliger (z. B. 5-Jahres-)Zeitpunktvvergleich
Anmerkung	Die Bundesagentur für Arbeit zählt die „geringfügig Beschäftigten“ als Summe aus „geringfügig entlohnten Beschäftigten“ und „kurzfristig Beschäftigten“ (vgl. BA-Glossar) – die meisten präsentierten Daten, auch die hier empfohlenen Gemeindedaten, beziehen sich aber auf die Gruppe der geringfügig entlohnten Beschäftigten.

2.3 Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit	
Aussage	Einwohner/innen, die arbeitslos gemeldet sind. Hinweis auf fehlende Arbeitsmarktintegration der Wohnbevölkerung
Berechnung	Absolute Zahl; Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung (15–64 Jahre) berechnen: Arbeitslose/ EW 15–64 Jahre x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch, <25 Jahre, >55 Jahre, Langzeitarbeitslose (mehr als 1 Jahr arbeitslos) Interessant ist darüber hinaus der Anteil der Arbeitslosen nach den beiden Rechtskreisen: ALG I (SGB III) und Grundsicherung (SGB II).
Datenquelle	BA Arbeitsmarkt kommunal oder LSN Beschäftigtenstatistik
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde; Werte für Samtgemeinden müssen aus den Werten der Mitgliedsgemeinden addiert werden; Kreisdaten im BA Arbeitsmarktreport für Kreise und kreisfreie Städte
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich (Jahresdurchschnitt des Vorjahres), Zeitreihe seit 2013
Darstellungstipps	Zeitreihe als Liniendiagramm; für das aktuelle Jahr Balkendiagramm (männlich/weiblich; U25; Ü55; deutsch/ausländisch) oder tabellarisch (ggf. zur Gegenüberstellung ein Zeitpunktvorgleich durch nebengestellte Konstellation 5 Jahre zuvor)
Anmerkung	Der Anteil Langzeitarbeitsloser ist ein Indikator zur Analyse von Verstetigung von Ausgrenzungsprozessen mit entsprechenden negativen Folgewirkungen. Der Arbeitslosenanteil an der Bevölkerung ist nicht die Arbeitslosenquote, über die allgemein gesprochen wird. Da die BA die Arbeitslosenquote auf einer anderen Grundlage berechnet (zivile Erwerbspersonen) und diese erst ab einer Anzahl von mehr als 15.000 zivilen Erwerbspersonen aus gibt, wird der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren ersatzweise verwendet.

Unterbeschäftigung	
Aussage	„Ehrliche Arbeitslosendaten“; Personen sind unterbeschäftigt, wenn ihnen ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fehlt, d. h. wenn sie arbeitslos sind, an Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, vorübergehend arbeitsunfähig, in geförderter Selbstständigkeit oder Altersteilzeit sind (aber nicht in Kurzarbeit). Hinweis auf fehlende Arbeitsmarktintegration der Wohnbevölkerung
Berechnung	Absolute Zahlen; Unterbeschäftigungsquote: von 100 zivilen Erwerbspersonen („erweiterte Bezugsgröße“; vgl. BA-Glossar) sind X Personen unterbeschäftigt.
Differenzierung	./.
Datenquelle	BA Arbeitsmarktreport für Kreise und kreisfreie Städte
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 30.6. des Vorjahres, Zeitreihe seit 2010
Darstellungstipps	Wenn keine weitere Differenzierung möglich, verbleiben als Darstellungsmöglichkeiten ein Liniendiagramm als Zeitreihe und der Darstellung in Textform

3 EINKOMMEN UND ARMUTSLAGEN

3.1 Einkommensungleichheit

Durchschnittliches steuerpflichtiges Jahreseinkommen je Steuerpflichtiger/Steuerpflichtigem	
Aussage	Die kleinräumige Verteilung der durchschnittlichen steuerpflichtigen Einkommen ist ein Hinweis auf sozialräumliche Einkommensungleichheit.
Berechnung	Zu versteuerndes Jahreseinkommen je steuerpflichtiger/steuerpflichtigem EW in € selbst berechnen: zu versteuerndes Jahreseinkommen gesamt/durch steuerpflichtige EW gesamt
Differenzierung	./.
Datenquelle	LSN-Online (unter Statistische Erhebung, 917)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Hoher Zeitverzug (ca. 3 Jahre), unregelmäßige Zeitreihe seit 1989
Darstellungstipps	Für Kreise: Gemeindevergleich; mit einem Säulendiagramm aus mehreren gruppierte Säulen lässt sich gleichzeitig ein Zeitpunktvorgleich und ein interkommunaler Vergleich darstellen, s. Bsp.-Abb. 5
Anmerkung	Die Einkünfte pro Steuerpflichtiger/Steuerpflichtigem werden aus der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik als Summe der Einkünfte abzgl. Ausgaben bzw. Werbungskosten gebildet. Zusammen veranlagte Ehepaare zählen dabei als ein Steuerpflichtiger. „Trotz der Unschärfe, die durch die gemeinsame steuerrechtliche Veranlagung von Ehepartnern und die zeitliche Verzögerung bei der Bearbeitung der Steuerbescheide bei der Veröffentlichung der Daten entsteht, ist diese Datenquelle wegen ihrer kleinräumigen Verfügbarkeit auf Gemeindeebene relativ aussagekräftig“ (Region Hannover 2015, S. 48).

Steuerpflichtige mit besonders hohen bzw. niedrigen Einkommen	
Aussage	Einkommensungleichheit
Berechnung	Steuerpflichtige mit hohen Einkommen: – absolute Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften >125.000 € pro Jahr – Anteil an allen Steuerpflichtigen berechnen: Anzahl Steuerpflichtiger mit hohen Einkommen/ alle Steuerpflichtigen x 100 – Anteil der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen am Gesamtbetrag der zu versteuernden Einkünfte berechnen: Summe Einkünfte von Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen/Gesamtbetrag zu versteuernde Einkünfte x 100 Steuerpflichtige mit niedrigen Einkommen: – absolute Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften <25.000 € pro Jahr (addieren) – Anteil an allen Steuerpflichtigen berechnen: Anzahl Steuerpflichtiger mit niedrigen Einkommen/alle Steuerpflichtigen x 100 – Anteil der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit niedrigen Einkommen am Gesamtbetrag der zu versteuernde Einkünfte berechnen: Summe Einkünfte von Steuerpflichtigen mit niedrigen Einkommen/Gesamtbetrag zu versteuernde Einkünfte x 100
Differenzierung	./.
Datenquelle	LSN-Online (unter Statistische Erhebung, 917)
Kleinste räumliche Ebene	Einheits-/Samtgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Hoher Zeitverzug (ca. 3 Jahre), unregelmäßige Zeitreihe seit 2007
Darstellungstipps	Für Kreise: Gemeindevergleich; mit einem Säulendiagramm aus mehreren gruppierten Säulen lässt sich gleichzeitig ein Zeitpunktvorgleich und ein interkommunaler Vergleich darstellen, s. Bsp.-Abb. 5

Anmerkung	Höhere Einkommen als 125.000 € werden nicht mehr gesondert erfasst, d. h. Informationen z. B. über Beziehende von Spitzeneinkommen im Millionenbereich fehlen. Ebenso fehlen die Personen, die wegen geringen Einkommens nicht steuerpflichtig sind.
-----------	--

3.2 Armutslagen

Beziehende von Mindestsicherungsleistungen	
Aussage	Armut/Unterstützungsbedürftigkeit
Berechnung	Absolute Zahlen Beziehende von Mindestsicherungsleistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen nach SGB XII sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz AsylbLG); Quote je 100 EW der entsprechenden Bevölkerungsgruppe
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch, Altersgruppen in Fünfjahresschritten
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Sozialleistungen – Sozialberichterstattung); Gesamtzahl auch im Gemeindeblatt des LSN (hier auch Vergleich mit Kreis- und Landesdaten)
Kleinste räumliche Ebene	Einheits-/Samtgemeinde; Altersgruppen sind bei LSN-Online nur bis große Stadt/Restkreis verfügbar
Stichtag/Zeitreihe	Jahresende, ca. 2 Jahre Zeitverzug, Zeitreihe seit 2014
Darstellungstipps	Mindestsicherungsquote im Zeitvergleich als Liniendiagramm, s. Bsp.-Abb. 1, im interkommunalen/Landesvergleich als (gruppierte) Säulen oder Balken
Anmerkung	Der Indikator gibt Aufschluss über die Inanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen, nicht aber über die Anzahl der Leistungsberechtigten. Die nicht geringe Dunkelziffer armer Menschen, die keine Leistungen in Anspruch nehmen, kann damit nicht abgebildet werden.

Beziehende von Arbeitslosengeld II, ALG II-Quote	
Aussage	Armut/Unterstützungsbedürftigkeit in der erwerbsfähigen Bevölkerung
Berechnung	Absolute Zahlen der Beziehenden von ALG II (BA: „ELB“ = erwerbsfähige Leistungsberechtigte 15–64 Jahre); ALG II-Quote kann selbst errechnet werden: Anzahl Beziehende von ALG II (15–64 Jahre)/EW (15–64 Jahre) x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Altersgruppen: <25, 25–49, 50 und älter, 55 und älter
Datenquelle	Datenportal BA Statistik-Service Nordost, von außen kein Zugriff, kann aber kostenlos angefordert werden („Gemeindeprodukte Grundsicherung“)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde; Werte für Samtgemeinden müssen aus den Werten der Mitgliedsgemeinden addiert werden; Kreisdaten können dem BA-Kreisreport SGB II entnommen werden
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden, Verfügbarkeit monatlich, 3 Monate Wartezeit, 24 Monate zurück
Darstellungstipps	ALG II-Quote im Zeitvergleich als Liniendiagramm, s. Bsp.-Abb. 1, im interkommunalen/Landesvergleich als (gruppierte) Säulen oder Balken

Beziehende von SGB II-Leistungen: SGB II-Quote	
Aussage	Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach SGB II beziehen. Hinweis auf Armut/Unterstützungsbedürftigkeit
Berechnung	Absolute Zahl; Anteil der Beziehenden von SGB II-Leistungen an der Bevölkerung bis 64 Jahre
Differenzierung	./.
Datenquelle	BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen); Datenportal BA Statistik-Service Nordost, von außen kein Zugriff, kann aber kostenlos angefordert werden („Gemeindeprodukte Grundsicherung“)

Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt; Mitgliedsgemeinde: Man kann ggf. die SGB II-Quote kleinräumig ersatzweise berechnen nach den „Gemeindeprodukten Grundsicherung“: Zuerst erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsbeziehenden addieren (aus 2 Tabellen) und dann die Quote bilden auf EW 0 bis 64 Jahre (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig).
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden. Verfügbarkeit: Monatlich (3 Monate Wartezeit), im Prinzip seit 2005, online z. Zt. ca. 24 Monate zurück einsehbar
Darstellungstipps	Interessant vor allem im Zeitvergleich und im Vergleich zu anderen räumlichen Ebenen; SGB II-Quote im Zeitvergleich als Liniendiagramm, s. Bsp.-Abb. 1, im interkommunalen/Landesvergleich als (gruppierte) Säulen oder Balken
Anmerkung	Sehr erhellend ist die Darstellung der Struktur der Leistungsbeziehenden nach SGB II insgesamt in einem Kreisdiagramm (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2013, S. 80): arbeitslos (SGB II), Kinder, Working Poor und Sonstige. Dabei wird deutlich, dass der Anteil Arbeitsloser unter den SGB II-Leistungsbeziehenden, der das Bild in der Öffentlichkeit bestimmt, vergleichsweise gering ausfällt.

Bedarfsgemeinschaften SGB II und Personen in Bedarfsgemeinschaften	
Aussage	Haushalte/Familien und Personen in Armutslagen
Berechnung	Absolute Zahl der Bedarfsgemeinschaften SGB II gesamt und nach Typen; Anteile an allen BG. Absolute Zahl der Personen in BG; Anteil an allen Personen in BG
Differenzierung	Bedarfsgemeinschaften: Single-BG, Alleinerziehenden-BG, Partner-BG mit Kindern, Partner-BG ohne Kinder Personen in BG: Männer/Frauen, Altersgruppen <25, 25–64, 55 und älter, deutsch/ausländisch
Datenquelle	Datenportal BA Statistik-Service Nordost, von außen kein Zugriff, kann kostenlos angefordert werden („Gemeindeprodukte Grundsicherung“); BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen)
Kleinste räumliche Ebene	Gemeindeprodukte Grundsicherung: Mitgliedsgemeinde (nur absolute Zahl der BG verfügbar; Werte für Samtgemeinden müssen aus den Werten der Mitgliedsgemeinden addiert werden; Kreisdaten sind die Gesamtdaten der Jobcenter); BA-Kreisreport SGB II: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden. Verfügbarkeit monatlich (3 Monate Wartezeit), im Prinzip seit 2005, online z. Zt. ca. 24 Monate zurück einsehbar
Darstellungstipps	Verteilung der Typen von BG als Tortendiagramm, s. Bsp.-Abb. 6

Kinderarmut	
Aussage	Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft (BG), die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahren) („NEF“ = nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte) Armut/Unterstützungsbedürftigkeit bei Kindern
Berechnung	Kreis/kreisfreie Stadt: NEF-Quote Gemeinde: Absolute Zahlen der Kinder (unter 15) in BG, Anteile berechnen: Anzahl von Kindern in BG/EW unter 15 Jahren x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Nach Altersgruppen unter 3 Jahren, unter 15 Jahren
Datenquelle	Datenportal BA Statistik-Service Nordost, von außen kein Zugriff, kann aber kostenlos angefordert werden („Gemeindeprodukte Grundsicherung“); BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen)
Kleinste räumliche Ebene	Gemeindeprodukte Grundsicherung: Mitgliedsgemeinde (nur absolute Zahlen verfügbar; Werte für Samtgemeinden müssen aus den Werten der Mitgliedsgemeinden addiert werden; Kreisdaten sind die Gesamtdaten der Jobcenter); Kreisreport SGB II: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden. Verfügbarkeit monatlich (3 Monate Wartezeit), im Prinzip seit 2005, online z. Zt. ca. 24 Monate zurück einsehbar
Darstellungstipps	Kinderarmutsquote im Zeitvergleich für gesamte Gemeinde/Kreis als Liniendiagramm (mit Vergleichslinien für Landeswert und/oder Vergleichskommunen, s. Bsp.-Abb. 1); kleinräumiger Vergleich als thematische Karte, Säulen- oder Balkendiagramm
Anmerkung	Es wäre auch eine Einbeziehung der Kinder ohne Leistungsbezug („KOL“) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften zu erwägen, da sie de facto keinen Cent mehr haben als Kinder im Leistungsbezug. Die Quote erhöht sich hierdurch geringfügig

Altersarmut	
Aussage	Beziehende von Sozialhilfe als Grundsicherung im Alter von 65 Jahren und älter (SGB XII). Armut/Unterstützungsbedürftigkeit bei Älteren
Berechnung	Absolute Zahlen; Anteil berechnen: Anzahl Beziehende von Sozialhilfe als Grundsicherung im Alter 64 und älter/EW über 65 und älter x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch
Datenquelle	Eigene Daten der Kommune (Sozialamt); LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Sozialamtsdaten: Kommune; LSN-Online: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden; LSN-Online (veraltet, Zeitreihe seit 2003)
Darstellungstipps	Kombination aus Zeitreihe und interkommunalem/Landesvergleich mit Liniendiagramm oder gruppierten Säulen
Anmerkung	Allerdings wird die Armutbetroffenheit von alten Menschen mit dem Indikator stark unterschätzt, da häufig keine Anträge auf Grundsicherung gestellt werden, obwohl Ansprüche bestehen. Ein Indiz hierfür ist das starke Auseinanderfallen von Mindestsicherungsquoten ab 65 Jahren und Armutgefährdungsquoten von Älteren (auf räumlichen Ebenen, auf denen diese berechnet werden können).

Armut bei voller Erwerbsminderung	
Aussage	Beziehende von Sozialhilfe als Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung (SGB XII). Maß für Armut bei voller Erwerbsminderung
Berechnung	Absolute Zahlen; Anteil berechnen: Anzahl Beziehende von Sozialhilfe als Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung (15–64 Jahre)/EW (15–64) x 100 (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch
Datenquelle	Eigene Daten der Kommune (Sozialamt); LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Sozialamtsdaten: Kommune; LSN-Online: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden; LSN-Online (veraltet, Zeitreihe seit 2003)
Darstellungstipps	Kombination aus Zeitreihe und interkommunalem/Landesvergleich mit Liniendiagramm oder gruppierten Säulen

Beziehende von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	
Aussage	Menschen, die Mindestsicherungsleistungen nach dem AsylbLG beziehen (Asylbewerber/innen, Geduldete und Ausreisepflichtige). Hinweise auf Integrationsherausforderungen
Berechnung	Absolute Zahl, Quote je 1.000 EW
Differenzierung	Geschlecht
Datenquelle	Eigene Daten der Kommune (Sozialamt); LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Sozialamtsdaten: Kommune; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden; LSN-Online (veraltet, Zeitreihe seit 1996)
Darstellungstipps	Kombination aus Zeitreihe und interkommunalem/Landesvergleich mit Liniendiagramm oder gruppierten Säulen
Anmerkung	Die Daten zum Leistungsbezug stimmen in der Regel nicht mit denen der Ausländerbehörden zum aufenthaltsrechtlichen Status überein (vgl. unter Demografische Basisdaten), weil sie nach unterschiedlichen Logiken erhoben werden.

3.3 Überschuldung

Verbraucherinsolvenzen	
Aussage	Zahlungsunfähige, bei denen eine gerichtliche Schuldenregulierung eingesetzt wurde. Hinweis auf sozioökonomische Problemlagen
Berechnung	Quote: Verbraucherinsolvenzen je 10.000 EW
Differenzierung	./.
Datenquelle	Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen HSBN Tab. 9.1.1 (Quelle: Insolvenzstatistik des LSN , nicht online)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Jahreswert des vorvergangenen Jahres
Darstellungstipps	Interkommunaler/Landesvergleich mit gruppierten Säulen, s. Bsp.-Abb. 5

Überschuldungsquote	
Aussage	Überschuldung liegt für Creditreform dann vor, wenn die Schuldner/innen die Summe ihrer fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen können und zur Deckung des Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Hinweis auf sozioökonomische Problemlagen
Berechnung	Überschuldungsquote: Anteil überschuldeter Personen an der Bevölkerung über 17 Jahren
Differenzierung	./.
Datenquelle	Creditreform Hrsg: Schuldneratlas Deutschland : Interaktive Karte für Postleitzahlbezirke und schriftliche Berichte für Kreise
Kleinste räumliche Ebene	Postleitzahlbezirk (nur aktuell in der interaktiven Karte), schriftliche Berichte nur für Kreise rückwirkend bis 2014.
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich, Jahreswert des vergangenen Jahres. Es ist dringend anzuraten, die kleinräumigen Daten jährlich herunterzuladen und zu archivieren, denn sie finden sich nach einiger Zeit nicht mehr im Netz.
Darstellungstipps	Aktuelle Quoten kleinräumig als thematische Karte oder Säulen-/Balkendiagramm; Zeitreihe für Kreise (mit Interkommunalem/Landesvergleich) als Linien- oder Säulendiagramm
Anmerkung	Es gibt keine amtliche Überschuldungsstatistik. Die Daten der Unternehmensgruppe Creditreform geben gewisse Hinweise auf Überschuldung, die sie anhand des eigenen Inkasso- und Mahnwesens sowie amtlicher Schuldnerverzeichnisse ermittelt. Es kann sich bei den Zahlen deswegen nur um eine Annäherung handeln, die im Zusammenhang mit anderen Daten präsentiert werden sollte.

Schuldnerberatungen	
Aussage	Menschen, die sich bei öffentlich geförderten Schuldnerberatungen beraten lassen. Es gibt diverse Träger, und Statistiken darüber werden in der Regel nur unsystematisch und nicht flächendeckend geführt. Insofern sollten diese Daten qualitativ interpretiert werden.
Berechnung	./.
Differenzierung	Abhängig von der Statistik (interessant wären Geschlecht, Alter und Erwerbsstatus)
Datenquelle	Statistiken der Schuldnerberatungsstellen
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich, Jahreswert des vergangenen Jahres
Darstellungstipps	Vgl. z. B. Landeshauptstadt Hannover 2018, S. 72 f, Landkreis Gifhorn 2012, S. 70 ff
Anmerkung	Ggf. könnten auch Daten über Stromsperrungen und Sperrandrohungen vom Energieversorgungsunternehmen erschlossen werden (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2018).

3.4 Weitere Hinweise auf armutsnahe Lebenslagen

Beziehende von Wohngeld	
Aussage	Wohngeld ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird auf Antrag an Mieter/innen (selten auch an Eigentümer/innen) gezahlt, wenn die Höhe ihrer Wohnkosten für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts übersteigt. Vom Wohngeld ausgeschlossen sind Personen, die Mindestsicherungsleistungen (ALG II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung) beziehen. Aber wohngeldbeziehende Haushalte liegen mit ihrem Einkommen meistens nur knapp über dem Niveau der Mindestsicherung. Hinweis auf armutsnahe Lebenslagen
Berechnung	Absolute Zahlen der Haushalte und Personen in Haushalten, die Wohngeld erhalten; Anteil an allen Haushalten (nur wenn Daten aus Haushaltsgenerierung vorliegen, vgl. 1.3)
Differenzierung	Haushalte mit Kindern, Haushaltsgröße
Datenquelle	Eigene Daten der kommunalen Wohngeldstelle; LSN-Online (veraltet); Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen HSBN Tab. 9.6: Wohngeldbeziehende Haushalte an allen Haushalten auf der Ebene Kreis/kreisfreie Stadt
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Wohngeldstatistik: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: große Stadt/Restkreis; HSBN: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Kommunale Wohngeldstatistik: Stichtag 31.12. verwenden; LSN-Online: veraltete Daten, Zeitreihe seit 2009; HSBN: vorvergangenes Jahr
Darstellungstipps	Säulendiagramm als Zeitreihe

Beziehende von Unterhaltsvorschuss	
Aussage	Unterhaltsvorschuss wird auf Antrag für Kinder von Alleinerziehenden gezahlt, wenn der andere Elternteil nicht, nur teilweise oder nicht regelmäßig Unterhalt zahlt oder zahlen kann. Unterhaltsvorschussleistungen liegen unterhalb des Mindestunterhalts, bei höherem Einkommen des unterhaltspflichtigen Elternteils sogar deutlich niedriger. Hinweis auf armutsnahe Verhältnisse bei Alleinerziehenden bzw. dem zahlungspflichtigen Elternteil
Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	Männer/Frauen
Datenquelle	Eigene Daten des Jugendamts (ggf. Daten aus der IBN)
Kleinste räumliche Ebene	(Kreisangehörige) Kommune
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden
Darstellungstipps	Säulendiagramm als Zeitreihe
Anmerkung	Unterhaltsvorschuss wirkt oft armutspräventiv, d. h. es verhindert die Notwendigkeit Mindestsicherungsleistungen zu beantragen.

4 WOHNEN

4.1 Wohnungsbestand und Entwicklung

Wohnungsbestand	
Aussage	Anzahl der Wohnungen insgesamt und Aufgliederung nach Haustyp und Raumzahl. Aufschluss über das Wohnungsangebot und dessen Struktur, über die Siedlungsstruktur und in grober Annäherung den Eigentumsanteil (Ein- und Zweifamilienhäuser)
Berechnung	Absolute Zahl der Wohnungen (in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden inkl. Wohnheime); Anteil der Wohnungen nach Haustyp und Raumzahl an allen Wohnungen
Differenzierung	Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern Wohnungen mit 1–2 Räumen, 3–4 Räumen und 5 und mehr Räumen (alle Räume über 6 m² ohne Flur, WC und Bad, also inkl. Küche)
Datenquelle	LSN-Online (unter Themen – Leben und Arbeiten – Wohnen); Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 2011
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	01.01. des vergangenen Jahres, Zeitreihe seit 1988 möglich
Darstellungstipps	Anteile der Wohnungen nach Raumgröße bzw. Gebäudetyp als Tortendiagramme, s. Bsp.-Abb. 6 oder Säulendiagramme

Wohnungsbau	
Aussage	Anzahl der fertiggestellten Wohnungen (Aufgliederung nach Raumzahl) und Wohngebäude (Aufgliederung nach Haustyp). Aufschluss über den Wohnungsbau in unterschiedlichen Segmenten
Berechnung	Absolute Zahl der fertiggestellten Wohnungen bei der Errichtung neuer Wohn- und Nichtwohngebäude sowie bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (ohne Wohnheime; Anteil der fertiggestellten Wohnungen nach Haustyp und Raumzahl an allen fertiggestellten Wohnungen)
Differenzierung	Fertiggestellte Ein- und Zweifamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser Fertiggestellte Wohnungen mit 1–2 Räumen, 3–4 Räumen und 5 und mehr Räumen (alle Räume über 6 m² ohne Flur, WC und Bad, also inkl. Küche)
Datenquelle	LSN-Online (unter Themen – Leben und Arbeiten – Wohnen); Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 2011
Kleinste räumliche Ebene	Einheits-/Samtgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich zum 31.12. des vergangenen Jahres, Zeitreihe seit 1991 möglich
Darstellungstipps	Anteile der Wohnungen nach Raumgröße bzw. Gebäudetyp als Tortendiagramme, s. Bsp.-Abb. 6 oder Säulendiagramme, Zeitreihe nach Gebäudetyp/Raumzahl als Liniendiagramm, s. Bsp.-Abb. 1

4.2 Sozialwohnungen

Bestand an Sozialwohnungen	
Aussage	Bestand belegungsgebundener Wohnungen, die die Gemeinde zur Wohnungsversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen nutzen kann. Aufschluss über die quantitative Bedeutung des Sozialwohnungsbestands und seine mögliche Versorgungswirkung
Berechnung	Absolute Zahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen und Anteil geförderter Mietwohnungen am Gesamtwohnungsbestand (Sozialwohnungsdichte)

Differenzierung	Ggf. nach Anzahl der Räume
Datenquelle	Eigene Daten des Wohnungsamts; N-Bank: Wohnungsmarktbeobachtung (S. 106)
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: Kommune; N-Bank-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt/große Stadt (nur Anteil)
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: Stichtag 31.12. verwenden; N-Bank-Bericht: 2–3 Jahre Verzug
Darstellungstipps	Säulendiagramm: Entwicklung des Sozialwohnungsbestands in den vergangenen Jahren (Zeitreihe)

Entwicklung des Sozialwohnungsbestandes in den kommenden Jahren	
Aussage	Zukünftige Entwicklung des Bestandes belegungsgebundener Wohnungen, die die Gemeinde zur Wohnungsversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen nutzen kann.
Berechnung	Absolute Zahl der mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen abzgl. der auslaufenden Bindungen nach heutigem Stand und falls möglich zuzgl. der neu fertiggestellten Sozialwohnungen
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten des Wohnungsamts
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	So aktuell wie möglich zum 31.12.
Darstellungstipps	Säulendiagramm (als Zeitreihe): Entwicklung des Sozialwohnungsbestands in den vergangenen Jahren und (nach heutigem Stand) in den kommenden Jahren (vgl. Stadt Göttingen 2015, S. 85)

Bewerber/innen um Sozialwohnungen	
Aussage	Aufschluss über die Wohnungsnachfrage bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen
Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	Ggf. nach Haushaltsgröße und -typ (dann als Anteil an allen Bewerberhaushalten)
Datenquelle	Eigene Daten des Wohnungsamts
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	So aktuell wie möglich zum 31.12.
Darstellungstipps	Zeitreihe (Linien- oder Säulendiagramm)

4.3 Wohnsituation

Siedlungsdichte	
Aussage	Durchschnittliche Einwohnerzahl je km ² . Hinweis auf eher dünn bzw. stark besiedelte Räume
Berechnung	EW am Ort der Hauptwohnung pro km ²
Differenzierung	./.
Datenquelle	LSN-Online (unter Bevölkerungsdaten)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	31.12. des letzten Jahres; lange Zeitreihe möglich
Darstellungstipps	Thematische Karte, Tabelle
Anmerkung	Interessant besonders für Landkreise

Selbstgenutztes Wohneigentum	
Aussage	Wohneigentumsstruktur
Berechnung	Der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums ist das Verhältnis der von Eigentümer/innen bewohnten Wohnungen zu allen bewohnten und leer stehenden Wohnungen in Prozent. Nicht berücksichtigt sind Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen. Die Berechnung erfolgt für Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime).
Differenzierung	./.
Datenquelle	Zensusdatenbank 2011 interaktive Karte und herunterladbare Exceldatei
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Zensus 2011 (nächster Zensus 2021); Daten aus dem Zensus sind zwar nicht aktuell, geben aber Aufschluss über die grundlegende Struktur des Wohnungsangebots
Darstellungstipps	Kleinräumig als thematische Karte oder Balkendiagramm

Wohnfläche je Einwohner/in	
Aussage	Aufschluss über den durchschnittlichen Wohnflächenkonsum der Einwohner/innen
Berechnung	Durchschnittliche Wohnfläche in m ² pro Person berechnen: Wohnfläche in Wohngebäuden und in Nichtwohngebäuden addieren und durch Einwohnerzahl dividieren (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	./.
Datenquelle	LSN-Online (unter Themen – Leben & Arbeiten – Wohnen); Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungszählung 2011
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Zum 31.12. des vorigen Jahres
Darstellungstipps	Zeitreihe bzw. Zeitpunktvergleich als Säulen- oder Liniendiagramm, kleinräumig als thematische Karte

Falls vorhanden: Bestandsmieten	
Aussage	Aufschluss über Miethöhen im gesamten Wohnungsbestand
Berechnung	./.
Differenzierung	Abhängig von Datengrundlage
Datenquelle	Falls vorhanden: Mietspiegel/Gutachten
Kleinste räumliche Ebene	Abhängig von Datengrundlage
Stichtag/Zeitreihe	Abhängig von Datengrundlage
Darstellungstipps	Tabellarische Darstellung
Anmerkung	Bestandsmieten werden auf der Ebene der Landkreise nicht regelmäßig statistisch erhoben.

Angebotsmieten	
Aussage	Durchschnittliche Mieten bei Neuvermietungen im Bestand und im Neubau, die über Immobilien-scout24 angeboten wurden Hinweise zum aktuellen Mietwohnungsmarkt
Berechnung	In € nettokalt je m ² ; Anstieg gegenüber 2014
Differenzierung	./.

Datenquelle	Immobilienscout GmbH: Preisatlas – Name der Kommune eingeben (ggf. auch exemplarische Adresse und dann auf die Kommune zurückgehen, bei der Grafik auf Mietpreise gehen; Preis erscheint beim Darüberfahren mit der Computermaus)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde (adressenscharf); Vergleichswerte z. B. für Kreis und Niedersachsen
Stichtag/Zeitreihe	Tagesaktuell; Zeitreihe seit 2014
Darstellungstipps	Säulendiagramm (€/m ²) für Postleitzahlbereiche (ggf. Zeitreihe für Durchschnittswerte pro Jahr); Tabellarische Darstellung
Anmerkung	Immobilienscout ist der Marktführer unter den Immobilienportalen und verfügt mittlerweile über eine sehr umfangreiche Datenbank.

Kurze Wohndauer	
Aussage	Erwachsene Einwohner/innen mit einer Wohndauer von unter einem Jahr. Hinweis zu Bindung, Wohnzufriedenheit, Fluktuation
Berechnung	Anteil von erwachsenen EW mit einer Wohndauer von unter einem Jahr/erwachsene EW insgesamt
Differenzierung	Deutsch/ausländisch
Datenquelle	Melderegister
Kleinste räumliche Ebene	Melderegister: kleinräumig regionalisierbar
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag Jahresende des Vorjahres
Darstellungstipps	Sinnvoll für kleinräumigen Vergleich (z. B. Mitgliedsgemeinden eines Kreises), Darstellung gestapeltes Säulendiagramm, s. Bsp.-Abb. 2

4.4 Wohnsituation von SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Bedarfsgemeinschaften, für die Wohnkosten übernommen werden	
Aussage	Bedarfsgemeinschaften im Regelleistungsbezug (ALG II oder Sozialgeld nach SGB II), für die laufende Kosten der Unterkunft geleistet werden. Aufschluss über arme Wohnungsnachfragehaushalte
Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	./.
Datenquelle	Datenportal BA Statistik-Service Nordost, von außen kein Zugriff, kann aber kostenlos angefordert werden („Gemeindeprodukte Grundsicherung“)
Kleinste räumliche Ebene	Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden, Verfügbarkeit monatlich (3 Monate Wartezeit), Zeitreihe müsste selbst erstellt werden
Darstellungstipps	Tabelle, Balkendiagramm

Durchschnittliche anerkannte m ² -Miete von Bedarfsgemeinschaften	
Aussage	Aufschluss über die Wohnsituation armer Haushalte
Berechnung	In € nettokalt je m ²
Differenzierung	Nach Haushaltstypen von Bedarfsgemeinschaften: Single-BG, Alleinerziehenden-BG, Partner-BG mit Kindern, Partner-BG ohne Kinder
Datenquelle	BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt

Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden. Verfügbarkeit monatlich (3 Monate Wartezeit), im Prinzip seit 2005, online z. Zt. ca. 24 Monate zurück einsehbar
Darstellungstipps	Zeitreihe bzw. Zeitpunktvergleich und interkommunaler Vergleich in gruppiertem Säulendiagramm kombiniert, s. Bsp.-Abb. 5

Durchschnittliche Wohnfläche je Person in Bedarfsgemeinschaften	
Aussage	Aufschluss über die Wohnsituation armer Haushalte
Berechnung	In m ² /Person
Differenzierung	Nach Haushaltstypen von Bedarfsgemeinschaften: Single-BG, Alleinerziehenden-BG, Partner-BG mit Kindern, Partner-BG ohne Kinder
Datenquelle	BA-Kreisreport SGB II (Monatszahlen)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtag 31.12. verwenden. Verfügbarkeit monatlich (3 Monate Wartezeit), im Prinzip seit 2005, online z. Zt. ca. 24 Monate zurück einsehbar
Darstellungstipps	Zeitreihe bzw. Zeitpunktvergleich als Säulen- oder Liniendiagramm, kleinräumig als thematische Karte
Anmerkung	Mit Wohnfläche je EW insgesamt vergleichen

4.5 Wohnungsnotlagen

Räumungsklagen und Zwangsräumungen	
Aussage	Hinweis auf Wohnungsnotfälle und Mietschulden
Berechnung	Absolute Zahlen
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten des Ordnungsamts. Die Räumungsklagen wegen Mietschulden werden von den Amtsgerichten verfügt und den zuständigen kommunalen Ordnungsämtern gemeldet. Die Meldungen funktionieren jedoch nicht immer. Manche Amtsgerichte kommen ihrer Meldepflicht nicht oder nur lückenhaft nach. Da die Amtsgerichte autonom handeln, ist es mitunter schwierig die Daten einzufordern.
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	31.12. möglichst Vorjahr, möglichst Zeitreihe
Darstellungstipps	(bei Differenzierung gruppiertes) Säulendiagramm (als Zeitreihe) (vgl. Stadt Wolfsburg 2014, S. 60)
Anmerkung	Diese Daten sind wichtig, um drohende Wohnungslosigkeit zu vermeiden und wohnungserhaltende Hilfen einzuleiten.

Unterbringungen von Wohnungs-/Obdachlosen	
Aussage	Hinweis auf Wohnungsnotfälle
Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten des Wohnungsamts
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	31.12. möglichst Vorjahr, möglichst Zeitreihe
Darstellungstipps	Säulendiagramm als Zeitreihe

Wohnungslose (mit Kontakt zum Hilfesystem)	
Aussage	Menschen in niedrigschwelligen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe (wie Übernachtungsstellen der Wohlfahrtspflege, Tagesaufenthalt und Beratungsstellen). Der Großteil ist wohnungslos, dazu kommen Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen und unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte. Hinweis auf Wohnungsnotfälle
Berechnung	Absolute Zahl, Anteile von Untergruppen an Gesamtzahl
Differenzierung	Ausländeranteil, Anteil unter 25-Jährige
Datenquelle	Eigene Daten des Sozialamts: Daten über Inanspruchnahme gem. Regelleistungsvereinbarung (ambulant, stationär, nachgehend), die der ZBS (Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen) gemeldet werden.
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten des Sozialamts: Kommune; ZBS: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten des Sozialamts: 30.10. jährlich. ZBS: jährliche Stichtagserhebung zum 30.10.
Darstellungstipps	Bei Differenzierbarkeit eignet sich die Tabellarische Darstellung, darüberhinaus ggf. (gruppierte) Säulen als Zeitreihe
Anmerkung	Es handelt sich um Daten einer Leistungsstatistik, die oft Überschneidungen aufweisen, weil Personen mehrere Hilfsangebote im Jahr/Monat/Tag aufsuchen. Daten über obdachlose Menschen, die auf der Straße leben, fehlen hier gänzlich. Eine Gesamtzahl der Betroffenen ist aus diesen Daten nur annäherungsweise durch Schätzung oder durch eine gesonderte Stichtagserhebung zu ermitteln.

5 BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG

5.1 Kindertagesbetreuung

Betreuungsangebot: Stand und Entwicklung	
Aussage	Plätze im Krippen-, Kindergarten-, Tagespflege- und Hortbereich. Aufschluss über das Betreuungsangebot für Kinder
Berechnung	Absolute Zahl der Plätze
Differenzierung	Nach Alter der Kinder (zumindest im Krippenbereich), mindestens aber Unterscheidung der unter 3-Jährigen und der drei Jahre und Älteren; LSN-Online unterscheidet 0–2, 3–5, 6–10 und 11–14 Jahre
Datenquelle	Eigene Daten des Jugendamts (ggf. Daten aus der IBN); LSN-Online (unter EVAS – Sozialleistungen – Kinder- und Jugendhilfe)
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde; Kindertagespflegeplätze nur Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: 01.03. des Vorjahres nehmen; LSN-Online: 01.03. des Vorjahres, Zeitreihe seit 2012
Darstellungstipps	Gestapeltes Säulendiagramm, s. Bsp.-Abb. 2

Versorgungsquote	
Aussage	Gibt Antwort auf die Frage, ob ausreichend altersgemäße Plätze zur Verfügung stehen.
Berechnung	Versorgungsquote: Zahl der Plätze in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen dividiert durch die Anzahl der Kinder im entsprechenden Alter x 100
Differenzierung	Nach Alter der Kinder (zumindest im Krippenbereich), mindestens aber Unterscheidung der unter 3-Jährigen, der 3- bis unter 6-Jährigen und der Älteren; LSN-Online unterscheidet 0–2, 3–5, 6–10 und 11–14 Jahre
Datenquelle	Melderegister; LSN-Online und eigene Daten des Jugendamts (ggf. Daten aus der IBN); LSN-Online (unter EVAS – Sozialleistungen – Kinder- und Jugendhilfe)
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde; Kindertagespflegeplätze nur Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Jeweils Beginn des Kitajahrs: 01.08.
Darstellungstipps	Tabelle, im Zeitvergleich als Liniendiagramm, Balkendiagramm mit regionalem Vergleich (für Kindergarten und Krippe)
Anmerkung	Im Unterschied zur Besuchsquote (s. u.) liegt bei der Versorgungsquote der Fokus auf der Verfügbarkeit des Infrastrukturangebots, nicht auf seiner Inanspruchnahme.

Besuchsquote	
Aussage	Gibt Antwort auf die Fragen, ob ausreichend altersgemäße Plätze zur Verfügung stehen und in welchem Umfang das Betreuungsangebot in Anspruch genommen wird.
Berechnung	Besuchsquote: Anteil der in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe am 31.12. des Vorjahres
Differenzierung	Nach Alter der Kinder (zumindest im Krippenbereich), mindestens aber Unterscheidung unter 3-Jährige und 3 Jahre oder Ältere; Migrationshintergrund LSN-Online unterscheidet 0–2, 3–5, 6–10 und 11–14 Jahre
Datenquelle	Eigene Daten des Jugendamts (ggf. Daten aus der IBN); LSN-Online (unter EVAS – Sozialleistungen – Kinder- und Jugendhilfe; leider Kitas und Kindertagespflege getrennt, sodass Betreuungsquote nicht berechnet werden kann)

Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde; Kindertagespflegedaten nur für Kreis/kreisfreie Stadt; differenzierte Betreuungsquoten für Kreis/kreisfreie Stadt finden sich auch in der Regionaldatenbank der Statistischen Ämter
Stichtag/Zeitreihe	LSN-Online: 01.03. des Vorjahres; Betreuungsquote seit 2012
Darstellungstipps	Tabelle, im Zeitvergleich als Liniendiagramm, Balkendiagramm mit regionalem Vergleich (für Kindergarten und Krippe)

Art und Umfang der Betreuung	
Aussage	Aufschluss über die Entwicklung von Art und Umfang an in Anspruch genommener Betreuung.
Berechnung	Absolute Zahl der Nicht-Schulkinder in Halbtags- (LSN-Online: unter 25 Std.), Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen
Differenzierung	Nach Altersgruppen unter 3-Jährige und 3 Jahre und Ältere
Datenquelle	Eigene Daten des Jugendamts (ggf. Daten aus der IBN); LSN-Online (unter EVAS – Sozialeistungen – Kinder- und Jugendhilfe)
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: kleinräumig regionalisierbar; LSN-Online: Einheits-/Samtgemeinde; Kindertagespflegedaten nur für Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	LSN-Online: 01.03. des Vorjahres; Zeitreihe seit 2012
Darstellungstipps	Gestapeltes Säulendiagramm, Zeitreihe als Liniendiagramm

Kita-Besuch im letzten Jahr vor Beginn der Schulpflicht	
Aussage	Kinder, die im letzten Jahr vor Beginn der Schulpflicht eine Kindertageseinrichtung besucht haben. Gibt Aufschluss über die Inanspruchnahme öffentlicher frühkindlicher Bildungs- und Erziehungsangebote.
Berechnung	Anteil der Kinder eines Einschulungsjahrgangs nach vorschulischer Erziehung vs. keine
Differenzierung	Wünschenswert: Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich
Darstellungstipps	Gestapeltes Balkendiagramm auf 100% (horizontale Balken von gleicher Länge, auf denen die Anteile abgetragen sind)
Anmerkung	Die Untersuchungen des NLGA zeigen, dass Kinder ohne Kita-Besuch im Durchschnitt mehr „Aufälligkeiten“ in unterschiedlichen Bereichen (vgl. 6.1) zeigen und seltener therapiert worden sind (vgl. NLGA 2018)

5.2 Übergang Kita – Schule

Rückstellung vom Schulbesuch schulärztlich empfohlen	
Aussage	Bei der Schuleingangsuntersuchung Rückstellung schulärztlich empfohlen (ohne sozialpädagogischen Befund; unabhängig davon, ob die Empfehlung befolgt wurde oder nicht). Hinweis auf vorschulische Defizite und Problemlagen
Berechnung	Absolute Zahl, Anteil an den untersuchten Kindern

Differenzierung	Wünschenswert: Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt)
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt seitdem jünger sind.
Darstellungstipps	Kleinräumig Balkendiagramm, Zeitpunktvergleich Balkendiagramm mit negativer und positiver x-Achse, s. Bsp.-Abb. 4

Einschulung schulärztlich empfohlen	
Aussage	Bei der Schuleingangsuntersuchung Einschulung schulärztlich empfohlen (ohne sozialpädagogischen Befund; unabhängig davon, ob die Empfehlung befolgt wurde oder nicht). Höhe der Quote gibt Hinweise auf mögliche vorschulische Defizite und Problemlagen
Berechnung	Absolute Zahl, Anteil an den untersuchten Kindern
Differenzierung	Wünschenswert: Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt)
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt seitdem jünger sind.
Darstellungstipps	Kleinräumig Balkendiagramm, Zeitpunktvergleich Balkendiagramm mit negativer und positiver x-Achse, s. Bsp.-Abb. 4
Anmerkung	In dieser Gruppe sind alle Kinder zusammengefasst, die eine altersgemäße Entwicklung zeigen, „Kann“-Kinder (zum Stichtag 30. September noch nicht 6 Jahre alt) mit fortgeschrittener Entwicklung sowie Kinder mit mäßigen Entwicklungsrückständen in Teilbereichen.

Familiensprache kein oder kaum Deutsch	
Aussage	Kinder, bei denen während der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass die Familiensprache „mehrsprachig/kaum deutsch“ oder „mehrsprachig/kein deutsch“ ist. Hinweis auf (vor)schulischen Sprachförderbedarf
Berechnung	Absolute Zahl, Anteile der Kinder, für die gilt: „Familiensprache deutsch“ bzw. „mehrsprachig mit deutsch“ vs. „mehrsprachig/kaum deutsch“ bzw. „mehrsprachig/kein deutsch“
Differenzierung	Wünschenswert: Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt)
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt jünger sind
Darstellungstipps	Gestapeltes Balkendiagramm (auf 100%)

Kinder mit vorschulischer Sprachförderung	
Aussage	Kinder, bei denen im Schulanmeldeverfahren durch die Pädagog/inn/en der Grundschulen ein vorschulischer zusätzl. Sprachförderbedarf festgestellt wurde u. die an einer solchen Sprachförderung (in der Regel in der Kita) teilgenommen haben. Hinweis auf vorschulische Defizite u. Problemlagen.
Berechnung	Absolute Zahl, Anteil der Kinder, für die gilt: „vorschulische Sprachförderung erfolgt“
Differenzierung	Wünschenswert: Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt)
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich
Darstellungstipps	Gestapeltes Balkendiagramm (auf 100 %)

5.3 Schul-, Hochschul-, Berufsausbildung

Schüler/innen aus der Kommune nach Schulformen	
Aussage	Schüler/innen, die in der Kommune wohnen, nach Schulformen an allgemeinbildenden Schulen. Hinweis auf Schulbildungssituation der Einwohner/innen im Schulalter
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Schüler/innen mit Wohnort in der Kommune an allgemeinbildenden Schulen je Schulform (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium, Gesamtschule, Förderschule, Freie Schule/Privatschule, andere)
Differenzierung	Abhängig von der Erfassung (Geschlecht und Migrationshintergrund wären gut)
Datenquelle	Eigene Schulstatistik
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	Schuljahresbeginn des vorigen Jahres
Darstellungstipps	Tortendiagramm, ev. zwei im Vergleich: Verteilung deutscher/ausländischer Schülerinnen auf Schulformen
Anmerkung	Im LSN-Online finden sich (unter EVAS – Bildung – 21111) lediglich Daten nach Schulstandort, nicht aber nach dem Wohnort der Schüler/innen. Aufgrund der größeren Einzugsbereiche weiterführender Schulen können daraus keine Schlussfolgerungen über die Bildungslage der Schüler/innen in einer Kommune abgeleitet werden.

Schulwahlverhalten nach der 4. Klasse	
Aussage	Übergänge nach Schulform der Grundschulkinder in der Kommune nach der 4. Klasse. Hinweis auf Schulbildungssituation
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Grundschüler/innen in der Kommune nach der Schulform der weiterführenden Schule, in die sie übergehen werden (Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gesamtschule, Gymnasium, Förderschule)
Differenzierung	Abhängig von der Erfassung (Geschlecht und Migrationshintergrund wären gut)
Datenquelle	Eigene Schulstatistik
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirke
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirke
Stichtag/Zeitreihe	Schuljahresbeginn des vorigen Jahres

Darstellungstipps	Gestapelte Balken; je nach Differenzierungsgrad auch tabellarische Darstellung; bei jeweiliger Auswahl einer einzelnen Übergangsweise z. B. GS -> Gymnasium können auch thematische Karten auf Basis der Schulbezirke erstellt werden
Anmerkung	Im LSN-Online finden sich (unter EVAS – Bildung – 21111) lediglich Daten nach Schulstandort, nicht aber nach dem Wohnort der Schüler/innen. Aufgrund der größeren Einzugsbereiche weiterführender Schulen können daraus keine Schlussfolgerungen über die Bildungslage der Schüler/innen in einer Kommune abgeleitet werden.

Schulabgänger/innen von allgemeinbildenden Schulen nach erreichten Schulabschlüssen	
Aussage	Aufschluss über Qualifikationsstruktur derjenigen, die in der Kommune eine allgemeinbildende Schule besucht haben (egal, ob sie dort wohnen oder nicht)
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Schulabgänger/innen (an allen Schulabgänger/innen) nach Abschluss: Allgemeine Hochschulreife, Fachhochschulreife, Realschulabschluss, Hauptschulabschluss, ohne Hauptschulabschluss (darunter Abschluss FÖS Lernen, Abgang FÖS geistige Entwicklung); Anteile selbst berechnen
Differenzierung	Männer/Frauen, deutsch/ausländisch
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Bildung – 21111: „Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen nach Schulgliederung ab 2009 (Kreis)“)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Vergangenes Schuljahr; Zeitreihe ab 2009
Darstellungstipps	Zur Übersicht der Verteilung Ring- oder Kreisdiagramme; bei kleinräumigen Daten eignen sich gestapelte Balken oder die tabellarische Darstellung; Zeitreihe als Liniendiagramm
Anmerkung	Besonders auf diejenigen ohne Hauptschulabschluss eingehen (Bildungsarmut); in der HSBN (Tab. 3.3.1) wird auch deren Anteil an der Bevölkerung der 14- bis unter 16-Jährigen ausgewiesen. Schulstandort (des Hauptstandorts bei Filialschulen), nicht Wohnort. Das führt zu Verzerrungen, weil Schulstandorte in der Regel in zentraleren Gemeinden lokalisiert sind und die Schüler/innen über die Kreisgrenzen hinweg pendeln.

Schulabgänger/innen von berufsbildenden Schulen nach erreichten Schulabschlüssen	
Aussage	Aufschluss über Qualifikationsstruktur
Berechnung	Absolute Zahl und Anteil der Schulabgänger/innen (an allen Schulabgänger/innen) nach Abschluss: Allgemeine Hochschulreife, Fachhochschulreife, Realschulabschluss, Hauptschulabschluss, erfolgreicher Besuch, Entlassung aus dem BVJ, ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss; nachrichtlich: Abbruch im lfd. Schuljahr (selbst addieren und Anteile berechnen)
Differenzierung	Geschlecht, deutsch/ausländisch
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Bildung – 21121: „Absolventen/Abgänger an Berufsbildenden Schulen nach Abschluss und Schulform ab 2013 (Kreis)“)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Vergangenes Schuljahr, Zeitreihe ab 2013
Darstellungstipps	Zur Übersicht der Verteilung Ring- oder Kreisdiagramme; bei kleinräumigen Daten eignen sich gestapelte Balken oder die tabellarische Darstellung; Zeitreihe als Liniendiagramm
Anmerkung	Besonders auf Entlassungen aus dem BVJ und ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss eingehen (Bildungsarmut) Schulstandort (des Hauptstandorts bei Filialschulen), nicht Wohnort. Das führt zu Verzerrungen, weil Schulstandorte in der Regel in zentraleren Gemeinden lokalisiert sind und die Schüler/innen über die Kreisgrenzen hinweg pendeln.

Studierende (in der Kommune)	
Aussage	Studierende an Hochschulen in einer Kommune (egal, wo sie wohnen). Aufschluss über sozialstrukturelle Prägung und Studienplatzangebot der Kommune

Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	Geschlecht, deutsch/ausländisch
Datenquelle	Hochschulstandort
Kleinste räumliche Ebene	Letztes bis laufendes Semester; Zeitreihe seit 2014/15 möglich
Stichtag/Zeitreihe	LSN-Online (unter Leben & Arbeiten – Bildung und Kultur – Hochschulstatistik)
Darstellungstipps	Säulendiagramm, Zeitvergleich Liniendiagramm

5.4 Hilfe zur Erziehung

Inanspruchnahme von ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung	
Aussage	Hilfen zur Erziehung (HzE) werden nach §§ 27ff. SGB VIII bei Erziehungsproblemen oder bei Auffälligkeiten der kindlichen Entwicklung vom zuständigen Jugendamt in der Regel auf der Grundlage eines Hilfeplanverfahrens gewährt. Aufschluss über Inanspruchnahme der HzE, Hinweis auf familiäre/kindliche Problemlagen
Berechnung	Absolute Anzahl der Inanspruchnahmen insgesamt, ambulant und (teil-)stationär; Quote je 1.000 EW unter 21 Jahren berechnen (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten aus der Jugendhilfe (ggf. Daten aus der IBN). Falls keine eigenen Jugendhilfedaten zur Verfügung stehen: Für die Ebene Kreis/kreisfreie Stadt: LSN – Stat. Bericht Jugendhilfe: K I 3 Jugendhilfe, Erzieherische Hilfen / Ausgaben und Einnahmen (2 Jahre Zeitverzug; Zeitreihe seit 2002; Daten sind nicht bei LSN-Online)
Kleinste räumliche Ebene	Jugendamtsbereich, evtl. Sozialraum; für Kreise möglichst nach Gemeinden
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich zum 31.12.
Darstellungstipps	Tabellarische Darstellung (inkl. Zeitpunktvergleich und Veränderung)
Anmerkung	Die Gewährung von Hilfen zur Erziehung ist in hohem Maße abhängig von der kommunalen Jugendhilfe. Eine hohe Zahl an Hilfeleistungen muss nicht unbedingt auf eine hohe Problemdichte hinweisen, sondern kann durchaus Zeichen einer aktiven Jugendhilfe sein.

Inanspruchnahme von Jugendgerichtshilfe	
Aussage	Die Jugendgerichtshilfe nach § 52 SGB VIII wird durch das zuständige Jugendamt bei Verfahren gegen Jugendliche und junge Volljährige gewährt, um die Tatverdächtigen und ihre Familien zu unterstützen. Aufschluss über Anklagen gegen Jugendliche und junge Erwachsene
Berechnung	Absolute Zahl, Anteil an den EW 14 bis unter 21 Jahren berechnen; Anteil selbst berechnen (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten aus der Jugendhilfe (ggf. Daten aus der IBN); nicht bei LSN-Online
Kleinste räumliche Ebene	Jugendamtsbereich, evtl. Sozialraum; für Kreise möglichst nach Gemeinden
Stichtag/Zeitreihe	Jährlich zum 31.12.
Darstellungstipps	Tabellarische Darstellung (inkl. Zeitpunktvergleich und Veränderung)

6 GESUNDHEIT

6.1 Kindergesundheit im Einschulungsalter

Behandlungsbedürftige Auffälligkeiten der Körpermotorik	
Aussage	Kinder, bei denen während der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass sie behandlungsbedürftige Auffälligkeiten (bereits in Behandlung oder Abklärung empfohlen) hinsichtlich ihrer Grobmotorik haben. Dabei werden Koordinationsfähigkeit und Gleichgewichtsempfinden der Kinder anhand von Bewegungsübungen wie Einbeinstand, Hüpfen und seitliches Überhüpfen einer Linie überprüft. Hinweis auf Einschränkungen bei der Kindergesundheit
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Kinder (an allen untersuchten Kindern), die „keine Auffälligkeiten“, „leichte Auffälligkeiten“ zeigten, eine Abklärungsempfehlung erhielten oder sich bereits in Behandlung wegen grobmotorischer Defizite befinden.
Differenzierung	Möglichst Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt jünger sind
Darstellungstipps	Säulendiagramm, Veränderung im Zeitvergleich durch Balkendiagramm mit 0-Achse, s. Bsp.-Abb. 4
Anmerkung	„Frühe und ausreichende Bewegungserfahrungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die kognitive, soziale und emotionale Gesamtentwicklung eines Kindes.“ (Region Hannover 2014, S. 39)

Behandlungsbedürftige Auffälligkeiten der Feinmotorik	
Aussage	Kinder, bei denen während der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass sie behandlungsbedürftige Auffälligkeiten (bereits in Behandlung oder Abklärung empfohlen) hinsichtlich ihrer Feinmotorik haben. Dabei werden Hand-Auge-Koordination und Stifthaltung der Kinder anhand von Zeichen- und Steckübungen überprüft. Hinweis auf Einschränkungen bei der Kindergesundheit
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Kinder (an allen untersuchten Kindern), die „keine Auffälligkeiten“, „leichte Auffälligkeiten“ zeigten, eine Abklärungsempfehlung erhielten oder sich bereits in Behandlung wegen feinmotorischer Defizite befinden.
Differenzierung	Möglichst Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt jünger sind

Darstellungstipps	Säulendiagramm, Veränderung im Zeitvergleich durch Balkendiagramm mit 0-Achse, s. Bsp.-Abb. 4
Anmerkung	„Gute feinmotorische Fähigkeiten sind vor allem für das Schreiben lernen von großer Bedeutung.“ (Region Hannover 2014, S. 34).

Über- bzw. Untergewicht	
Aussage	Kinder, bei denen während der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass sie übergewichtig (BMI 90 % oder mehr), darunter adipös (BMI 97 % oder mehr) bzw. untergewichtig (BMI 3 % oder weniger) sind. Hinweis auf Einschränkungen bei der Kindergesundheit
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Kinder (an allen untersuchten Kindern), die normalgewichtig, übergewichtig (darunter adipös) oder untergewichtig sind
Differenzierung	Möglichst Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt jünger sind
Darstellungstipps	Gestapeltes Säulendiagramm, Veränderung im Zeitvergleich durch Balkendiagramm mit 0-Achse, s. Bsp.-Abb. 4, Liniendiagramm Zeitreihe Gesamtstadt oder Landkreis für Über-, Unter- und Normalgewicht
Anmerkung	„Eine normale Gewichtsentwicklung ist ein wichtiger Indikator für eine gesunde Gesamtentwicklung. Sowohl Über- als auch starkes Untergewicht können gesundheitliche Probleme mit sich bringen.“ (Region Hannover 2014, S. 44)

Behandlungsbedürftige Auffälligkeiten der Sprachentwicklung	
Aussage	Kinder, bei denen während der Schuleingangsuntersuchung festgestellt wurde, dass sie behandlungsbedürftige Auffälligkeiten (bereits in Behandlung oder Abklärung empfohlen) hinsichtlich ihrer Sprachentwicklung haben. Dabei werden Artikulation, Worterkennung, Grammatik und auditive Wahrnehmung durch Nachsprechen von Silben und Zahlen überprüft. Hinweis auf Einschränkungen bei der Kindergesundheit
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Kinder (an allen untersuchten Kindern), die „keine Auffälligkeiten“, „leichte Auffälligkeiten“ zeigten, eine Abklärungsempfehlung erhielten oder sich bereits in Behandlung wegen Defiziten bei der Sprachentwicklung befinden.
Differenzierung	Möglichst Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich; bei Zeitreihen zu beachten: Vorverlegung des Stichtags zur verpflichtenden Einschulung zwischen 2009 und 2012, was bedeutet, dass die Kinder im Durchschnitt jünger sind
Darstellungstipps	Säulendiagramm, Veränderung im Zeitvergleich durch Balkendiagramm mit 0-Achse, s. Bsp.-Abb. 4
Anmerkung	Eine altersgemäße Sprachentwicklung ist wichtig, um schulische Lerninhalte aufnehmen und erfolgreich am Schulunterricht teilnehmen zu können.

Unvollständige Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen	
Aussage	Kinder, deren Eltern während der Schuleingangsuntersuchung entweder kein Vorsorgeheft vorlegten oder die nicht alle altersgemäßen Vorsorgeuntersuchungen absolviert haben. Hinweis auf Einschränkungen der gesundheitsbezogenen Fürsorge der Eltern
Berechnung	Absolute Zahlen und Anteile der Kinder (an allen untersuchten Kindern) die kein Heft oder unvollständige Vorsorgeuntersuchungen (U1 bis U8 bzw. bei entsprechendem Alter U9) hatten vs. diejenigen mit vollständig dokumentiertem Vorsorgestatus.
Differenzierung	Möglichst Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern
Datenquelle	Schuleingangsuntersuchung durch die Gesundheitsämter der Kreise/kreisfreien Städte; Daten werden an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt NLGA gemeldet und dort nach Kreis/kreisfreie Stadt in einem Bericht ausgewertet. Die Kreise/kreisfreien Städte machen zum Teil auch eigene Berichte. Kreisangehörige Kommunen sollten mit ihren zuständigen Kreisgesundheitsämtern eine jährliche Datenlieferung (nach Schulbezirken) vereinbaren.
Kleinste räumliche Ebene	Schulbezirk (nur bei vereinbarter Datenlieferung mit dem Kreisgesundheitsamt); NLGA-Bericht: Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Datenlieferung vom Kreisgesundheitsamt möglichst jährlich; Bericht des NLGA seit 2010 in der Regel zweijährlich
Darstellungstipps	Gruppiertes Säulendiagramm; je nach Differenzierungsgrad auch tabellarisch
Anmerkung	Um Entwicklungsverzögerungen sowie Fälle von Vernachlässigung, Verwahrlosung, Kindesmisshandlung oder sexuellem Missbrauch rechtzeitig zu erkennen, spielen die Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9 eine wichtige Rolle. Sie sind freiwillig und für die Eltern kostenlos.

6.2 Menschen mit Schwerbehinderungen

Menschen mit Schwerbehinderungen	
Aussage	Inhaber/innen von Schwerbehindertenausweisen. Menschen mit Behinderungen werden laut § 2 SGB IX durch körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate gehindert. Bei Schwerbehinderten liegt der Grad der Behinderung bei mindestens 50 und betrifft alle relevanten Bereiche des Alltags. Hinweis auf Inklusionsbedarf
Berechnung	Absolut und Quote je 10.000 EW berechnen (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Altersgruppen (nur für Kreis/kreisfreie Stadt)
Datenquelle	LSN-Online (unter EVAS – Öffentliche Sozialleistungen)
Kleinste räumliche Ebene	Einheits-/Samtgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Zweijährlich zum 31.12.; Zeitreihe seit 1989 möglich
Darstellungstipps	Säulendiagramm; Zeitreihe mit Liniendiagramm, auch Kombination (absolute Zahlen als Säulen, Quote als Linie)

Beziehende von Eingliederungshilfe	
Aussage	Eingliederungshilfe können Menschen mit (drohenden) Behinderungen zur Unterstützung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe erhalten. Durch das Bundesteilhabegesetz von 2016 wird die Eingliederungshilfe erheblich umstrukturiert und verändert. 2020 wird die Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgelöst und ins SGB IX als Teil 2 übernommen. 2023 werden dann die Voraussetzungen für die Eingliederungshilfe neu geregelt, d. h. der leistungsberechtigte Personenkreis wird neu definiert. Hinweis auf Inklusionsbedarf
Berechnung	Absolute Zahl, Quote je 10.000 EW: mit der Beziehendendichte wird die Intensität der Inanspruchnahme der Eingliederungshilfe betrachtet.

Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten des Sozialamts; LSN-Online (unter EVAS – Öffentliche Sozialleistungen – Sozialhilfe – 22131 – „Empfänger am Jahresende Hilfearten (Gr. Stadt; Zeitreihe)“
Kleinste räumliche Ebene	Sozialamt: Kreisangehörige Gemeinden; LSN-Online: Kreis/kreisfreie Stadt/große Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: Jährlich zum 31.12.; LSN-Online: Jährlich zum 31.12. (3 Jahre Verzug); Zeitreihe seit 2007
Darstellungstipps	Säulendiagramm; Zeitreihe mit Liniendiagramm, auch Kombination (absolute Zahlen als Säulen, Quote als Linie)

Ambulantisierungsgrad	
Aussage	Verhältnis der Zahl von Menschen, die ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, zu allen Leistungsbeziehenden. Hinweis auf Inklusion
Berechnung	Ambulantisierungsgrad: Zahl von Menschen, die ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten / Zahl der Leistungsberechtigten insgesamt x 100
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten des Sozialamts (bei LSN-Online werden unterschiedliche Hilfearten nach SGB XII zusammengefasst)
Kleinste räumliche Ebene	Sozialamt: Kreisangehörige Gemeinden
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: Jährlich zum 31.12.
Darstellungstipps	Zeitreihe, gestapelte Säulen

6.3 Inanspruchnahme sozialpsychiatrischer Beratungsstellen

Patient/inn/en des Sozialpsychiatrischen Dienstes	
Aussage	Erwachsene Patient/inn/en, die den Sozialpsychiatrischen Dienst in Anspruch nehmen. Hinweis auf Unterstützungsbedürftigkeit aufgrund psychischer Schwierigkeiten
Berechnung	Absolute Zahl, Quote je 1.000 erwachsene EW berechnen (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Männer/Frauen, Alter
Datenquelle	Eigene Daten des Sozialpsychiatrischen Dienstes
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: Kreis/kreisfreie Stadt, möglichst Beratungsstellen
Stichtag/Zeitreihe	Vergangenes Jahr; Zeitreihe wäre gut
Darstellungstipps	Tabellarische Darstellung (ggf. mit Zeitpunktvergleich)
Anmerkung	Korreliert mit dem Anteil Arbeitsloser in einem Gebiet (vgl. Region Hannover 2015, S. 68).

6.4 Pflegebedürftigkeit

Stand und Entwicklung der Pflegebedürftigkeit	
Aussage	Beziehende von Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung. Pflegebedürftige sind danach Personen, die körperliche, (und seit 2017 auch) geistige oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbstständig kompensieren oder bewältigen können. Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer – voraussichtlich für mindestens sechs Monate – und mit mindestens der in § 15 SGB XI festgelegten Schwere bestehen.

Berechnung	Absolute Zahl der Pflegebedürftigen: Diese ergibt sich aus der Addition folgender Gruppen (unter LSN-Online): Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger (ohne Sachleistungen) + Pflegebedürftige, Betreuung in Pflegeheimen (ohne teilstationär Versorgte) + Pflegebedürftige, Betreuung durch Pflegedienste Pflegequote berechnen: Pflegebedürftige (auch der entsprechenden Gruppe, z. B. 65 Jahre und älter) je 1.000 EW (der entsprechenden Gruppe) (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	Geschlecht; Altersgruppen, z. B. unter 60 Jahre, 60–79 Jahre, 80 Jahre und älter
Datenquelle	Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen HSBN (Pflegebedürftige insgesamt und pflegebedürftige 65-Jährige und Ältere); LSN-Online (unter Themen – Staat und Gesellschaft – Soziale Sicherung – Pflegestatistik); Pflegequote je 1.000 EW, 65 und älter als Zeitreihe unter „Regionalmonitoring“
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt. Eine Schätzung der Zahl Pflegebedürftiger für die kreisangehörigen Kommunen ist mit einem einfachen Modell möglich: Man bezieht die landkreisweiten Pflegequoten nach bestimmten Altersgruppen aus dem Landespflegebericht auf die Altersstruktur in den einzelnen Kommunen (vgl. zum Vorgehen: Landkreis Gifhorn 2018).
Stichtag/Zeitreihe	Stichtagserhebung: 15.12. zweijährlich; ca. 2 Jahre Verzug; seit 1999 verfügbar – allerdings lassen sich wegen des seit 2017 veränderten Pflegebedürftigkeitsbegriffs keine Zeitreihen bilden.
Darstellungstipps	Säulendiagramm; Zeitreihe mit Liniendiagramm, auch Kombination (absolute Zahlen als Säulen, Quote als Linie)
Anmerkung	Die Änderungen der Pflegestärkungsgesetze PSG II und III haben gezeigt, dass die Zahl der Leistungsbeziehenden durch die Gesetzreform stark angestiegen ist, weil der Zugang zu Leistungen erleichtert wurde. Über den tatsächlichen Pflegebedarf geben diese Daten daher nur bedingt Auskunft.

Demenzerkrankte	
Aussage	Hinweis auf Umfang des Unterstützungsbedarfs bei Demenzerkrankungen
Berechnung	Absolute Zahl
Differenzierung	./.
Datenquelle	Schätzung anhand der aktuellen altersbezogenen Prävalenzraten für Demenzerkrankungen (vgl. Deutsche Alzheimer Gesellschaft) und der Altersstruktur der eigenen Kommune bzw. der kreisangehörigen Kommunen (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2013, S. 106; Landkreis Gifhorn 2018, S. 40)
Kleinste räumliche Ebene	Kommune
Stichtag/Zeitreihe	31.12.
Darstellungstipps	Säulendiagramm (als Zeitreihe)

Prognose Pflegebedürftiger	
Aussage	Hinweis auf zukünftigen Pflegebedarf
Berechnung	Absolute Zahlen
Differenzierung	./.
Datenquelle	Datenquelle wäre der Niedersächsische Landespflegebericht, der auf der Basis der Pflegestatistik und der Bevölkerungsvorausberechnung Prognosen durchführt). Der aktuell verfügbare Bericht basiert aber auf einem nicht mehr gültigen Pflegebedürftigkeitskonzept.
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Möglichst kurzfristigen Zeitraum nehmen, max. 10 Jahre (je länger der Zeitraum, desto größer das Fehlerrisiko)
Darstellungstipps	Liniendiagramm (als Zeitreihe)
Anmerkung	Derzeit schwierig, wegen Änderungen beim Pflegebedürftigkeitsbegriff. Prognosen, die auf Daten bis 2015 beruhen, sind aufgrund der Änderungen durch PSG II und III weitgehend unbrauchbar geworden. Durch die heute 5 Pflegegrade gibt es wesentlich mehr Leistungsbeziehende als zuvor.

Pflegebedürftige in stationärer Pflege, ambulanter Pflege und Pflege ausschließlich durch Angehörige	
Aussage	Hinweis auf Ort und Art der Pflege
Berechnung	Pflegebedürftige vollstationär im Pflegeheim, Pflegebedürftige zu Hause versorgt (davon: gemeinsam mit ambulanten Pflegediensten, allein durch Angehörige (= „Pflegegeldempfänger ohne Sachleistungen“))
Differenzierung	Geschlecht, Altersgruppen, z. B. unter 60 Jahre, 60–79 Jahre, 80 Jahre und älter
Datenquelle	Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen HSBN (Pflegebedürftige insgesamt und pflegebedürftige 65-Jährige und Ältere); LSN-Online (unter Themen – Staat und Gesellschaft – Soziale Sicherung – Pflegestatistik)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis/kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Stichtagserhebung: 15.12. zweijährlich; ca. 2 Jahre Verzug; seit 1999 verfügbar – allerdings lassen sich wegen des seit 2017 veränderten Pflegebedürftigkeitsbegriffs keine Zeitreihen bilden.
Darstellungstipps	Kombination Tortendiagramm und gestapelte Säule (vgl. HSBN 2018, S. 125)
Anmerkung	Achtung: die Daten beziehen sich auf den Sitz der stationären Einrichtung oder des ambulanten Pflegedienstes und nicht auf den aktuellen oder ehemaligen Wohnort der Leistungsbeziehenden. Pflegeheime haben meist große Einzugsbereiche und Pflegedienste gemeindegrenzenübergreifende Aktionsräume. Daher kommen allzu kleinräumige Datenauswertungen zu falschen Aussagen

Beziehende von Hilfe zur Pflege	
Aussage	Pflegebedürftige, die die Kosten ihrer ambulanten Versorgung oder ihrer teil- oder vollstationäre Pflegedienstleistungen nicht aus ihrem Einkommen und Vermögen sowie den Leistungen der Pflegeversicherung bestreiten können, haben bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen Anspruch auf Leistungen der Hilfe zur Pflege aus der Sozialhilfe. Hinweis auf Umfang des Unterstützungsbedarfs bei Pflegebedürftigkeit durch Kommunen zusätzlich zur Pflegeversicherung
Berechnung	Absolute Zahl; berechnen: Anteil an der Zahl der Pflegebedürftigen
Differenzierung	Ggf. Geschlecht, Altersgruppen, z.B. unter 60 Jahre, 60-79 Jahre, 80 Jahre und älter
Datenquelle	Eigene Daten des Sozialamts; LSN-Online (unter EVAS – Öffentliche Sozialleistungen – Sozialhilfe – 22131 („Empfänger am Jahresende Hilfearten (Gr. Stadt; Zeitreihe)“))
Kleinste räumliche Ebene	Sozialamt: Kreisangehörige Gemeinden; LSN-Online: Kreis/kreisfreie Stadt/große Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: Jährlich zum 31.12.; LSN-Online: Jährlich zum 31.12. (3 Jahre Verzug); Zeitreihe seit 2007
Darstellungstipps	Zeitreihe Kreis: Säulen / kleinräumig: Balkendiagramm

Pflegeplätze: stationär, teilstationär	
Aussage	Hinweis auf Pflegeinfrastruktur
Berechnung	Absolute Zahlen, Quote je 1.000 EW über 65 Jahren (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten: Sozialbereich; Niedersächsischer Landespflegebericht 2015 , Tabellenband II.4.3-A (nicht bei LSN-Online)
Kleinste räumliche Ebene	Kreis, kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten (zu empfehlen!): aktuell; Landespflegebericht: 2013
Darstellungstipps	Gestapelte Säulen

Beratungen bei den Pflegestützpunkten	
Aussage	Hinweis auf Pflegeinfrastruktur
Berechnung	Absolute Zahlen
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten: Sozialbereich
Kleinste räumliche Ebene	Kreis, kreisfreie Stadt
Stichtag/Zeitreihe	Eigene Daten: vergangenes Jahr; Zeitreihe erstellen
Darstellungstipps	Säulendiagramm, eventuell wichtigste Beratungsthemen darstellen (gestapelte Säulen)

7 BETEILIGUNG

7.1 Gesellschaftliche Beteiligung

Vereine	
Aussage	Eingetragene Vereine mit Sitz am Ort
Berechnung	Absolute Zahl, Vereine je EW (Rückgriff auf Bevölkerungsdaten notwendig)
Differenzierung	./.
Datenquelle	Bundesweites Vereinsregister unter Registerportal der Länder : Das Vereinsregister enthält sämtliche jemals registrierten Vereine – „aktuell“ und „gelöscht“. „Erweiterte Suche“ mit folgenden Einstellungen: Registerart: VR (Vereinsregister), Niedersachsen als Bundesland einstellen, bei Niederlassung/Sitz: Kommune oder weiter unten Postleitzahl eintragen. Unter Rechtsform: eingetragener Verein auswählen.
Kleinste räumliche Ebene	Postleitzahlbezirk
Stichtag/Zeitreihe	Aktuelle Zahl; rückwirkender Zeitvergleich möglich (z. B. Zahl der Vereine aktuell und vor 10 Jahren), aber umständlich. Dazu muss man „auch gelöschte Firmen finden“ anklicken und dann bei jedem gelöschten Eintrag unter „UT“ schauen, wann die Löschung erfolgte. Mindestens sollte man für die Zukunft eine Zeitreihe der aktuellen Vereinszahl beginnen, die jeweils zu einem festen Zeitpunkt (Jahresende) abgerufen werden sollte.
Darstellungstipps	Kleinräumig thematische Karte (auf Basis der Postleitzahlbezirke)
Anmerkung	Der Sitz eines Vereins ist i. d. R. der Wohnort einer/s Vereinsvorsitzenden. Die tatsächliche Vereinsaktivität (dort, wo die Vereinsmitglieder sich aktiv dem Vereinszweck widmen) kann damit nicht abgebildet werden.

7.2 Politische Beteiligung

Wahlbeteiligung Kommunalwahlen	
Aussage	Beteiligung der Wahlberechtigten bei den Ratswahlen/Gemeindewahlen/Samtgemeindewahlen
Berechnung	In Prozent
Differenzierung	./.
Datenquelle	Eigene Daten: Wahlamt; LSN-Online (unter Themen – Staat und Gesellschaft – Wahlen)
Kleinste räumliche Ebene	Eigene Daten: kleinräumig regionalisierbar; Mitgliedsgemeinde
Stichtag/Zeitreihe	Kommunalwahlen seit 1981 bis aktuellster Termin
Darstellungstipps	Kleinräumig thematische Karte (auf Basis der Wahlbezirke)
Anmerkung	Interessant könnte sein: Kreisdiagramm aller EW, davon Wahlberechtigte und Wähler/innen im Vergleich der Gemeinden bzw. Stadtteile (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2018).

IMPRESSUM

Herausgeberin

HAWK
Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Hohnsen 4
31134 Hildesheim
www.hawk.de

Autorinnen und Autoren

- Prof. Dr. Annette Harth
- Dr. Susanna von Oertzen
- Prof. Dr. Gerhard Litges
- Dipl. Sozialwiss./B.A. Soziale Arbeit Christoph Döring
- Unter Mitarbeit von
 - B.A. Soziale Arbeit Birke von Bostel
 - B.A. Soziale Arbeit Johanna Kortmann

Gestaltung

CI/CD-Team der HAWK

Druck

Gutenberg Beuys Feindruckerei, Hannover

Auflage

500 Stück
Hildesheim, Mai 2019

ISBN 978-3-00-062186-4